

MEHR UND BESSER. VORSCHLÄGE FÜR EINE DEMOKRATIEBILDUNG VON MORGEN

*Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung
im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung*

DR. INGRID HAMM

ANNA ENGELKE

MAJA FINKE

DIANA KINNERT

THOMAS KRÜGER

MIRKO MEYERDING

PROF. DR. ARMIN NASSEHI

PROF. DR. ANDREAS SCHLEICHER

LINDA TEUTEBERG

PROF. DR. LUDGER WÖSSMANN

INHALT

EDITORIAL	3
1. EINLEITUNG: EINE VISION	4
2. WARUM ES DEMOKRATIEBILDUNG SO DRINGEND BRAUCHT	10
3. DEMOKRATIE ALS BILDUNGSZIEL	15
4. HINDERNISSE: WARUM FINDEN WIR GUTE PRAXIS DER DEMOKRATIEBILDUNG SO SELTEN?	44
5. EMPFEHLUNGEN	52
Literaturverzeichnis	56
Hintergrundgespräche	60
Weiterführende Links	61
Studien und Berichte	64
Die Kommission	69
Fußnoten	70

EDITORIAL

Die Schule ist der Ort, an dem Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur auf ihre individuellen Lebenswege, sondern auch auf das Zusammenleben miteinander vorbereitet werden. Dass hier auch Demokratiekompetenzen und -kenntnisse vermittelt werden, gilt als selbstverständlich. Eine Demokratie lebendig, resilient und der Zukunft zugewandt zu gestalten, muss gewollt, gelernt und geübt werden. Welche Kompetenzen genau vonnöten sind und wie diese erworben und vermittelt werden können, muss allerdings immer wieder an aktuelle Entwicklungen angepasst werden.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat renommierte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft eingeladen, diesen Prozess mit einer Kommission zum Thema „Demokratie und Bildung“ zu unterstützen. Die Prämisse für ihre Arbeit lautete, dass eine gute Demokratiebildung, vermittelt mit zeitgemäßen Lehrmethoden und engagierten Lehrkräften, als Ziel unumstritten, aber keineswegs überall gelebte Praxis ist. Es mangelt nicht an Analysen und ermutigenden Einzelbeispielen, wohl aber an der Umsetzung in der Breite.

Viele Schulleitungen teilen diese Einschätzung, müssen angesichts multipler Herausforderungen aber oft andere Schwerpunkte setzen. Das ergab eine für die Kommission erarbeitete Auswertung einer Schulleiterbefragung durch das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS).

Damit aus guten Vorsätzen auch gute Demokratiebildung für alle werden kann, hat die Kommission neben ihren Empfehlungen eine Sammlung guter Beispiele aus einzelnen Schulen erarbeiten lassen. Diese Toolbox ist auf Erweiterung angelegt – auch Leserinnen und Leser dieser Studie sind herzlich eingeladen, weitere Erfolgsbeispiele beizusteuern.

Die Kommission wurde während ihrer eineinhalbjährigen Arbeit von zahlreichen Expertinnen und Experten sowie Institutionen unterstützt. Dazu zählen neben dem FiBS insbesondere die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das ifo Institut, die mit jeweils eigenen Zwischenberichten die Analyse vertieften. Die Zwischenberichte, nachzulesen auf der Website der Kommission, beschäftigen sich zum einen mit der Frage, unter welchen Bedingungen Demokratiebildung in anderen Ländern gelingt (OECD); zum anderen liefern sie Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Demokratie (ifo Institut).

Zusätzlich haben sowohl die Kommission in ihren Sitzungen als auch das begleitende Projektteam der Hertie-Stiftung in Einzelgesprächen mit Expertinnen und Experten die Themen des Berichts vertieft (siehe Seite 60). Den zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern danken wir herzlich.

EINLEITUNG: EINE VISION

Die Zukunft der Demokratie hängt davon ab, wie die nächste Generation von ihren politischen Rechten und Pflichten Gebrauch machen wird. Wie lässt sich Demokratie am besten vermitteln und üben? Was sollten mündige Schülerinnen und Schüler können? Wieviel Demokratie verträgt die Schule?

Nennen wir ihn Ben. Ben ist 18 Jahre alt, er bereitet sich auf seine Abschlussprüfungen vor und er hat eine Meinung zu gesellschaftlichen Entwicklungen. Er informiert sich über die Welt und das, was ihn interessiert. Dabei ist er in der Lage, zu unterscheiden zwischen gesicherten Nachrichtenquellen und dem, was ihm sonst noch auf Social Media und in Chats aufs Handy gespült wird; er hinterfragt, was ihm nicht logisch erscheint und traut sich zu, ein Urteil zu fällen. Die Coronapandemie und die Erfahrung von Isolation haben ihn und sein soziales Umfeld beeinflusst, er erlebt eine Gesellschaft, die von einem neuen Krieg in Europa betroffen ist, und politische Entscheider, die mit Inflation und Energiekrise kämpfen.

Ohnmächtig fühlt er sich trotz dieser Umstände nicht. Er hat die Erfahrung gemacht, dass er Dinge, die ihn betreffen, selbst in die Hand nehmen kann. Zum Beispiel hat er während der Schulschließungen in selbstorganisierten Online-Lerngruppen mit seinen Mitschülern geübt und mit seiner Klasse Spenden für die Geflüchteten gesammelt, die für ein paar Wochen in der Sporthalle seiner Schule untergebracht waren. Ben lebt mit dem Gefühl, dass er handeln kann und gehört wird, auch wenn er nicht alles durchsetzt, was er möchte.

Und Ben hat eine Vorstellung von Demokratie, er weiß, wie das politische System im Wesentlichen funktioniert. Er kennt die Parteien und kann die wichtigsten Mitglieder der Bundesregierung benennen. Ihm ist bewusst, dass Bildungspolitik Ländersache ist, während über Auslandseinsätze der Bundeswehr der Bundestag entscheidet. Ben weiß, dass Wahlprogramme nur selten vollständig umgesetzt werden, weil in der Regel Koalitionen aus mehreren Partnern regieren und es für nahezu alle Fragen, die die Gesellschaft betreffen, Meinungsbildung, Kontroversen und Kompromisse braucht und dass vermeintlich einfache Lösungen meist nicht funktionieren. Kurz: Er ist in der Lage, politische Ereignisse und Entwicklungen nachzuvollziehen, Argumente abzuwägen und Probleme zu lösen.

SCHULE VERMITTELT THEORETISCHES UND PRAKTISCHES WISSEN ÜBER DEMOKRATIE

Was Ben geholfen hat, all diese Dinge zu lernen und zu verinnerlichen? Nicht zuletzt seine Schule. Dort wurde ihm nicht nur beigebracht, wie das politische System in der Theorie funktioniert, er hat auch in seinem Alltag erlebt, was Demokratie bedeutet.

In der Klasse, in der Familie und mit Freunden hat Ben diskutiert und dabei eigene Interessen vertreten und ausgehandelt. Er hat sich mit gesellschaftlichen Themen wie Rassismus, Klimawandel und Gleichberechtigung auseinandergesetzt. Er hat für

London als Ziel der Abschlussfahrt gestimmt und trotzdem akzeptiert, dass die Reise nun nach Wien führen wird, weil die Mehrheit seiner Mitschüler dahin wollte. Ben hat verstanden, dass man in demokratischen Prozessen gewinnen oder verlieren kann und dabei eine Frustrationstoleranz für andere Meinungen, für die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen und ihren Preis entwickelt.

Ben hat gelernt, dass sich Demokratie nicht nur in der Politik abspielt, sondern sehr viele Lebenszusammenhänge durchdringt. Er hat verstanden, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt wichtig ist und davon abhängt, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen und ob sie ihre Unterschiedlichkeit akzeptieren. Ben hängt nicht der Idee an, dass es in der Demokratie immer um Harmonie und Konsens geht, sondern weiß, dass Streit produktiv sein kann, und er hat gelernt, die Kontroverse auszuhalten. Und das nicht nur einmal, sondern immer wieder. Ben hat verinnerlicht, dass es normal ist, dass demokratische Prozesse manchmal schmerzhaft lange dauern, dass sie allen Beteiligten auch Zumutungen bringen können und in aller Regel eines nicht sind: bequem.

Ben verfügt damit über eine ganz besonders wichtige Ressource in seinem Leben: eine Resilienz, die es ihm erlaubt, durch Krisen zu kommen, ohne der Versuchung zu erliegen, auf schnelle und vermeintlich simple Lösungen zu setzen. Er verfügt über Ambiguitätstoleranz; also die Fähigkeit, Ungewissheit, Uneindeutigkeit und unerwartete Veränderungen auszuhalten und auf Widersprüche nicht ablehnend zu reagieren, sondern offen zu sein für andere Standpunkte und Interessen. Ben kann jedoch nicht nur Ambiguität aushalten und mit Widersprüchen umgehen – in der praktischen Auseinandersetzung mit Themen hat er auch gelernt, dass es für fast alle Probleme und Herausforderungen nicht nur eine, sondern mehrere mögliche und legitime Lösungen geben kann. Er macht die Erfahrung, dass gerade das Uneinheitliche und Konfliktvolle ein Vorteil der Demokratie ist: dass unterschiedliche Lösungen in den Blick geraten und sich dadurch der Horizont erweitert, der dann freilich durch demokratische Verfahren und Entscheidungen wieder eingeschränkt werden muss. Denn am Ende muss meist klar entschieden werden.

VERTRAUEN AUFBAUEN IN UNSICHEREN ZEITEN

Für einen jungen Menschen, der sein eigenes Leben in einer Zeit aufbaut, in der Krieg herrscht, der Klimawandel spürbar wird, Wirtschaft und Bürger unter Inflation und Engpässen leiden und viele Menschen nach einer Pandemie ängstlich und unsicher sind, ist die Fähigkeit, mit dynamischem Wandel umzugehen und Ungewissheit auszuhalten, entscheidendes Rüstzeug, um erfolgreich durchs Leben zu gehen.

Ben ist ein Idealbild. Er vereint Eigenschaften und Fähigkeiten, die sich die Gesellschaft von einem demokratisch gebildeten Schulabgänger wünschen darf. Sie helfen Menschen jeden Alters, die großen Herausforderungen der Zeit zu meistern. Es gibt die Bens überall im Land, zu Abertausenden. Es gibt auch unzählige Hannahs, Alevs

Die Fähigkeit, mit dynamischem Wandel umzugehen und Ungewissheit auszuhalten, ist entscheidendes Rüstzeug, um erfolgreich durchs Leben zu gehen.

und Mariams, die über dieses Rüstzeug verfügen. Und es gibt viele Schulen, die eine gute Demokratiebildung anbieten und Schüler wie Ben und Schülerinnen wie Mariam ins Leben entlassen. Wir finden diese aber nicht flächendeckend, und wir finden Demokratiebildung nicht in jeder Schule dieses Landes strukturell verankert und operativ umgesetzt.

Die Expertenkommission „Demokratie und Bildung“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung setzt hier an: Ihre Mitglieder verbindet die Überzeugung, dass die heranwachsenden Generationen die bestmögliche Unterstützung brauchen, um die Herausforderungen der kommenden Jahre von internationalen Sicherheitsfragen bis zum Ressourcenverbrauch gut zu bewältigen. Es ist nach Ansicht der Kommission nicht selbstverständlich, dass diese Zukunftsfragen auf Dauer in fairen, demokratischen Prozessen ausgehandelt werden. Weil demokratische Prozesse nicht von selbst ablaufen, sondern gewollt, erlernt und geübt werden müssen, richtet sich das Augenmerk auf Schulen. Die Frage lautet, wie zeitgemäße Demokratiebildung am wirksamsten umfassend, systematisch und mit hohem Standard implementiert werden kann. Die Kommission hat sich intensiv mit den Gründen dafür beschäftigt, warum Demokratiebildung auf hohem Niveau heute nicht selbstverständlich ist, und Konzepte identifiziert, die für Abhilfe sorgen könnten.

SELBSTWIRKSAMKEIT ALS SCHLÜSSEL

Ben ist ein Ideal, aber kein Fantasieprodukt. Was hat ihm besonders geholfen? Bildungsexperten wissen, dass es nicht ausreicht, über Theorie und Institutionen zu sprechen, um Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Gelerntes Wissen ist nicht gleich gelebtes Wissen. Wer weiß, wie das Wahlsystem funktioniert, hat nicht zwangsläufig auch das Gefühl, wirklich die Wahl zu haben. Die Wahrnehmung, wirklich mitentscheiden zu können, und die Gewissheit, dass die eigene Meinung und das eigene Handeln einen Unterschied machen können, haben Ben entscheidend geprägt.

Voraussetzung dafür sind Lernerfahrungen, die es den Schülerinnen und Schülern erlauben, sich selbst als wirksam zu erleben und Verantwortung zu übernehmen. Gute Bildungsinstitutionen sind Orte, an denen junge Menschen in einem geschützten Raum ausprobieren können, wie sie in einer komplexen Gesellschaft zu konstruktiven Entwürfen für die Gestaltung ihres eigenen Lebens gelangen. Möglich machen das Lehrerinnen und Lehrer, die sich trauen. Sie schaffen innerhalb der Schule Freiräume, zeigen Toleranz und begreifen die Verschiedenheit ihrer Schülerinnen und Schüler als Potenzial für Austausch und Verständigung. Im Idealfall sind sie kreative, kritikfähige Teamplayer und haben Lust, die Möglichkeiten des konstruktiven Lernens und Unterrichtens zu nutzen. So prägen sie die Einstellungen zur Demokratie nicht nur als Vermittler von Wissen, sondern auch als Trainer und Vorbild. Denn eine Demokratie funktioniert nicht ohne Bürgerinnen und Bürger, die ihre Werte kennen und schätzen und demokratische Praktiken eingeübt haben.

WIE VIEL DEMOKRATIE VERTRÄGT DIE SCHULE?

Demokratie ist keine gesellschaftliche Kategorie. Man kann nicht von demokratischen Gesellschaften im engeren Sinne sprechen, da die meisten Entscheidungen im Alltag nicht unbedingt demokratisch gefällt werden – weder in der Schule noch im Arbeitsleben noch in der Familie. Demokratie ist ein politisches Programm und eine politische Selbstbeschreibung, die allerdings nicht nur eine Bedeutung für die Politik hat.

Die politische Demokratie ist auf vielfältige Bedingungen angewiesen – neben einer normativen Rechtssicherheit und einer kulturellen Pluralität auch auf Menschen, die mit dieser Pluralität umgehen können. Die Stärke einer Demokratie erweist sich auch in ihrer Fähigkeit, diejenigen loyal an Entscheidungen zu binden, die nicht zur Mehrheit gehören. Gleichzeitig ist die Demokratie mehr als eine vermittelnde Instanz zwischen Interessengruppen, sie erfüllt neben der sozialen auch eine sachliche Funktion bei der Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen und der Bereitstellung von Steuerungskapazitäten. Die Legitimation einer Demokratie hängt auch an ihrer sichtbaren Problemlösungskompetenz.

Demokratie beschränkt sich nicht auf den politischen Raum. Ihre konstituierenden Merkmale wie Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und nicht zuletzt die Achtung der Menschenwürde prägen alle Teile der Gesellschaft. Eine demokratische Ordnung ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss von Menschen getragen werden, die ihre Grundwerte kennen und schätzen und demokratische Praxis eingeübt haben. Weil es keine Demokratie ohne Demokraten und Demokratinnen geben kann und weil Menschen nicht als solche auf die Welt kommen, ist Demokratie eine Bildungsaufgabe – in den Familien und in den Schulen. Die Schule solle ein „Ort der gelebten Demokratie“ sein, der „zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft befähigt“¹, schreibt die Kultusministerkonferenz in einem Beschluss des Jahres 2018.

Dabei ist Schule der einzige Ort, der alle vereint, die einzige Institution, die aufgrund der gesetzlichen Schulpflicht ausnahmslos alle Kinder und Jugendlichen erreicht, und das in einem Alter, in dem sie ihre Persönlichkeit ausbilden. Im Beschluss der Kultusministerkonferenz heißt es, in der Schule solle „Demokratie als dynamische und ständige Gestaltungsaufgabe – auch im Spannungsfeld unterschiedlicher demokratischer Rechte – reflektiert und gelebt werden“.²

DEMOKRATIEBILDUNG IST DIE QUERSCHNITTAUFGABE

Ziel der Bildungsinstitution sei es mithin, das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern. Es sei Aufgabe der Schule, entsprechende Lerngelegenheiten innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu organisieren. „Die gelebte Demokratie muss ein grundlegendes Qualitätsmerkmal unserer Schulen

sein. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung als Querschnittsaufgabe.“³ Auch der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fordert ein Recht junger Menschen auf mehr und bessere demokratische Bildung, zu der das „Erlernen einer offenen Diskussionskultur, die Stärkung von Toleranz gegenüber anderen Meinungen, Lebensformen und Lebensrealitäten, die Befähigung zu Kompromissen und zur Akzeptanz mehrheitlicher Entscheidungen bei Wahrung von Minderheitenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien“⁴ gehören.

Demokratiebildung ist gekennzeichnet durch einen Dreiklang: Die demokratischen Werte sollen vermittelt, die zentralen Regeln und Institutionen verstanden und die demokratischen Prozesse eingeübt werden. Mit diesen Erfordernissen unterscheidet sich die Demokratiebildung von vielen fachlichen Lernzielen und stellt das System Schule vor besondere Herausforderungen.

Demokratiebildung ist gekennzeichnet durch einen Dreiklang: Die demokratischen Werte sollen vermittelt, die zentralen Regeln und Institutionen verstanden und die demokratischen Prozesse eingeübt werden. Mit diesen Erfordernissen unterscheidet sich die Demokratiebildung von vielen fachlichen Lernzielen.

Die Aufgabe einer besseren Demokratiebildung ist aus mehreren Gründen anspruchsvoll. Das System Schule steht seit Jahren unter Stress. Personalmangel, Themen wie die Digitalisierung und die Bewältigung der Pandemiefolgen sowie gesellschaftliche Veränderungen wie die Integration von Geflüchteten fordern Schulleitungen, Lehrkräfte und Schülerschaft heraus. Vieles, was prinzipiell wünschenswert wäre, kommt im Schulalltag oft wegen einer chronischen Überlastung der Verantwortlichen zu kurz. Das gilt auch für viele Aspekte der Demokratiebildung. Die Kommission sieht hier weniger ein Analyse- als ein Umsetzungsdefizit und geht davon aus, dass Demokratiebildung nicht ohne genaue Kenntnis des Systems Schule und dessen Organisationsentwicklung gelingen wird. Ihre Arbeit zielt daher darauf, nicht nur strukturelle Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten der aktuellen Demokratiebildung herauszuarbeiten, sondern die konkrete Anwendbarkeit dieser Erkenntnisse in der Praxis zu erleichtern. Dazu beitragen soll unter anderem eine Sammlung von Praxismaßnahmen und erfolgreich erprobten Beispielen, die die Hertie-Stiftung im Rahmen der Kommissionsarbeit gemeinsam mit Schulen und Initiativen zusammengetragen hat. Die Sammlung finden Sie unter folgendem Link: <https://www.ghst.de/toolbox>.

Schließlich braucht Ben nicht nur eine Lehrkraft, die das Mehrheits- und Verhältniswahlrecht erklären kann. Es reicht auch nicht, wenn Lehrkräfte sich regelmäßig mit der Schülerschaft austauschen. An Bens Schule kannte der Schulleiter innovative Ansätze der Demokratiebildung und hatte den Freiraum und genug Zeit, sie auszuprobieren.

Anspruchsvoll ist die Aufgabe einer guten und umfassenden Demokratiebildung auch aus einem anderen Grund: Demokratie ist ihrem Wesen nach etwas, um deren praktische Gestaltung intensiv gerungen wird. In jeder Gesellschaft, in ihren politischen Parteien und deren repräsentierenden Personen gibt es zwangsläufig unterschiedliche Vorstellungen davon, wo beispielsweise Meinungsfreiheit endet und

wie Toleranz praktiziert werden sollte – oder eben auch nicht. Über Partizipation, von der repräsentativen Demokratie bis zum gelosten Bürgerrat, gibt es so unterschiedliche Vorstellungen wie bei aktuellen Streitthemen vom Klimawandel bis zur Gleichberechtigung.

Von Lehrkräften und Schulleitungen wird viel erwartet: Sie sollen keine parteipolitischen Präferenzen vortragen, gleichzeitig aber im Wettbewerb politischer Angebote für Orientierung sorgen. Sie sollen Klarheit schaffen bei grundsätzlichen Streit- und Wertefragen, über die früher vor allem in Familien, mit Freunden und Bekannten, bei der Arbeit und in der Kneipe gesprochen wurde. Die Anforderungen steigen, die Ressourcen halten nicht mit. Perspektivisch werden die Herausforderungen für Lehrkräfte sogar noch zunehmen. Die von der Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Ausweitung der Ganztagsbetreuung bis 2026 wird die Aufgabenlast verstärken. Steigende Anforderungen formulieren oft auch Jugendliche selbst, wie etwa das Grundsatzprogramm 2023 des 15. baden-württembergischen Landesschülerbeirates zeigt. Darin heißt es, gerade in Zeiten, in denen das Wahlalter der Landtagswahlen auf 16 gesenkt wurde, bedürfe es „guter politischer Bildung sowie einer Sensibilisierung für demokratische Werte“.⁵ Demokratie-mündigkeit falle nicht vom Himmel, sondern sei „das Ergebnis nachhaltiger sowie eindrücklicher politischer Bildung.“⁶

Von Lehrkräften und Schulleitungen wird viel erwartet: Sie sollen keine parteipolitischen Präferenzen vortragen, gleichzeitig aber im Wettbewerb politischer Angebote für Orientierung sorgen. Sie sollen Klarheit schaffen bei grundsätzlichen Streit- und Wertefragen, über die früher vor allem in Familien, mit Freunden und Bekannten, bei der Arbeit und in der Kneipe gesprochen wurde. Die Anforderungen steigen, die Ressourcen halten nicht mit.

WARUM ES DEMOKRATIE- BILDUNG SO DRINGEND BRAUCHT

Zweifel an der Demokratie sind gerade bei jungen Menschen verbreitet. Trotz der scheinbar intensiven Vernetzung mit anderen über Social Media leiden gerade in dieser Altersgruppe viele nach der Pandemie unter Einsamkeit, was wiederum die Anfälligkeit für Desinformation und Verschwörungserzählungen erhöht. Vielfalt und populistische Strömungen erfordern demokratische Resilienz und Ambiguitätstoleranz.

Die liberale Demokratie steht weltweit unter Druck. Autoritäre Regierungen gewinnen an Einfluss: Nur noch 14 Prozent der Weltbevölkerung leben in liberalen Demokratien⁷, in Rechtsstaaten, die sich durch Gewaltenteilung auszeichnen und ausgeprägte Bürgerrechte und den Schutz von Minderheiten garantieren. Dagegen ist der Anteil der Menschen, der in Autokratien lebt, in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen. Unter diesen Regimen erodieren demokratische Normen, die Macht der Exekutive wächst und Medien agieren unter Bedingungen zunehmender Unfreiheit. Die westlichen Demokratien befinden sich in einem Systemwettbewerb mit den Autokratien China und Russland, geopolitische Machtstrukturen verschieben sich.

Neben der Krise der Demokratie hat die nachwachsende Generation bereits die Energiekrise, den Klimawandel, den Krieg in der Ukraine und die Coronapandemie erlebt. Es gab zuletzt einen Mangel an Medikamenten, die Lieferketten für Rohstoffe waren gestört, die Gasversorgung im Winter galt plötzlich nicht mehr als sicher. All das kann jungen Menschen Angst machen – und tut es auch. Auch ohne persönliche existenzielle Bedrohung setze die schnelle Folge von Krisen jungen Menschen zu, sagt der Jugendforscher Klaus Hurrelmann.⁸ Die Polykrisen sind nicht abstrakt, sondern im Alltag spürbar. Die demografische Entwicklung etwa führt zu Personal-mangel in fast allen bürgerrelevanten Bereichen wie etwa Pflege, Verkehr oder, besonders gravierend, Schulen.

Die Polykrisen sind nicht abstrakt, sondern im Alltag spürbar. Die demografische Entwicklung etwa führt zu Personal-mangel in fast allen bürgerrelevanten Bereichen wie Pflege, Verkehr und, besonders gravierend, Schulen.

JUGENDLICHE SIND BESORGT UND FÜHLEN SICH OHNMÄCHTIG

Wie stark all diese Krisenerfahrungen Heranwachsende verändern, belegt die Befragung „Jugend in Deutschland“. So geben 63 Prozent der Befragten in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen an, sie hätten Angst vor Inflation, 59 Prozent vor einem Krieg, 53 Prozent von ihnen sorgen sich um den Klimawandel und 40 Prozent nehmen eine beunruhigende Spaltung der Gesellschaft wahr.⁹

Und auch wenn Forschende einen „jugendtypischen Optimismus“¹⁰ ausmachen, der dazu führt, dass 60 Prozent der Jugendlichen sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrem Leben sind, bilanzieren Experten, dass ausgerechnet in instabilen Krisenzeiten das Vertrauen junger Menschen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems sinke. So stimmen 71 Prozent der Aussage zu: „Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken“.¹¹ Außerdem fühlten sich 80 Prozent der Jugendlichen in der Coronazeit von der Politik nicht beachtet, mehr als die Hälfte (57 Prozent) gibt an, sie habe kein Vertrauen in die Politik.¹²

Nach einer Studie der Vodafone-Stiftung aus dem Jahr 2022 sehen 73 Prozent der Befragten die Anliegen und Interessen der jungen Generation von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt. Nur die Hälfte der Befragten ist damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, drei Viertel erleben sie als zu schwerfällig, um aktuelle und künftige Herausforderungen zu lösen. Das führt zu einem Gefühl der Ohnmacht: 67 Prozent der Befragten haben den Eindruck, selbst keinen Einfluss auf die Politik nehmen zu können.¹³ Viele junge Menschen sind gerade erst dabei, die demokratische politische Welt zu verstehen und können viele der Informationen nicht einordnen. Auch das kann ein Gefühl von Ohnmacht verursachen.

EINSAMKEIT SCHWÄCHT DEN ZUSPRUCH ZUR DEMOKRATIE

Eine große Zahl von Jugendlichen fühlt sich einsam – 55 Prozent sagen, ihnen fehle manchmal oder immer Gesellschaft, gut ein Viertel hat nicht das Gefühl, anderen Menschen verbunden zu sein.¹⁴ Auch ein Jahr nach der Pandemie ist eine „Post-Corona-Belastung“ zu beobachten, „die sich in einem ungewöhnlich hohen Stressniveau ausdrückt“¹⁵. Damit geht das subjektive Erleben von Überbeanspruchung einher: Rund ein Drittel der 14- bis 29-Jährigen gibt an, an sich selbst zu zweifeln und antriebslos zu sein.¹⁶

Wie sehr Individuen sich mit der Gesellschaft verbunden fühlen, wirkt sich stark auf ihren Zuspruch zur Demokratie aus. Menschen, die sich einsam und unverbunden fühlen, stimmen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Verschwörungserzählungen und autoritären Haltungen zu.¹⁷ Fast ein Viertel der Jugendlichen (24 Prozent) zählt sich selbst zu einer Gruppe, die die Forschung als „Populismus-Geneigte“ bezeichnen. Diese jungen Menschen sehen sich selbst als generell benachteiligt und haben das Gefühl, sie hätten nur wenig Kontrolle über das eigene Leben. Deutlich stärker betroffen sind dabei Jugendliche aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Etwa „zwei von drei der weniger privilegierten Jugendlichen geben an, häufiger die Erfahrung zu machen, dass andere über sie bestimmen, während dies ansonsten nur von knapp jedem Zweiten und bei Altersgenossen aus der obersten sozialen Herkunftsschicht sogar nur von jedem Dritten berichtet wird“.¹⁸

Für die große Mehrheit der Jugendlichen haben demokratische Werte und Verhaltensweisen eine große Bedeutung, sie weist zudem eine hohe Bereitschaft auf, Regeln anzuerkennen sowie Gesetz und Ordnung zu folgen.¹⁹ Gleichzeitig ist es den Jugendlichen wichtig, sich sozial integriert und eingebunden zu fühlen. Und sie wollen mitgestalten: 47 Prozent wünschen sich eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, 69 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Volksabstimmungen über politische Entscheidungen.

Auch wenn Forschende einen „jugendtypischen Optimismus“ ausmachen, der dazu führt, dass 60 Prozent der Jugendlichen sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrem Leben sind, bilanzieren Experten, dass in Krisenzeiten das Vertrauen junger Menschen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems sinke.

Wie sehr Individuen sich mit der Gesellschaft verbunden fühlen, wirkt sich stark auf ihren Zuspruch zur Demokratie aus. Menschen, die sich einsam und unverbunden fühlen, stimmen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Verschwörungserzählungen und autoritären Haltungen zu.

DIE RICHTIGE ZEIT IST JETZT

Ein grundsätzliches Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in die Demokratie belegen Langzeitstudien der Demoskopie für alle Altersklassen. Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, sagt: „Insgesamt ist der gesellschaftliche Konsens in vielen Fragen wesentlich breiter, als die Bevölkerung selbst vermutet.“²¹ Es gebe diesen breiten Konsens „bei vielen Themen, angefangen bei den politischen Prioritäten der Bürger, ihren Vorstellungen, wovon die Zukunft des Landes abhängt, über die Idealvorstellungen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU wie in der NATO, die Überzeugung, dass es zu Demokratie und Marktwirtschaft keine überzeugenden Alternativen gibt, bis hin zu der breiten Unterstützung für den Sozialstaat als Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Schwächeren, dem Rückhalt für die meisten der in den letzten Jahren beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen, die Grundhaltung zur Energiewende oder zu Gleichstellungsthemen“.²² In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2021 zeigten sich hierzulande 70 Prozent der Befragten zufrieden mit der Demokratie, das sind rund 10 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten.²³

Gleichzeitig ist Deutschland keine Ausnahme in Europa bei der Entwicklung von rechtspopulistischen Milieus insbesondere in Ostdeutschland. Hier gibt es in der Bevölkerung zwar besondere Kompetenzen bei der Bewältigung von Umbrüchen. Während aber in den Jahren nach dem Mauerfall das Vertrauen in politische Akteure und Institutionen überwältigend hoch war, sank es in den Folgejahren dramatisch. Die Demoskopen aus Allensbach vermuteten bei einer Anhörung während der zweiten Sitzung der Kommission, dass sich hier auch Enttäuschung und eine versäumte Aufarbeitung nach der Wiedervereinigung spiegelt, die deshalb vielfach als Übernahme empfunden wurde. Dies prägte die Einstellungen zur Demokratie bis heute.

Je schlechter die wirtschaftliche Situation in einer Region, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass populistische und extremistische Bewegungen Zuspruch erhalten. Für das Wahlverhalten sind dabei sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die eigene wirtschaftliche Situation und Unsicherheit bedeutend.

Weil der Zusammenhang zwischen ökonomischen Verlustängsten und politischer Orientierung zu den Rändern immer wieder vermutet wird, hat die Kommission das ifo Institut um eine Auswertung vorliegender Studien zum Thema gebeten. In der Analyse im Auftrag der Kommission fragen die Experten aus München, welche Rolle die wirtschaftliche Situation für die Stabilität von Demokratien habe. Die Studie belegt signifikante Zusammenhänge, die nahelegen: Je schlechter die wirtschaftliche Situation in einer Region, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass populistische und extremistische Bewegungen Zuspruch erhalten.²⁴ Für das Wahlverhalten sind dabei sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die eigene wirtschaftliche Situation und Unsicherheit bedeutend. Auch wer die eigene wirtschaftliche Lage positiv einschätzt, aber die Situation in der Region als prekär, tendiert in seinem Wahlverhalten verstärkt zu den Rändern. Dieser Befund ist besonders besorgniserregend.

Radikale Parteien erstarken vor allem in Regionen, die von strukturellen Veränderungen negativ betroffen sind und von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgehängt werden. In diesen Regionen sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und etablierte Parteien. In der Studie heißt es: „Der Zuspruch für Populisten und radikale Ansichten nimmt in betroffenen Regionen über alle Einkommensgruppen hinweg zu. Dies kann beispielsweise auch erklären, warum sich in Deutschland die sozio-ökonomischen Merkmale von Wählerinnen und Wählern der AfD nicht besonders stark von denen etablierter Parteien der Mitte unterscheiden.“²⁵

DIVERSITÄT FORDERT UNS HERAUS

Knapp 24 Millionen Menschen der deutschen Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte²⁶, allein eine Million Menschen ist seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine²⁷ und dem Ende der Pandemie nach Deutschland gekommen. Zuwanderung zu bewältigen, erfordert kurzfristig gerade in den Kommunen und Schulen große Anstrengungen, sie bedeutet aber auch mittelfristig Herausforderungen für demokratische Diskurse. Wenn mehr Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenleben, werden auch die Debatten vielfältiger. Wenn mehr Menschen mit unterschiedlichen Interessen beteiligt sind, wachsen wiederum Konflikte und Kontroversen. Der Migrationsforscher Aladin El-Mafaalani spricht dabei von einem „Integrationsparadox“: mehr Streit als Konsequenz gelingender Integration. Er fordert eine Streitkultur, „die nicht nur aus konstruktiven Streitregeln und -formen besteht, sondern zuallererst auf dem Bewusstsein fußt, dass Konflikte nichts Schlechtes sind“.²⁸ Es ist entscheidend, wie diese Konflikte ausgetragen werden. Es braucht eine konstruktive Streitkultur.

Wenn mehr Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenleben, werden auch die Debatten vielfältiger.

Die Zeit der Polykrise erfordert eine besondere Form der Resilienz, auch und insbesondere von der jungen und für die junge Generation. Neben all den aktuellen Krisen hat der Wandel in den modernen Industriegesellschaften und ihren Arbeitswelten das nötige Rüstzeug für ein gelingendes Leben gravierend verändert. Fachliches Wissen bleibt unabdingbar, aber um ihr Leben erfolgreich zu gestalten, brauchen die nachwachsenden Generationen auch Führungsqualitäten. Sie werden wichtiger, um im beruflichen wie privaten Leben agil und dynamisch auf Veränderungen zu reagieren, Chancen zu erkennen, Unwägbarkeiten und Komplexität als solche anzunehmen und die Verständigungsprozesse auf dem Weg zu Lösungen zu akzeptieren.

DRINGEND GEBRAUCHT: AMBIGUITÄTSTOLERANZ

In Zeiten schneller Umbrüche müssen die Verantwortlichen oftmals experimentieren und sich schrittweise an Lösungen annähern. Dafür braucht es bei allen Beteiligten Ambiguitätstoleranz: die Fähigkeit, nicht nur zu akzeptieren, dass es auch andere Standpunkte und Perspektiven gibt, sondern dies auch emotional auszuhalten, Kompromissfähigkeit zu beweisen und zu akzeptieren, wenn die andere Seite

Demokratie ist kein Garant dafür, dass sich eigene Standpunkte durchsetzen! Ein Einteilen der Welt in Schwarz und Weiß führt nicht zu einer demokratischen Perspektive auf die Welt. Pauschalisierungen wirken meist kontraproduktiv und verhindern, die Gesellschaft in ihrer Komplexität zu begreifen. Es braucht Differenzierung.

gewinnt. Der nächste Schritt wäre, den enormen Mehrwert gerade unterschiedlicher Standpunkte und Perspektiven zu erkennen. Demokratisch geprägte Gesellschaften verlangen ihren Bürgerinnen und Bürgern viel Ambiguitätstoleranz ab. Einerseits bedient Demokratie das Gefühl, die Dinge beeinflussen zu können. Zugleich aber stößt der eigene Einfluss an Grenzen, weil Mitmenschen andere, vielleicht widerstreitende Ziele verfolgen. Demokratie zielt nicht explizit auf Konsens und ist auch kein harmonisches Geschehen, sondern muss mit Dissens, Perspektiven- und Interessendifferenz umgehen – und zwar so, dass derjenige, der anders votiert als ich, zugleich anerkannt und ausgehalten werden kann. Es bringt die Demokratie in die Krise, wenn der Gegenseite die Anerkennung verweigert wird, kognitiv und emotional. Demokratie ist kein Garant dafür, dass sich eigene Standpunkte durchsetzen! Ein Einteilen der Welt in Schwarz und Weiß führt nicht zu einer demokratischen Perspektive auf die Welt. Pauschalisierungen wirken meist kontraproduktiv und verhindern, die Gesellschaft in ihrer Komplexität zu begreifen. Es braucht Differenzierung.

Der Sozialpsychologe Prof. Dr. Oliver Decker sagt, Jugendlichen habe in der Zeit der coronabedingten Einschränkungen in dieser Hinsicht Wesentliches gefehlt: „Jugendliche mussten auf etwas verzichten, das sie selbst wahrscheinlich gar nicht so bemerkt haben: Konflikt, soziale Reibungen. Gegenpositionen aushalten.“²⁹ Dieses Training aber sei essenziell für eine funktionierende Demokratie, weil das gesamte politische System schwächer werde, wenn alle nur noch allein nach Lösungen suchen statt gemeinsam. „Gesellschaftliche Probleme sind nicht im Individuellen zu bewältigen, sondern im Politischen. Dieses Wissen haben die Jugendlichen bisher nicht erworben“³⁰, so Decker.

DEMOKRATIE ALS BILDUNGSZIEL

Wer die Demokratiebildung verbessern will, muss sie zur Führungsaufgabe und zum Bestandteil der Schulkultur machen. Beteiligung, Debatte, Begegnung und Engagement sind dafür die wesentlichen Elemente.

Demokratiebildung gelingt an Hunderten von Schulen, überall in Deutschland und in allen Schulformen: in Gymnasien ebenso wie in Realschulen, Berufs- oder auch Grundschulen. Unter welchen Bedingungen aber gelingt Demokratiebildung? Was ist übertragbar, was lässt sich strukturell festigen und verankern?

Bei der Beantwortung dieser Frage verwendet die Kommission wie im ganzen Bericht bewusst den Begriff der Demokratiebildung als umfassendes Konzept, das in Schulen das Bildungsziel des mündigen Bürgers umsetzt. Bildungsexpertinnen und -experten verwenden hierfür immer wieder synonym der Begriff Politische Bildung. Auch wenn sich die Fachprofession der politischen Bildung seit Jahrzehnten viel breiter versteht, den fächerübergreifenden und schulischen Kontext insgesamt umfasst und sich bis zur außerschulischen Bildung erstreckt, wird im Alltagsverständnis Politische Bildung häufig mit dem entsprechenden Fach in der Schule identifiziert. Deshalb wird der Begriff hier nicht verwendet. Der Terminus Demokratiebildung signalisiert den ganzheitlichen Ansatz, der gefordert wird, damit mündige Bürgerinnen und Bürger die Schulen verlassen.

Für alle erfolgreichen Schulen gilt, dass das Fach Politische Bildung einen Anker bildet, um das notwendige Wissen über das politische System und seine Prozesse zu vermitteln. Zur Optimierung des Faches Politische Bildung gibt es viele Ausarbeitungen, sehr ausführlich zum Beispiel im 16. Kinder- und Jugendbericht.³¹ Aber erst, wenn das Fach in ein umfassendes Konzept von Demokratiebildung eingewoben ist und das erworbene Wissen angewendet wird, ist das schulische Instrumentarium für das Bildungsziel des mündigen Bürgers optimal eingesetzt. Demokratiebildung ist deshalb ein Auftrag für die gesamte Schule.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS MAJA FINKE, ABITURIENTIN DES JAHRGANGS 2022 EINES DÜSSELDORFER GYMNASIUMS

Wirksame demokratische Bildung

Ich habe das in meiner Schulzeit immer wieder erlebt: Jugendliche meines Jahrgangs, die durch ihre Beiträge im Schulunterricht ein klares demokratisches Wertebild bewiesen, machten sich später mit abfälligen Kommentaren auf dem Schulhof über die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Vielfalt lustig. Ein Mitschüler, der vormittags im Unterricht eine Diskussion führte und an einer Abstimmung nach Mehrheitsprinzip teilnahm, traf nachmittags Entscheidungen ohne vorherige Absprachen für das Planungskomitee des Abiballs und ignorierte so gelernte demokratische Kompetenzen. Wenn ich von meinem

politischen Engagement erzählte, war meist die erste Entgegnung: „Aber du bist doch schon den ganzen Tag in der Schule, ist das nicht zu viel Leistungsdruck?“ Mein politisches Engagement wurde sofort mit Schule und Leistung verbunden.

Der fehlende Transfer von vermitteltem Wissen im Unterricht in die freizeitliche Gestaltung des privaten Alltags lässt sich insbesondere mit drei Beobachtungen begründen: 1) Die Schule wird unter anderem durch die Notengebung prinzipiell mit Leistungen und Leistungsdruck in Verbindung gebracht. In ihrer Freizeit grenzen sich Jugendliche diesem Druck gegenüber weit möglichst ab. 2) Didaktische Methoden innerhalb des Unterrichts und des schulischen Rahmens werden zwar aufgenommen, stärken jedoch die Motivation zu politischem Handeln nicht. Die negativ konnotierte emotionale Einstellung von Schülerinnen und Schülern gegenüber der Schule ist oft das Resultat eines Zwangs. Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, am Unterricht teilzunehmen. Die Vermittlung von Wissen können sie daher nicht verhindern. Sie haben aber die Möglichkeit, dem vermittelten Wissen den Zugang zu ihrem privaten außerschulischen Alltag zu verwehren. 3) Es besteht oft keine persönliche Verbindung zu demokratischer Bildung. Diese beschränkt sich in der praktischen Umsetzung meist auf den Erwerb von Wissen und das Verstehen von Zusammenhängen. Schülerinnen und Schüler haben häufig eine natürliche Distanz zu politischen Grundfragen, insbesondere innenpolitischen Problemstellungen und Konflikten, denn sie sind in vielen Fällen nicht direkt von politischen Maßnahmen betroffen: Die Senkung von Steuern spüren sie beispielsweise nicht in ihrem Alltag. Der Ort der politischen und demokratischen Bildung ist die Schule, so werden politische Handlungsmöglichkeiten mit dem Erbringen von Leistung, einem gezwungenen Umfeld und nicht mit einem persönlichen Bezug assoziiert.

Aus meiner Perspektive als ehemalige Schülerin ziehe ich aus meinen Beobachtungen und meinem Einblick in die Forschung die Schlussfolgerung: Sobald Schülerinnen und Schüler Demokratie-Lernen nicht mehr explizit mit dem „System Schule“ assoziieren, fällt ein notwendiger Transfer von vermitteltem Wissen in den privaten Alltag viel leichter.

WISSEN VERSUS PERSÖNLICHKEITSBILDUNG

Immer wieder werden Wissensvermittlung und Persönlichkeitsbildung gegeneinander in Stellung gebracht. Demokratiebildung wird unter Persönlichkeitsbildung subsumiert. Wissenserwerb sei das Entscheidende für den Schulerfolg, gerade auch im Leistungsvergleich mit anderen Ländern, in dem Deutschland seit einigen Jahren abfällt. Persönlichkeitsbildung erscheint als Luxus, den man sich leisten können muss, und Aufträge an die Schule als Ganzes wie eine Zusatzaufgabe, für die es weder ein Stunden- noch ein Personalkontingent gibt. Was nicht im Lehrplan

festgeschrieben ist, erscheint als Option, die eine Schule ziehen oder eben nicht ziehen kann, wenn andere Herausforderungen drängen.

Die Kommission hält dieses Entweder-Oder nicht nur für falsch, sondern für kontraproduktiv. In Zeiten, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt einem fortwährenden Stresstest ausgesetzt ist, ist die Kontroverse um Wissensvermittlung versus Persönlichkeitsbildung kurzsichtig und gefährlich. Wenn es um die Demokratiebildung geht, sind persönliche und fachliche Bildung keine Gegensätze, auf keines der beiden Elemente kann verzichtet werden. Empirisch ist kein Zielkonflikt zwischen der schulischen fachlichen Arbeit und der Bearbeitung von Demokratiethematen belegt. Im Gegenteil: Schulen, die das eine gut können, beherrschen in der Regel auch das andere. Die Vermittlung demokratischer Kompetenzen setzt fachliches Wissen voraus, und umgekehrt schaffen Schulklima, Beteiligung, Engagement, Debatten und gemeinsame Problemlösungen die nötige Lernmotivation, den „Teachable Moment“ zur Wissensaneignung. So entsteht Wissen, das nicht mit dem Pausenklingeln abgelegt wird.

Alle von der Kommission analysierten Vorbildschulen für Demokratielernen sind als gute Schulen aufgefallen. Das bedeutet, dass die Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer Schulen liegen. Diese Schulen verbinden MINT-Schwerpunkte, gelingende Integration, erfolgreiche Berufsbildung und vieles mehr hervorragend mit der Vermittlung von Demokratiekompetenz. Umgekehrt erscheint Demokratiebildung als wichtige Kategorie zur Bewertung guter Schulen in entsprechenden Ausschreibungen, wie etwa beim Deutschen Schulpreis oder im Netzwerk der Initiative Starke Schule, das sich explizit auf Partizipation und Demokratielernen fokussiert, um nur zwei prominente Beispiele zu nennen.

SCHULEN SIND NICHT PER SE DEMOKRATISCH

Die Behauptung, man lebe in Deutschland in einer Demokratie, geht den meisten Menschen leicht über die Lippen. Dabei bleibt in der Regel unerwähnt, dass nach Mehrheitsprinzip gefällte Entscheidungen keineswegs den Alltag der meisten Menschen prägen. Demokratisch ist das politische System mit seinen Checks und Balances und dem Ziel, Machtwechsel zu organisieren und zu ermöglichen.

Insofern ist es erklärungsbedürftig, wenn die Schule als Lernort für Demokratie gefordert wird. Schließlich gehört zu ihrem Wesen, dass Autoritäten Schulleistungen bewerten, den Tagesablauf vorgeben und über Versetzungen entscheiden. Ob und wann Entscheidungen von Schülerinnen und Schülern selbst gefällt werden, welche Begleitung und Vorbereitung dafür nötig ist und wer am Ende die Verantwortung dafür trägt, ist nicht trivial. Geht es hier in erster Linie darum, demokratische Prozesse zu üben? Sollen Ideen und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler genutzt werden? Wieviel tatsächliche Entscheidungskraft wird übertragen? Und schließlich: Wo enden die Mitsprachemöglichkeiten?

Wenn es um die Demokratiebildung geht, sind persönliche und fachliche Bildung keine Gegensätze, auf keines der beiden Elemente kann verzichtet werden. Empirisch ist kein Zielkonflikt zwischen der schulischen fachlichen Arbeit und der Bearbeitung von Demokratiethematen belegt.

Auch der Aktionsrat Bildung schreibt, als staatlich regulierte und finanzierte Einrichtungen seien Schulen zunächst „keine Orte der direkten Demokratie, sondern folgen jeweils einem gesetzlichen Auftrag und einer gesetzlich verankerten Hierarchie, die in der Einzelschule nicht außer Kraft gesetzt werden können“.³² Demokratiebildung geht von der Annahme aus, dass Kinder und Jugendliche die Schule als einen Ort erleben, der den wesentlichen Normen einer demokratischen Ordnung entspricht; „dabei wird weniger auf die repräsentativ-demokratische Legitimation der hierarchischen Strukturen in den Schulen Bezug genommen als auf die Idee der Mitgestaltung und Mitverantwortung, die in diesem Rahmen ermöglicht werden soll“.³³ Damit ist Schule neben den Elternhäusern der ideale Ort für das demokratische Lernen. Sie ist der wesentliche Bildungsort in einer demokratischen Ordnung, in der viele wesentliche Grundsätze wie Kinderrechte, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit etc. gelten und deshalb dort auch eingeübt werden sollen.

Es gehört übrigens auch zur Demokratiebildung, einzusehen, dass demokratische Staatlichkeit, aber auch das Leben in Organisationen, in Betrieben, in Vereinen, in Kirchen etc. stets auch von Asymmetrien geprägt ist. Das gilt auch für Schulen. Zu einer demokratischen Kultur gehört aber, dass solche Asymmetrien als prinzipiell legitim angesehen werden, soweit sie durch liberale Werte und angemessene Standards gedeckt sind. Also auch im Hinblick auf einen angemessenen Umgang mit Asymmetrien, kann die Schule ein produktiver Erfahrungsraum sein – was die Anforderungen an die Kultur der Schule, an die Form der asymmetrischen Ansprache und nicht zuletzt ihre Kritisierbarkeit erhöht.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS PROF. DR. LUDGER WÖSSMANN, LEITER DES IFO ZENTRUMS FÜR BILDUNGSÖKONOMIK UND PROFESSOR FÜR VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE AN DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Verbindliche Ziele, Transparenz über ihr Erreichen und schulische Autonomie: Grundlagen für effektive Demokratiebildung

Eine Grundvoraussetzung für eine effektive Vermittlung von Demokratiebildung besteht darin, ihre Ziele klar zu formulieren und deren Erreichen zu messen. Ohne greifbares Wissen darüber, welche demokratischen Kompetenzen die Kinder und Jugendlichen wirklich erworben haben, ist es schwer, ein Bildungssystem hin zu besseren Ergebnissen in der Demokratiebildung zu steuern.

Daher sollten in einem ersten wichtigen Schritt verbindliche Bildungsstandards für die Demokratiebildung formuliert werden. Dazu sollte die Kultusministerkonferenz die übergreifenden Ziele und konkreten Standards festlegen, um eine Grundlage zu schaffen, auf der in allen Bundesländern eine zielorientierte Umsetzung möglich ist.

Die Kultusministerkonferenz sollte übergreifende Ziele und konkrete Standards der Demokratiebildung festlegen, um eine Grundlage zu schaffen, auf der in allen Bundesländern eine zielorientierte Umsetzung möglich ist.

Ein zweiter wichtiger Schritt besteht darin, das Erreichen dieser Bildungsstandards zu messen. Sowohl für das System insgesamt als auch für die einzelnen Schulen bedarf es Transparenz und Wissen darüber, wie der Stand der erworbenen demokratischen Kompetenzen ist. Im Gegensatz zu den Kompetenzen in den Kernfächern wie Deutsch, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften liegen für die Demokratiebildung deutschlandweit keine belastbaren Befunde über den Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler vor.

Ein Beispiel für eine solche Messung der demokratischen Kompetenzen der Jugendlichen im internationalen Vergleich ist die „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCS). Die Studie enthält Informationen über die demokratischen Kompetenzen, Einstellungen, Identitäten und Partizipationsabsichten 14-Jähriger. Leider haben nicht alle Bundesländer an den ersten beiden ICCS-Erhebungen (2009 und 2016) und auch nicht an der aktuellen Erhebung (durchgeführt 2022) teilgenommen. An der 2016er-Studie hat sich Nordrhein-Westfalen als einzelnes Bundesland beteiligt, an der aktuellen Runde zusätzlich auch Schleswig-Holstein. Die Studie liefert wichtige Erkenntnisse darüber, inwieweit die Jugendlichen in der Schule auf ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie vorbereitet werden. Daher sollte Deutschland in Zukunft unbedingt insgesamt an ICCS teilnehmen, um entsprechende Erkenntnisse für die deutsche Schülerschaft im internationalen Vergleich zu erhalten. Besonders aufschlussreich wäre eine Teilnahme, die repräsentative Daten für die einzelnen Bundesländer liefern würde.

Die Messung, inwieweit die Ziele der Demokratiebildung erreicht werden, ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass ein Schulsystem mit relativ autonomen Schulen zu guten Ergebnissen führt. Die Kombination aus extern gesetzten und gemessenen Zielen und schulischer Autonomie richtet die Anreize der Schulen darauf, ihre Selbständigkeit so einzusetzen, dass die Ziele der Demokratiebildung tatsächlich erreicht werden. Wenn am Ende gemessen wird, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler erworben haben, kann man den Schulen überlassen, den besten Weg zu finden, gute Ergebnisse zu erreichen.

Eine belastbare Datengrundlage ist auch ein wichtiger Ausgangspunkt dafür, durch entsprechende Evaluationen zu untersuchen, was die wirkungsvollsten Ansätze in der Demokratiebildung sind. Wissenschaftliche Evaluationsforschung kann dabei helfen, aus den vielen interessanten Ansätzen in der Demokratiebildung zu lernen, welchen es am besten gelingt, den Kindern und Jugendlichen demokratische Kompetenzen effektiv zu vermitteln und diese zu stärken.

Demokratiebildung steht immer wieder im Verdacht, mit dem Neutralitätsgebot zu kollidieren. Die Forderung, Schule müsse sich neutral verhalten, bezieht sich dabei oft fälschlich auf den Beutelsbacher Konsens, der der politischen Bildung drei

wichtige Gebote vorgibt: (1) das Überwältigungsverbot, (2) die Forderung, das, was in Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, auch im Unterricht kontrovers darzustellen, und (3) die Verpflichtung, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.³⁴

Der Beutelsbacher Konsens impliziert dabei keineswegs Neutralität, sondern setzt auf ein normatives Verständnis der Disziplin. Das Handeln basiert somit auf einem sehr klaren Wertefundament: dem des Grundgesetzes. Die Kultusministerkonferenz hält explizit fest: „Kinder und Jugendliche brauchen ein Wertesystem, in dem sie sich orientieren können. Schule ist dafür verantwortlich, ihnen eines zu vermitteln, das den freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechten entspricht.“³⁵ Das pädagogische Handeln in Schulen sei von demokratischen Werten und Haltungen getragen, „die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten lassen“.³⁶

Die Haltung, die damit einhergeht, ist klar: Zum nicht verhandelbaren Kernbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zählen „die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Achtung der Menschenrechte einschließlich der Kinderrechte, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und in allen gesellschaftlichen Institutionen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung, die Durchführung allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen mit aktivem und passivem Wahlrecht aller Bürgerinnen und Bürger, der Schutz von Minderheiten, Meinungs- und Pressefreiheit, eine unabhängige Justiz, Gewaltenteilung und politischer Pluralismus, das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, das staatliche Gewaltmonopol, kurz: der demokratische Rechtsstaat mit dem Prinzip der Gewaltenteilung.“³⁷ Zwar sind Lehrkräfte angehalten, sich parteipolitisch neutral zu verhalten, sollen sich aber durch ihr Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für ihren Erhalt eintreten.

Demokratiebildung gelingt dort besonders gut, wo sie in alle Facetten des Schullebens Eingang findet: in den Unterricht, als fächerübergreifende Themenstellung, in der Beteiligung aller an der Schulentwicklung und in einer entsprechenden Schulkultur.

DEMOKRATIEBILDUNG MUSS FÜHRUNGSAUFGABE SEIN

Demokratiebildung gelingt dort besonders gut, wo sie in alle Facetten des Schullebens Eingang findet: in den Unterricht, als fächerübergreifende Themenstellung, in der Beteiligung aller an der Schulentwicklung und in einer entsprechenden Schulkultur. Sie gelingt im Diskurs von und mit Schülern und Schülerinnen und in einem Verständnis von Schule, das die sie umgebende Gemeinschaft einbezieht. Idealerweise öffnet sie sich diesem Austausch und sucht aktiv den Dialog mit Politik, Medien, Kultur und Wirtschaft.

Das sehen auch viele Schulleitungen so. Dies wird in der von der Kommission in Auftrag gegebenen Schulleitungsstudie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie deutlich.³⁸ Eine Mehrheit der darin befragten Schulleitungen meint allerdings, dass das vorherrschende traditionelle Schulkonzept Jugendliche am Erwerb wesentlicher Kompetenzen hindere, die sie bräuchten, um ihr Leben zu meistern und die Gesellschaft konstruktiv zu gestalten. Schule sei aktuell meist zu wenig auf Innovation, Teilhabe, Mitsprache und partizipatives Handeln ausgerichtet.³⁹ Als Kompetenzen, die aus der Sicht der Schulleitungen stärker gefördert werden müssten, nennen sie logisches und kritisches Denken, Selbstorganisation und Selbstlernkompetenz, Medienkompetenz und digitale Mündigkeit sowie Problemlösungskompetenz.⁴⁰

Die Studie konstatiert in diesem Zusammenhang eine kritische Bewertung der vorgefundenen Schulsituation. Das Schulsystem in Deutschland werde als veraltet wahrgenommen. Die Schulleitungen stimmen mehrheitlich der Aussage zu, dass durch eine demokratische Schulgestaltung sie selbst sowie auch Lehrkräfte eine Vorbildfunktion für die nachwachsende Generation einnehmen könnten. Eine demokratischere Gestaltung des Schulalltags verspreche ein besseres Miteinander vor dem Hintergrund einer zunehmenden sozialen Heterogenität und eröffne zudem Freiräume für die Wissensvermittlung. Würden Schulen demokratisch gestaltet, erhöhe sich die Chance, dass sich bei Schülerinnen und Schülern ein „demokratischer Habitus“⁴¹ entwickle.

Alles, was im Schulleben über die verpflichtenden Inhalte der Lehrpläne und vorgeschriebenen Abläufe hinausgeht, braucht Planung, Gestaltung und Umsetzungsstrategien der Schulleitungen. Auch Lehrkräfte müssen für die Mitwirkung gewonnen und möglichst sogar begeistert werden. Das bedeutet: Wenn Demokratiebildung als allgemeiner Bildungsauftrag verstanden wird, wird sie zur Führungsaufgabe. Wenn Demokratiebildung ein tragendes Element der Schulkultur werden soll, muss es den Schulleitungen gelingen, dafür Begeisterung zu wecken und die nötigen Strukturen zu schaffen. Dabei braucht es nicht ein Mehr an Druck, sondern ein Mehr an Mut und Entschlossenheit sowie an Ressourcen. Viele Schulleitungen haben längst erkannt, dass Partizipation und Selbstwirksamkeit nicht nur Themen der Demokratiebildung sind, sondern unabdingbare Elemente einer guten Schule. Hier gibt es weniger ein Erkenntnis- als ein Umsetzungsdefizit.

Wenn Demokratiebildung ein tragendes Element der Schulkultur werden soll, muss es den Schulleitungen gelingen, dafür Begeisterung zu wecken und die nötigen Strukturen zu schaffen. Dabei braucht es nicht ein Mehr an Druck, sondern ein Mehr an Mut und Entschlossenheit sowie an Ressourcen.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS MIRKO MEYERDING, SCHULLEITER DER GESAMTSCHULE EBSDORFER GRUND

Partizipation heißt, Schülerinnen und Schülern etwas zuzutrauen!

Bei der Schaffung einer offenen und partizipativen Atmosphäre, in der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern gleichermaßen gehört und respektiert werden, kommt der Schulleitung eine zentrale Rolle zu. Demokratische Bildung

bedeutet, dass Entscheidungen gemeinsam getroffen werden, indem verschiedene Stimmen und Perspektiven einbezogen werden. Daher sollte die Schulleitung sicherstellen, dass alle Mitglieder der Schulgemeinde die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Insbesondere den Schülerinnen und Schülern sollte die Möglichkeit „echter“ Partizipation eingeräumt bzw. geschaffen werden, sei es bei der Gestaltung von Räumen oder auch von Unterrichtsinhalten oder Unterrichtsarrangements. Schülerinnen und Schüler müssen sich dabei als wirksam erleben und relevante Erfahrungen machen.

Schulleitung hat auch die Verantwortung, sicherzustellen, dass Lehrkräfte die notwendige Unterstützung erhalten, um demokratische Bildungsansätze in ihren Unterricht zu integrieren. Dies kann durch die Bereitstellung von Fortbildungen, Ressourcen und einem offenen Austausch innerhalb des Kollegiums geschehen. Eine demokratische Schulkultur erfordert die Zusammenarbeit aller Beteiligten und eine flache Hierarchie auf Leitungsebene.

Toleranz, Respekt und Gerechtigkeit müssen nicht nur im Unterricht vermittelt werden, sondern auch im Schulleben sichtbar sein. Dies kann beispielsweise durch Projekte zur Stärkung der Schülermitbestimmung (z. B. durch ein Schülerbudget) oder der Förderung von Diskussionsforen und demokratischen Prozessen (z. B. durch Formate wie *Jugend debattiert*) geschehen. Ein besonders wirksames Mittel ist die Einrichtung des Klassenrats; dieser sollte ab Klasse 1 verbindlich in die Studentenliste der Kultusministerien aufgenommen werden.

Durch ihr Engagement für demokratische Bildung kann Schulleitung eine positive Lernumgebung schaffen, in der Schülerinnen und Schüler zu aktiven und mündigen Staatsbürgerinnen und -bürgern heranwachsen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Dafür muss man ihnen etwas zutrauen, ja manchmal auch zumuten – denn sie sind die Generation, welche die Zukunft gestalten wird.

Schulleitungen, die das Demokratielernen umfassend praktizieren, bauen alle auf ein Repertoire an strategischen Komponenten. Dies sind im Wesentlichen folgende Punkte:

- 1) Demokratie wird als Bildungsziel der Schule ausformuliert.
- 2) Demokratiebildung ist in die Lehrpläne der Fächer eingebaut und wird fächerübergreifend verfolgt.
- 3) Für die Einbindung in den Schulalltag werden Strategien sowie Routinen zur Umsetzung entwickelt.
- 4) Ein kontinuierlicher Prozess des Feedbacks und der Weiterentwicklung gewährleistet die Kontinuität und Anpassung des Konzepts an sich verändernde Bedingungen.

Wenn Schule der Ort sein soll, an dem Demokratie gelehrt und gelernt wird, muss sich das in Führung und Eigenorganisation spiegeln. Alle Schulen, die Demokratiebildung wirklich leben, setzen auf einen partizipativen Führungsstil in der Lehrerschaft und darauf, die Beteiligten einzubinden und mit Schülerschaft und Eltern zusammenzuarbeiten.

Demokratiebildung braucht überdies zwingend Lehrerinnen und Lehrer, die Bildung als Gestaltungsaufgabe verstehen, die Freiräume nutzen und notfalls schaffen. Dafür ist es wichtig, dass sie sich als Pädagogen begreifen, sich in ihrer Fachlichkeit sicher bewegen, auf Schüler zugehen können und Persönlichkeitsbildung als maßgebliche Aufgabe verfolgen.

DEMOKRATIEBILDUNG MUSS ÜBERALL UND JEDERZEIT STATTFINDEN

Schulen sind ein entscheidender Ort für Demokratiebildung, weil Kinder und Jugendliche aus allen Schichten und Milieus für viele Jahre zusammenkommen und erreicht werden. Aber Schulkarrieren können in Deutschland sehr unterschiedlich verlaufen. Die ehemals strenge Dreigliedrigkeit in Haupt-, Realschulen und Gymnasien ist durchlässiger geworden und findet Ergänzungen u.a. in Werkrealschulen, Gemeinschafts- und Gesamtschulen. Hinzu kommen die berufsbildenden Schulen.

Gemeinsam verbringen alle Kinder jedoch die Grundschuljahre, weshalb es entscheidend ist, dass Demokratiebildung bereits dort ihren Platz findet und gelebt wird. Hinzu kommt, dass die frühen Prägungen besonders wirksam sind und sich in die Biografien der Kinder besonders stark und langfristig einschreiben. Die Bildungsforschung zeigt außerdem, dass sich Fragen der Chancengleichheit an möglichst frühen Bildungsinvestitionen entscheiden. Das gilt auch für die Demokratiebildung, die in vielen Grundschulen erst langsam Berücksichtigung findet.

Wenn Schule der Ort sein soll, an dem Demokratie gelehrt und gelernt wird, muss sich das in Führung und Eigenorganisation spiegeln.

Die Bildungsforschung zeigt, dass sich Fragen der Chancengleichheit an möglichst frühen Bildungsinvestitionen entscheiden. Das gilt auch für die Demokratiebildung, die in vielen Grundschulen erst langsam Berücksichtigung findet.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS THOMAS KRÜGER, PRÄSIDENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung von Anfang an!

Politische Bildung fokussiert sich weitgehend auf die zweite Hälfte der Schullaufbahn. Der Politikunterricht wird dabei meistens erst ab der 7. Klasse erteilt.

Es wird allgemein darüber geklagt, dass die Fächergruppe um die Politische Bildung zu wenig in die Breite wirkt und insbesondere bei bildungsbenachteiligten Schülerinnen und Schülern zu wenig qualitative und nachhaltige Wirkung erzeugt. Das hat dazu geführt, dass die erste Hälfte der Schullaufbahn in den vergangenen zwei Jahrzehnten verstärkt in den Fokus gerückt wurde. Unter dem Motto „Politische Bildung von Anfang an“ wird der Bereich frühkindlicher Bildung und insbesondere der Bereich der Grundschulbildung in den Blick genommen.

Je intensiver Mitbestimmung gelebt wird, desto resilienter entwickeln sich Kinder. Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, die Kinderrechte in Kitas stärker zu thematisieren und vor allem das Personal in Sachen Beteiligung und Mitbestimmung zu qualifizieren und zu befähigen.

Die allgemeine Bildungsforschung unterstützt diese Entwicklung. Hinzuweisen ist hier insbesondere auf die Forschungen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Der Forschungsbereich Erziehungswissenschaft und Bildungssysteme⁴² weist empirisch nach, dass insbesondere drei Faktoren positiven Einfluss auf den Bildungsverlauf nehmen: Der Ausbau frühkindlicher Bildung insbesondere in den Kindertagesstätten, die individuelle Förderung und Unterstützung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers von der Grundschule an und der flächen-deckende Ausbau des Ganztags. Insgesamt kann man schlussfolgern, dass sich Fragen der Chancengleichheit an möglichst frühen Bildungsinvestitionen entscheiden.

Fakt ist, dass der Blickwechsel auf die frühkindliche Bildung in Kita und Grundschule bisher eher im theoretischen Feld angestoßen worden ist.⁴³ In der Praxis frühkindlicher Bildung hingegen begegnet man infrastrukturell verankerten Angeboten der Politischen Bildung dagegen eher nur punktuell.

In den Kindertageseinrichtungen erfahren sich Kinder als sozial interagierende Persönlichkeiten. Damit eröffnet sich ein Gestaltungsraum für eine umfassend gedachte Politische Bildung im frühkindlichen Alter. Kinder machen im weitesten Sinn erste politische Erfahrungen. Sie erleben Konflikte und müssen sie gemeinsam mit dem pädagogischen Personal lösen. Die Kindertageseinrichtung organisiert sich vor diesem Hintergrund als ein sich demokratisierender Raum. Eine Schlüsselrolle spielt in diesem Zusammenhang die Dimension der Selbstermächtigung, die in Formen von ermöglichter Beteiligung stattfindet. Beteiligung ist in Kommunikation, Auswahl, Reflexion und ggf. auch Problematisierung von Spiel und Essen denkbar, aber auch bei Konfliktlösungsszenarien. Der Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks⁴⁴ hat z.B. untersucht, inwiefern erlebte Beteiligung Wirkung und Einfluss auf weitere Bildungsverläufe nimmt. Überraschend ist der Befund, dass besonders von Armut betroffene und bildungsbenachteiligte Kinder durch realisierte Beteiligungsmöglichkeiten eine stärkere Resilienz entwickeln und damit den Kreislauf der Vererbung von Armut durchbrechen können. Je intensiver Mitbestimmung gelebt wird, desto resilienter entwickeln sich Kinder. Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, die Kinderrechte in Kitas stärker zu thematisieren und vor allem das Personal in Sachen Beteiligung und Mitbestimmung zu qualifizieren und zu befähigen, eine Kultur der Partizipation in den Kindertageseinrichtungen zu entwickeln.

Auch im Grundschulbereich kann mittlerweile auf belastbare Studien zurückgegriffen werden. Der 16. Kinder- und Jugendbericht⁴⁵ hat eine eigene Expertise⁴⁶ in Auftrag gegeben, die aufzeigt, dass sich im Grundschulalter politisch relevante Vorstellungen und Haltungen entwickeln, die in den Schulalltag integrierbar sind und altersgemäße Bildungsergebnisse erzielen lassen. Dabei spielt auch hier der Aspekt der „Selbst-Aneignung“ der Schülerinnen und Schüler auf der Basis

von realisierten Selbstwirksamkeitserfahrungen eine entscheidende Rolle. Der Sachkundeunterricht als vorgesehenes Fach sollte diversifiziert und differenziert werden. Aber auch stärker zu anderen Fächern und einer zu entwickelnden demokratischen Schulkultur vernetzt werden, die altersgemäße Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet.

Ganz grundsätzlich muss konstatiert werden, dass es bisher keine Gleichwertigkeit im Unterricht für Politische Bildung in den einzelnen Schulformen und in den 16 Bundesländern gibt. Damit ist auch keine Chancengleichheit beim Erwerb von Politik- und Demokratiekompetenz in der Schule gegeben. Das Leitfach der Politischen Bildung ist zudem in keinem Bundesland in den Sekundarstufen I und II durchgehend verbindlich.⁴⁷

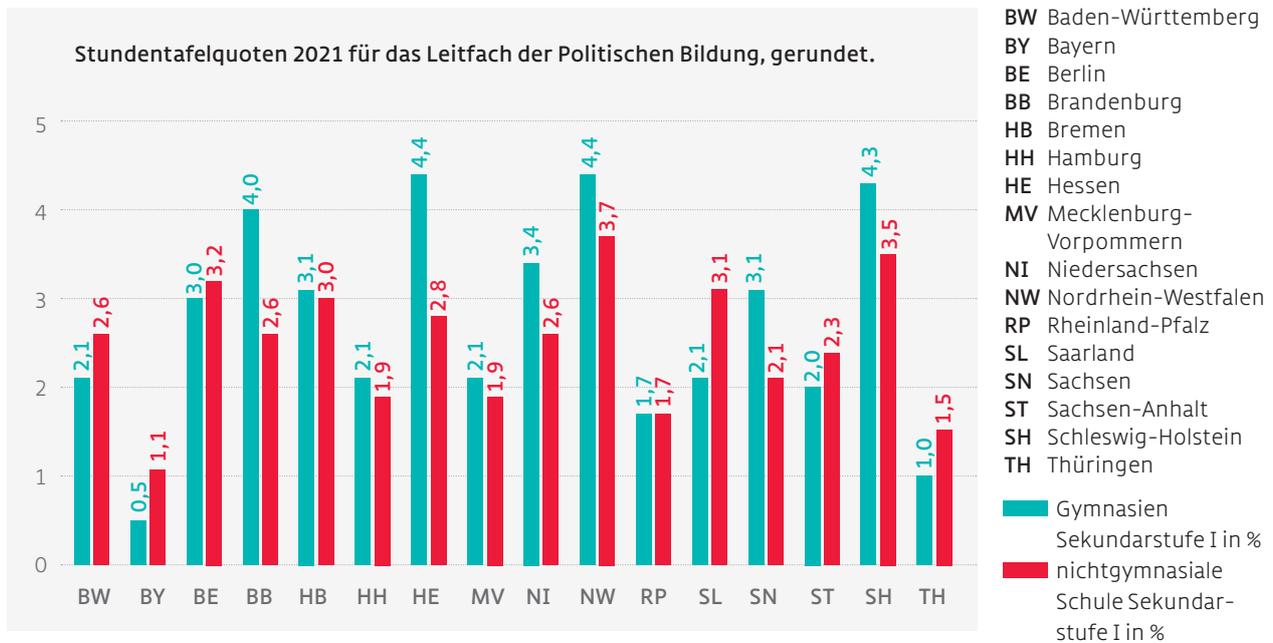


Abbildung 1: Ranking für das Leitfach der Politischen Bildung in Sekundarstufe I⁴⁸

BW Baden-Württemberg
 BY Bayern
 BE Berlin
 BB Brandenburg
 HB Bremen
 HH Hamburg
 HE Hessen
 MV Mecklenburg-Vorpommern
 NI Niedersachsen
 NW Nordrhein-Westfalen
 RP Rheinland-Pfalz
 SL Saarland
 SN Sachsen
 ST Sachsen-Anhalt
 SH Schleswig-Holstein
 TH Thüringen

■ Gymnasien
 Sekundarstufe II in %
■ Berufsschule (Duales System) in %

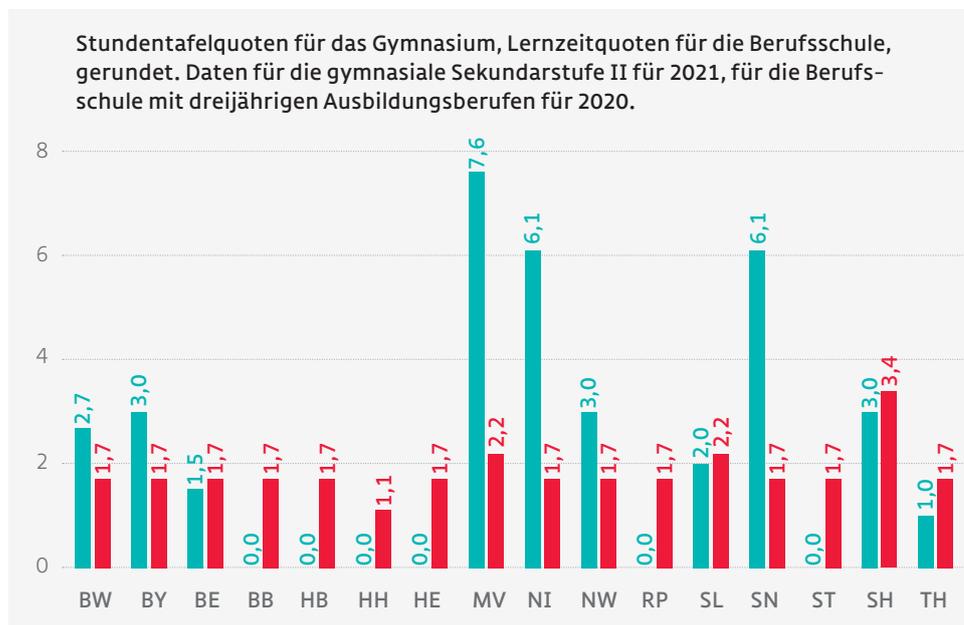


Abbildung 2: Ranking der Stundentafelquoten für Politische Bildung in der gymnasialen Sekundarstufe II und in der dreijährigen Berufsschule⁴⁹

Stundentafelquoten für das Gymnasium, Lernzeitquoten für die Berufsschule, gerundet. Daten für die gymnasiale Sekundarstufe II für 2021, für die Berufsschule mit dreijährigen Ausbildungsberufen für 2020.

In der gymnasialen Sekundarstufe II sowie in den Berufsschulen gehen die Stundentafelquoten für Demokratiebildung im Vergleich zur Sekundarstufe I im Schnitt deutlich zurück. Ein besonderer Blick ist hier auf die berufsbildenden Schulen zu richten. Schulen der beruflichen Bildung sind nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler der größte Bildungszweig. Etwa 2,3 Millionen, gut zwei Drittel aller rund 3,2 Millionen Jugendlichen in der Sekundarstufe II besuchen berufsbildende Schulen.⁵⁰ Sie begleiten Jugendliche in einer sehr dynamischen Entwicklungsphase, in der sie erstmals mit vielen Erfahrungen des gesellschaftlichen Lebens außerhalb des schulischen Schuttraums konfrontiert sind. Ihre demokratische Haltung zu festigen und Möglichkeiten zur Reflexion und Verarbeitung zu bieten, ist in dieser sensiblen Lebensphase sehr wichtig. Dies umso mehr, als in den verschiedenen Einrichtungen Schülerinnen und Schüler aus sehr unterschiedlichen Milieus unterrichtet werden. Das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kommt zu dem Schluss, dass neben Jugendlichen mit Fluchterfahrungen in den beruflichen Schulen auch Jugendliche mit einer ausgeprägten migrationskritischen, wenn nicht sogar völkisch-nationalistischen Haltung sitzen.⁵¹ Demokratiebildung kann unter diesen Bedingungen herausfordernd sein. Die produktive Gestaltung dieser Herausforderung in der Arbeit mit Jugendlichen ist für eine erfolgreiche Demokratie jedoch von herausragender Bedeutung. Bleibt diese Chance ungenutzt, kann sie im weiteren Lebensverlauf nicht mehr systematisch aufgegriffen werden und bleibt verloren.

Die alltagswirkliche Gestaltung der politischen Bildung in der beruflichen Bildung wurde 2014 umfassend untersucht⁵² und im 16. Kinder- und Jugendbericht 2020 aufgegriffen und aktualisiert.⁵³ Danach ist Demokratiebildung in allen Bundesländern in den Stundentafeln vorgesehen, in einigen Bundesländern mit 240 Stunden in den drei Schuljahren als manifestes Schulfach. In den Curricula und in der Schulpraxis wird die Demokratiebildung jedoch vielfach auf wirtschaftliche Themen und alltagspraktische wirtschaftliche Fragestellungen verkürzt. Ein wesentlicher Grund hierfür scheint zu sein, dass Demokratiewissen und Demokratiekompetenz in den Prüfungen der Wirtschaftskammern so gut wie nicht gefragt sind. Die Lehrkräfte konzentrieren sich im Unterricht auf die Vorbereitung dieser Prüfungen. Hier läge ein großer Hebel bei den Kammern, Demokratiebildung einzufordern und damit in einem großen Bildungszweig Deutschlands anzuregen.

Fächerübergreifende Demokratiebildung und Erfahrung im Schulalltag ist auch in der beruflichen Bildung möglich, wie die Schulpreis-Schule Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln eindrücklich beweist. Aber die Umsetzung gestaltet sich hier weitaus anspruchsvoller als in allgemeinbildenden Schulen. Das liegt zum einen an der großen Diversität der Schülerschaft, die von Vorbereitungsklassen als erste Anlaufstation für Migrantinnen und Migranten bis zu den beruflichen Gymnasien reicht, die auf die Hochschulbildung vorbereiten. In der dualen Berufsbildung kommt hinzu, dass die Schulen unterschiedlichste Berufszweige beherbergen und die Schülerinnen und Schüler nur 1-2 Tage pro Woche hier verbringen. Die Entwicklung einer Schulkultur und einer Schulgemeinschaft erfordert in dieser Umgebung große Anstrengungen. Auf diese besondere Situation müssten Berufsschullehrkräfte in der Ausbildung sehr viel intensiver vorbereitet werden.

Schlussendlich ist wichtig, dass das Bildungsziel des mündigen Bürgers in allen Schulformen erreicht wird. Dabei gilt: Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden. Es gibt spezielle und sehr unterschiedliche Bedarfe, auf die es zu reagieren gilt: regional, in sozialen Brennpunkten, in Schulen mit ausgeprägt diverser Schülerschaft und in Berufsschulen. Gerade Schulleitungen in sozialen Brennpunkten setzen Demokratiebildung weit oben auf ihre Wunschliste.⁵⁴ Zudem sollte Demokratiebildung so früh wie möglich ansetzen. Die Devise sollte sein: Demokratiebildung von Anfang an und für alle.

Das Bildungsziel des mündigen Bürgers soll in allen Schulformen erreicht werden. Dabei gilt: Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden.

DEMOKRATIE MUSS ERFAHREN WERDEN

Aus Sicht der Kommission sollten mindestens vier Komponenten zusammenwirken, damit Schülerinnen und Schüler Demokratie lernen: Beteiligung, Debatte, Begegnung und Engagement. Das ergibt sich aus den Anhörungen der Kommission und den Analysen erfolgreicher Schulen. Berichte der KMK und beauftragter Kommissionen bestätigen dies.⁵⁵

BETEILIGUNG:

Um Schülerinnen und Schülern die nötigen Demokratiekompetenzen zu vermitteln, gilt Beteiligung als ein wichtiger, wenn nicht der entscheidende Hebel. Es geht nicht nur darum, Demokratie zu unterrichten, sondern für Schülerinnen und Schüler persönlich erlebbar zu machen.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, eigene Interessen zu vertreten, über Sachaspekte zu streiten, Meinungen auszutauschen und in einem Entscheidungsprozess mitzuwirken. Dazu besteht bereits in den ersten Grundschuljahren Gelegenheit, etwa bei der Planung von Ausflügen, Klassenfahrten, Klassenfesten und bei der Wahl der Klassensprecher.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, eigene Interessen zu vertreten, über Sachaspekte zu streiten, Meinungen auszutauschen und in einem Entscheidungsprozess mitzuwirken. Dazu besteht bereits in den ersten Grundschuljahren Gelegenheit, etwa bei der Planung von Ausflügen, Klassenfahrten, Klassenfesten und bei der Wahl der Klassensprecher. Die Teilhabe an den innerschulischen Entscheidungsprozessen erzeugt zudem ein besseres Verständnis für Ziele und Aufgaben der Schulen und ein Gefühl von Zugehörigkeit und der geteilten Verantwortung, zwei besonders wertvolle Aspekte des Demokratieverständnisses.

Deutschlandweit ist die Interessenvertretung der Schülerschaft gesetzlich vorgesehen, doch die Wahl einer Schülervertretung führt nicht automatisch zu mehr Beteiligung der Schülerinnen und Schüler. Hierbei kommt es stark darauf an, wie die gelebte Praxis aussieht: Welchen Stellenwert hat die Schülervertretung bei Schulleitung und Lehrkräften, d.h. gibt es ein regelmäßiges Format, um Themen zu platzieren, wird die Schülervertretung zu Entscheidungen angehört oder beteiligt, welcher Art sind diese Entscheidungen und welche Bedeutung haben sie? Wird den Schülerinnen und Schülern glaubhaft vermittelt, dass ihre Einwände willkommen sind? Bekommen sie zeitnahes Feedback zu Einwänden und Vorschlägen, und wie oft führt ein Vorschlag tatsächlich zu einer Veränderung?

Über Schülervertretungen hinaus gibt es eine Vielzahl von Formaten, die die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern am Schulleben und an strategischen Fragen in unterschiedlichen Abstufungen ermöglichen, vom Klassenrat über Zukunftskonferenzen bis hin zur partizipativen Unterrichtsgestaltung. Viele inspirierende Praxisbeispiele hierzu sind in unserer Toolbox zu finden.⁵⁶

Die Sammlung soll Anregungen geben, wie gelungene Demokratiebildung in der Umsetzung aussehen kann, dabei wird weder der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, noch ist Höchstqualität gesichert, es geht vielmehr um Anschauungsmaterial guter Praxis. In Großbritannien stellt die Education Endowment Foundation eine umfangreiche Lehr- und Lern-Toolbox evidenzgeprüfter Beispiele bereit, die Lehrkräfte und Schulleitungen dabei unterstützen soll, Entscheidungen zur Verbesserung der Lernergebnisse zu treffen.⁵⁷ Die Einführung einer solchen Toolbox auf nationaler Ebene wäre auch für Deutschland empfehlenswert.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat auf Bitten der Kommission internationale Beispiele für gute Praxis in der Demokratiebildung an Schulen zusammengestellt⁵⁸ und nennt Schülerbudgets als beachtens-

werten Ansatz zur Schülerbeteiligung. Am Beispiel Portugal wird erläutert, wie Schülerbudgets wirken: Hier sei allen Schulen ein Budget von einem Euro pro Schüler zur Verfügung gestellt worden, über dessen Verwendung die Schülerschaft mithilfe demokratischer Prozesse selbst entscheiden darf. Die Schülerinnen und Schüler bereiten dabei zunächst Haushaltsvorschläge vor, debattieren über diese, werben um Stimmen und treffen schließlich ihre Entscheidung durch Abstimmungen.⁵⁹

Die Stadt Paris hat 2016 Schülerbudgets eingeführt, die für ausgewählte Investitionsprojekte (z. B. Technik zur Aufnahme von Podcasts, Anlage eines Gemüsegartens, Roboterbausätze) verwendet werden können, die sich an aktuellen Herausforderungen orientieren. So sollen die Schülerinnen und Schüler angeregt werden, sich Gedanken über die Gemeinschaft zu machen und wie sie sich einbringen können. Ähnlich wie in Portugal wird die Entscheidung seitens der Schülerschaft mittels Abstimmungen getroffen, denen Debatten und ein Wahlkampf vorausgegangen sind.⁶⁰

In der Literatur zu Schülerbudgets wird deutlich, dass der Ansatz dazu beitragen kann, Kompetenzen wie Selbstwirksamkeit, kritisches Denken, Kommunikation und Zusammenarbeit zu entwickeln.⁶¹

Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern soll kein Selbstzweck sein. Sobald Beteiligungsangebote zu lästigen Übungen verkommen, aus denen nichts folgt und die als Beschäftigungstherapie wahrgenommen werden, ist mehr verloren als gewonnen. In vielen Bereichen ergibt Beteiligung schlichtweg keinen Sinn. Demokratie legitimiert sich nicht nur durch Beteiligung, sondern auch durch Problemlösung, die durch partizipative Formate deutlich zeitaufwändiger und mühsamer werden kann. Auch dies gilt es zu vermitteln.

Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern soll kein Selbstzweck sein. Sobald Beteiligungsangebote zu lästigen Übungen verkommen, aus denen nichts folgt und die als Beschäftigungstherapie wahrgenommen werden, ist mehr verloren als gewonnen.

DEBATTIEREN: DIE FÄHIGKEIT ZUR KONTROVERSE

Nicht nur der Konsens, auch die Kontroverse gehört zur Demokratie. Entscheidungswege sind selten kurz und Mehrheitsergebnisse verlangen Zugeständnisse und Frustrationstoleranz. Die unmittelbare Erfahrung, wie kollektiv verbindliche Entscheidungen in der Schule zustande kommen, verbindet die formale Demokratiebildung mit der emotionalen Erlebensebene. Um mit demokratischen Verfahren vertraut zu werden, müssen Räume geschaffen werden, in denen Schülerinnen und Schüler kontrovers diskutieren können und so selbst erleben, was Meinungsvielfalt bedeutet. Diskutieren und debattieren zu können, ist eine Voraussetzung qualifizierter Mitwirkung, eine Kompetenz für Regierende wie für Regierte, gleich welcher Ebene. Es ist daher kein Zufall, dass in den Mutterländern der repräsentativen Demokratie, Großbritannien und den USA, das Debattieren schon seit Langem in Schule und Hochschule modellhaft praktiziert wird, nicht nur im Rahmen der Mitbestimmung oder als Sequenz in Planspielen, sondern bereits im Unterricht, als Form geistiger Übung. Die Schule bietet die Chance, mit dem Debattieren früh zu beginnen, diese Fähigkeit systematisch und in allen Schulformen zu entwickeln und damit in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Demokratie ist komplett menschengemacht, also geht es nicht ohne Gefühle. Auch nicht ohne die unsympathischen, wie Eifersucht, Neid, Missgunst und Schadenfreude.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS ANNA ENGELKE, PUBLIZISTIN (NDR)

Demokratie und Demokraten brauchen Fakten

Der demokratische Alltag ist voll von Gefühlen. Wut auf den angeblichen politischen Freund, der einem den Job dann doch noch weggeschnappt hat. Entzücken, wenn die eigene Rede verfängt. Klammheimliche Freude, wenn der politische Gegner sich nach einer rauen Nacht nicht im Griff hat und wirklich niemanden mit seinen hingestoppelten Argumenten überzeugt. Demokratie ist komplett menschengemacht, also geht es gar nicht ohne Gefühle. Auch nicht ohne die unsympathischen, wie Eifersucht, Neid, Missgunst und Schadenfreude.

Zudem steht die Auseinandersetzung im Mittelpunkt. Die aber eben nicht in den Faustkampf eskaliert, sondern durch eine Abstimmung fair entschieden wird. Wer soll nichts fühlen, wenn er gewinnt oder verliert? Die Gegebenheiten, über die diskutiert oder sogar heftig gestritten wird, müssen von allen akzeptiert werden. Wieviel Geld haben wir in der Kasse, fragen die Mitglieder eines Vereins ihren Kassenswart. Der nennt die Summe und erst dann kann der Streit über das Ziel des Vereinsausflugs bis zur Abstimmung toben.

Wenn einzelne Mitglieder aber zu fühlen beginnen, es wäre doch viel mehr Geld in der Kasse und nicht mehr über das tatsächliche Geld, sondern eine Fantasiesumme streiten, dann wird es schwierig. Im Jahr 2009 sagte mir der deutsche Botschafter in Washington DC, Klaus Scharioth, er sei besorgt um die amerikanische Demokratie, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr auf gemeinsame Fakten einigen könnten. So behaupteten Vertreter der damals erstarkenden Tea-Party-Bewegung, der amtierende Präsident Obama sei kein Amerikaner, zudem Moslem. Beides war und ist falsch. Was für eine fruchtbare Auseinandersetzung kann es noch geben, wenn eine Seite selbst amtliche Urkunden nicht als korrekt anerkennt?

Klaus Scharioth konnte damals noch nicht ahnen, wie sehr die Fakten in den USA noch unter die Räder geraten würden. Zeugen dessen wurden alle, als Donald Trump schon bei seiner Amtseinführung behauptete, es wären viel mehr Menschen in der Hauptstadt gewesen als bei den Inaugurationen seines Vorgängers Obama. Genauso falsch wie die spätere Behauptung, Trump sei um seinen Wahlsieg gegen Joe Biden betrogen worden. Gerichtsfest falsch. Dennoch ist eine Mehrheit der Republikaner immer noch der Auffassung, Trump wäre einer Wahlfälschung zum Opfer gefallen. Die Beraterin Trumps, Kellyanne Conway, hat sich einen Eintrag im Wörterbuch der Demokratieverstörer gesichert, als sie Unwahrheiten der Trump-Regierung zu „alternativen Fakten“ adelte.

Welcher Kompromiss ist noch möglich, wenn gegenseitig nicht einmal anerkannt wird, worum es bei der Auseinandersetzung genau geht? Genau, keiner. Wer aber

ohnehin nichts anderes will, als seine eigene Überzeugung durchzusetzen und dabei die Welt in „wir gegen die“ einteilt, der braucht keine Demokratie. Denn „die anderen“, ob Minderheit, oder – wie in den USA derzeit – Mehrheit, sind ihm gleichgültig. Wer ohnehin „alternative Fakten“ bemühen muss, dem ist mit einer Diktatur eigentlich besser gedient. Da jeder Widerspruch in autoritären Regimen wie der damaligen DDR oder dem heutigen Russland für den Einzelnen schwere Folgen haben, können solche Regime eine ganze Realität mit ganz eigenen Wahrheiten ausstatten. Einziges Problem: Von allen Gewaltherrschaften hat noch keine so lange durchgehalten wie die jahrhundertalte Demokratie in den Vereinigten Staaten. Es könnte also sein, dass es zu einer Beschäftigung mit den definitiv vorliegenden Fakten keine wirkliche Alternative gibt.

In Deutschland hat dazu der damalige Bundespräsident Johannes Rau als Schirmherr im Jahr 2001 das Programm *Jugend debattiert* initiiert. *Jugend debattiert* ist heute der größte bundesweite Schülerwettbewerb zur sprachlich-politischen Bildung, mit jährlich ca. 200.000 Teilnehmenden. Dem Wettbewerb geht eine Unterrichtsreihe voraus, in der die Schülerinnen und Schüler lernen, frei zu sprechen, aufmerksam zuzuhören, adressatenbezogen zu begründen und zu strittigen Fragen sachbezogen Stellung zu nehmen. Bereits das Debattieren im Unterricht vermittelt, dass ernsthafte Auseinandersetzung und zivilisierter Streit auf Recherche und Regeln angewiesen sind. Der Wettbewerb verdeutlicht, dass Konkurrenz auch Kooperation erfordert, und Kooperation durch Konkurrenz belebt wird. Das Debattieren ist dazu besonders geeignet, denn im Wettstreit um das bessere Argument liegt immer schon ein gewisser Wetteifer. Als jährlich wiederkehrender, bundesweiter Wettbewerb sorgt *Jugend debattiert* zudem für einheitliche Standards und eine verbindliche Taktung.

Bereits beim Debattieren im Unterricht wird vermittelt, dass ernsthafte Auseinandersetzung und zivilisierter Streit auf Recherche und Regeln angewiesen sind. Der Wettbewerb verdeutlicht, dass Konkurrenz auch Kooperation erfordert, und Kooperation durch Konkurrenz belebt wird.

Im demokratischen Prozess ist Debatte ein zentrales Element, jedoch nur ein Element von vielen. Zur Demokratie gehören auch Verhandlungen und Kompromisse. Ausschließlich zu debattieren wäre kontraproduktiv. Umgekehrt geht das freie Debattieren im demokratischen Prozess nicht völlig auf. Debatten in Wettbewerb, Unterricht und freiwilliger Arbeitsgemeinschaft ermöglichen auch unabhängig von Mandat und Tagesordnung, gegensätzliche Meinungen öffentlich zu äußern und sie gemeinsam argumentativ zu prüfen. Dies geschieht unter den Alltagsbedingungen endlicher Zeit und unvollständiger Information, die auch demokratische Willensbildung immer begrenzen.

BEGEGNUNG: SCHULEN MÜSSEN SICH FÜR DIE GESELLSCHAFT ÖFFNEN

Schule findet nicht im luftleeren Raum statt. Genauso wenig sollte das demokratische Lernen auf die Klassenzimmer beschränkt bleiben. Es braucht eine Öffnung in die Gesellschaft und die Kooperation. Kinder und Jugendliche müssen ihre sozialen Räume erkunden und reale Aufgabenstellungen, Konflikte und Probleme verstehen.

Mit der schrittweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung steigt die Erwartungshaltung der Träger nicht-formaler Bildung, dass staatlicherseits auch nicht-formale Bildung finanziert wird. Doch dafür sind bisher keine Maßnahmen und keine Ressourcen vorgesehen.

Die Zivilgesellschaft leistet seit Langem einen erheblichen Beitrag zur Demokratiebildung in Schulen. Als Partner für Unterrichtseinheiten, Workshops, Projektwochen oder Klassenfahrten sind Museen, Gedenkstätten, Kirchen und unterschiedlichste Vereine schon immer Partner von Schulleitungen und Lehrkräften. Gleichwohl ist es eine Herausforderung, diese mitunter eher punktuellen Kooperationen so zu gestalten, dass nicht nur die ohnehin schon ressourcenreichen Schulen mit besonders engagierten Lehrkräften, Schülern und Eltern die Möglichkeiten solcher Partnerschaften nutzen und gestalten. Die bestehenden gesellschaftlichen Angebote mit den Bedarfen in den Schulen sinnvoll abzustimmen, gelingt bisher zu wenig.

Eine weitere Herausforderung ist die Frage, in welcher Form Qualitätskontrolle einerseits und finanzielle Unterstützung andererseits das Engagement von gesellschaftlichen Trägern in der Schule begleiten kann und muss. Wer legt fest, wann ein Angebot der nicht-formalen Bildung für die Minderjährigen wertvoll ist? Wer sorgt für die Finanzierung?

Mit der schrittweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung steigt die Erwartungshaltung der Träger nicht-formaler Bildung, dass staatlicherseits auch nicht-formale Bildung finanziert wird. Doch dafür sind bisher keine Maßnahmen und keine Ressourcen vorgesehen, es gibt auch kein überregionales Gesamtkonzept für ein qualitativ hochwertiges Angebot bei der Verzahnung formaler und nicht-formaler Bildungsangebote. Den Schulen bleibt selbst überlassen, welches Betreuungsangebot sie bereitstellen. Einige können damit besser umgehen als andere.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS THOMAS KRÜGER, PRÄSIDENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Mit Blick auf den Ganzttag tun sich nochmal viel breitere Perspektiven auf. Schule ist keine „fensterlose Monade“, sondern Teil einer Nachbarschaft, eines Stadtteils, eines Erfahrungsraumes auch der beteiligten Eltern und Lehrkräfte. Insofern sind Beteiligungs- und Mitbestimmungsangebote die Gewähr dafür, dass sich Schülerinnen und Schüler in ihren Lebenswelten und örtlichen Kontexten als politische Persönlichkeiten entwickeln und wahrnehmen können. Obwohl die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag einen Rechtsanspruch auf die Ganztagschule verspricht, fällt die Unsichtbarkeit politischer Bildung in diesem Bereich ins Auge. Es gibt kaum eigenständige Publikationen zur Rolle politischer Bildung in diesem Zusammenhang. Das Thema wird zumeist additiv subsumiert und damit invisibel.

Im Wesentlichen geht es bei der Ganztagschule in diesem Feld um die Kooperation von Trägern der außerschulischen politischen Bildung mit Schulträgern. Dabei ist eine konzeptionelle Verzahnung der Angebote am Vor- und Nachmittag gefragt und nicht ein kumulatives Nachmittagsangebot. Einen guten Überblick über den Diskussionsstand und die Praxispotenziale gibt der Jahresbericht 2017 der

Transferstelle Politische Bildung, der den Jahresschwerpunkt „Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule“ abbildete.⁶² Der 16. Kinder- und Jugendbericht knüpft daran an und resümiert, dass der Ganztagsschulbereich als „hybrider Raum“ ein enormes Potenzial für Politische Bildung hat, das aber sowohl konzeptuell als auch praktisch so gut wie nie mitgedacht ist. Die Herausforderung potenziert sich nochmal im Grundschulbereich, weil hier insbesondere Gestaltungsmöglichkeiten in Verbindung mit dem Sachunterricht und einer demokratischen Schulkultur und den damit verknüpften Mitbestimmungsmöglichkeiten denkbar sind. Schülerinnen und Schüler der Grundschule sagen auch, dass sie kaum Mitbestimmung erfahren.

Der erweiterte Erfahrungsraum des Ganztags wird bislang zu wenig genutzt, obwohl sich zahlreiche Partnermöglichkeiten anbieten. Damit sind nicht nur die Träger der politischen Bildung gemeint, sondern auch die Träger der kulturellen Bildung, der sozialen Arbeit und weitere zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Landschaft der Sportvereine, die interdisziplinär an Angebote politischer Bildung anschließen. Die fehlende bzw. die oft unzureichende Finanzierung dieser Arbeit spielt in diesem Zusammenhang eine verstärkende Rolle.

Schülerinnen und Schüler brauchen den Kontakt zu der Gemeinschaft in ihrer Umgebung und zu den Vertreterinnen und Vertretern der Politik und der Medien. Das bedeutet: Sie sollen Mitglieder von Gemeinderäten, Landtagen und die Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise kennenlernen. Politik ist für viele Menschen ein Raum, in dem sie sich nicht bewegen und zu dem sie nur vermittelt über Medien Kontakt haben. Dabei bleiben die Prozesse und die Referenzsysteme von Politikerinnen und Politikern den allermeisten Menschen fremd. Schulen können genau da ansetzen und Lernerfahrungen ermöglichen, indem sie z.B. Politikerinnen und Politiker in die Schulen einladen und mit Schülern politische Gremien vor Ort besuchen.

Schülerinnen und Schüler brauchen den Kontakt zu der Gemeinschaft in ihrer Umgebung und zu den Vertreterinnen und Vertretern der Politik und der Medien. Das bedeutet: Sie sollen Mitglieder von Gemeinderäten, Landtagen und die Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise kennenlernen.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS LINDA TEUTEBERG, ABGEORDNETE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES UND MITGLIED DES PARTEI-VORSTANDS DER FDP

Manche kommen gar nicht auf die Idee

Ein Problem für unsere Demokratie ist Unverständnis, manchmal sogar Verachtung für die Menschen, die Politik machen. Deshalb finde ich es wichtig, dass Politik auch in der Schule stattfindet – und das nicht nur in Form von Wissensvermittlung im Politikunterricht, sondern auch durch Gespräche und Diskussionen mit Politikern. Denn Politik ist weder per se abgehoben noch ehrenrührig. Sie gehört zum Leben, denn wir brauchen Entscheidungen über die Regeln und Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens in einem Staat als Gemeinwesen. Als ich selbst in den neunziger Jahren ein Gymnasium im Osten Brandenburgs

besuchte, kam es äußerst selten vor, dass ein Politiker eine Schule besuchte – was aber weniger an den Politikern als an den Schulen lag, die sich als sehr politikfern verstanden. Zum Teil gab und gibt es Berührungängste, sehr viel häufiger aber auch einfach gar kein Verhältnis zur Politik. Die einen wollen aus guten Gründen keine Parteienwerbung in den Schulklassen, was verständlich ist. Ich habe aber den Eindruck, dass viele andere einfach gar nicht auf die Idee kommen. Das ist gefährlich, weil es Klischees und falschen Vorstellungen Vorschub leistet und in der Konsequenz dazu beiträgt, dass es wenig Kenntnis davon gibt, was es eigentlich bedeutet, Politik zu machen, welche Motivation zugrunde liegt, wie der Alltag eines Berufspolitikers aussieht und dass es gute Gründe gibt, weshalb Politik nicht ausschließlich im Ehrenamt gemacht wird.

Das gilt besonders für die Arbeit von Abgeordneten und Oppositionspolitikern, die es gerade auf Landesebene mitunter schwer haben, öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Arbeit zu finden. Regierungsmitglieder, die Förderbescheide und anderes verteilen können, haben es da leichter. Nach meinem Eindruck ist dieses Phänomen in Ostdeutschland noch einmal deutlich stärker ausgeprägt als im Westen. Ich lese seit vielen Jahren in bundesweiten Pressespiegeln, wie über die Arbeit von Abgeordneten berichtet wird und beobachte seit Langem, dass die westdeutsche Regionalzeitung eher mal einen Artikel über oder ein Interview mit „einfachen“ Abgeordneten veröffentlicht. Im Osten und aus dem Osten dieser Republik werden Politiker oft erst wirklich wahrgenommen, wenn sie bereits sehr herausgehobene Ämter innehaben. Ich erinnere mich an eine Situation, in der sogar bei einer Eröffnungsfeier für ein neues Landtagsgebäude ganz selbstverständlich der Ministerpräsident sprach, weil häufig nur Personen mit Regierungsämtern Bedeutung beigemessen wird und das selbst bei einer ureigenen Veranstaltung des Parlaments. Die Bedeutung des Parlaments, der Opposition und auch des einzelnen Abgeordneten ist oft nicht geläufig.

Initiativen wie *GermanDream*, die Politiker, aber auch andere Persönlichkeiten in Schulen als Gäste vermitteln, setzen hier an. Doch Schulleitungen und Lehrer können auch selbst aktiver werden. Und die Öffentlichkeit kann dazu beitragen, indem sie Lehrern die Sorge nimmt, dass jede einzelne Veranstaltung immer perfekt sein muss. Natürlich darf in die Schule nicht einfach nur die Partei eingeladen werden, die dem Lehrer besonders sympathisch ist. Aber die Erwartung sollte realistisch sein: Es muss auch nicht immer jedes einzelne Podium alle parteipolitischen Meinungen perfekt widerspiegeln. Auch andere Meinungen anzuhören und auszuhalten ist ein Bildungsziel. Bei einer Veranstaltung mit Vertretern aller relevanten Parteien in einer Schule habe ich erlebt, dass diese dem Schulleiter schwere Vorwürfe mancher Schüler und negative Berichterstattung einbrachte, weil auch ein AfD-Vertreter eingeladen worden war. Mir tat der Lehrer leid, der etwas Richtiges versucht hatte, nämlich seinen Schülern Politik etwas näher zu bringen, und das wahrscheinlich so schnell nicht wieder tun wird.

Es muss nicht immer jedes einzelne Podium alle parteipolitischen Meinungen perfekt widerspiegeln. Auch andere Meinungen anzuhören und auszuhalten ist ein Bildungsziel.

Leider fehlt es oft auch am Verständnis davon, was genau ein guter Politiker können und wissen muss und was nicht. Der beste Experte eines Fachgebietes oder Berufsstandes ist nicht unbedingt ein guter Politiker (umgekehrt gilt das selbstredend auch). Die Zeit der Pandemie hat ja gerade noch einmal gezeigt, dass wissenschaftliche Expertise nicht die Aufgabe der Politik überflüssig macht, soziale, ökonomische und weitere Dimensionen einer politischen Herausforderung zu erkennen und abzuwägen. Politiker können und sollen auch nicht die Experten, Sachverständigen und Betroffenen ersetzen, deren Stellungnahmen sie anhören und berücksichtigen. Manche Menschen wünschen sich eine Experten-Regierung - im Glauben, es gebe grundsätzlich die eine beste Lösung oder das beste Argument, das sich durchsetzen müsse. Das ist aber in der Politik oft nicht so, verschiedene legitime Werthaltungen und Sichtweisen einerseits und die Notwendigkeit des Ausgleichs verschiedener Interessen darüber hinaus gehören dazu. Dass Politiker eine andere Aufgabe haben als beispielsweise Wissenschaftler, die indes auch anspruchsvoll ist und bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert, ist nicht Allgemeingut. Der frühere SPD-Chef Sigmar Gabriel hat Politiker einmal als „Berufsdilettanten“ bezeichnet, was das Grunddilemma gut beschreibt. Das sollte nicht nur in der Theorie und in Lehrmaterialien erklärt werden, sondern ist ein lohnendes Thema für Gespräche und Diskussionen.

Dieser Zwischenruf wurde im Gespräch mit Frau Teuteberg aufgezeichnet und durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung zusammengefasst.

KOOPERATION ALS ZUKUNFTSAUFGABE

Es gibt viele Initiativen, die Projekte zur Demokratiebildung und zum Gemeinschaftserlebnis im außerschulischen Bereich anbieten. Um wirksam zu werden, müssen die entsprechenden Institutionen wie etwa die Bundeszentrale für politische Bildung und Vertreter der Gesellschaft von den Schulleitungen und Lehrkräften als Akteure akzeptiert werden. Ganz offensichtlich kostet es Überwindung, die Türen der Klassenzimmer und Sporthallen zu öffnen, und vor allem verlangt es einen Wandel im Verständnis schulischer Bildung, einen Teil der Bildungsaufgaben an externe Partner abzugeben. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Ausgestaltung des Ganztags geht. Soll dieser mehr sein als eine Hausaufgabenbetreuung, braucht es ein Konzept der Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Ebenso nötig sind Ressourcen für das Management der Schnittstellen. Ein mögliches Angebot dafür sind sogenannte Demokratiescouts: Verantwortliche, die Kontakte und das Zusammenwirken von Schulen und gesellschaftlichen Akteuren anbahnen und organisieren.

Vieles, was heute an Zusammenarbeit von Schulen und gesellschaftlichen Trägern geschieht, kann ausgebaut und systematisiert werden – vom Basketballverein, der beim Hortprogramm am Nachmittag unterstützt bis hin zum Kommunalpolitik-Planspiel, das in der Projektwoche oder in den Sommerferien stattfindet. Träger

Vieles, was heute an Zusammenarbeit von Schulen und gesellschaftlichen Trägern geschieht, kann ausgebaut und systematisiert werden – vom Basketballverein, der beim Hortprogramm am Nachmittag unterstützt bis hin zum Kommunalpolitik-Planspiel, das in der Projektwoche oder in den Sommerferien stattfindet. Träger politischer Bildung und Demokratieprojekte sollten diese Chance ebenso wie Schulleitungen erkennen und nutzen.

politischer Bildung und Demokratieprojekte sollten diese Chance ebenso wie Schulleitungen erkennen und nutzen.

ENGAGEMENT: NICHTS GEHT ÜBER DIE EIGENE ERFAHRUNG

Ein besonders interessanter Ansatz in Bezug auf das Zusammenspiel von Schule und Gesellschaft ist das sogenannte Service-Learning, bei dem sich Schülerinnen und Schüler während der regulären Unterrichtszeit und darüber hinaus außerhalb der Schule engagieren. In begleitenden simultanen Unterrichtseinheiten lernen sie, ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu reflektieren und sie mit fachlichen Inhalten zu verknüpfen. Das Demokratielernen findet nicht mehr einzig und allein in der Schule statt. Die Kinder und Jugendlichen werden so an bürgerschaftliches Engagement herangeführt und stärken ihre Demokratie- und Sozialkompetenz. Zudem gilt die Erfahrung der Selbstwirksamkeit als entscheidender Faktor bei der Ausbildung eines persönlichen Demokratieverständnisses und der notwendigen Resilienz.

Im kanadischen Ontario wurde das Service-Learning schon früh für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich gemacht. Wissenschaftliche Begleitforschung hat dabei evidente Wirkungen auf politisches Verständnis und das Engagement für die Gemeinschaft festgestellt.⁶³

DEMOKRATIEBILDUNG UND DIGITALISIERUNG MÜSSEN ZUSAMMEN GEDACHT WERDEN

Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft mit hoher Dynamik. Die digitale Gesellschaft beschreibt deshalb keinen Zustand, sondern einen dynamischen Prozess. Vor allem die Informations- und Wissenswelt ist der Digitalisierung unterworfen. Das hat Konsequenzen für Wissensvermittlung und Bildung sowie für die demokratische Meinungsbildung.

Die digitalen Zugänge eröffnen enorme Bildungschancen, wenn Informationen und Wissen für alle immer und überall erreichbar sind. Ebenso leicht können Kontakte gepflegt und Netzwerke aufgebaut werden. Das bietet vielen Jugendlichen Lernmöglichkeiten und erleichtert das persönliche Engagement, sei es bei der kreativen Gestaltung von Inhalten im Netz oder in der Interaktion mit anderen, in Projekten und Initiativen.

Die digitalen Zugänge eröffnen enorme Bildungschancen, wenn Informationen und Wissen für alle immer und überall erreichbar sind. Ebenso leicht können Kontakte gepflegt und Netzwerke aufgebaut werden. Das bietet vielen Jugendlichen Lernmöglichkeiten und erleichtert das persönliche Engagement, sei es bei der kreativen Gestaltung von Inhalten im Netz oder in der Interaktion mit anderen, in Projekten und Initiativen. Viele Projekte nutzen diese Chancen der Digitalisierung, wie etwa die Initiative *Beweg was!* des Kreisjugendrings in Fürth.⁶⁴ Die Demokratiebildung kann davon in hohem Maß profitieren, wenn die entsprechenden Fähigkeiten in den Schulen erworben und angewandt werden. Dieser wichtige Bildungsauftrag kann nur dann erfüllt werden, wenn die technische Ausstattung der Schulen und der Kinder und Jugendlichen gewährleistet wird. Viele Schulen haben in der Coronazeit große Fortschritte in der Entwicklung digitaler Kompetenzen gemacht, aber auch eine Verschiebung von der Förderung von Medienkompetenz hin zum Aufbau von digitalem Unterricht erlebt. Dabei hat die Pandemie die technischen, rechtlichen

und professionellen Herausforderungen bei der Ausstattung und der Betreuung der IT in den Schulen sichtbar gemacht. Digitale Geräte sind nicht in der Lehrmittelfreiheit enthalten und manchen Eltern ist es nicht möglich, ihren Kindern adäquate Geräte zur Verfügung zu stellen, was das Risiko des sogenannten Digital Gap erhöht, also der Kluft, die durch ungleiche Zugangschancen entsteht. Diese Kluft weitet sich nach Beobachtung von Experten derzeit in Deutschland.⁶⁵

Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in und mit den sozialen Medien. Zu den Influencerinnen und Influencern, an denen sich Kinder und Jugendliche orientieren, zählen Peers, Sportlerinnen und Sportler sowie Kunstschaffende, darunter viele, die quasi über Nacht „viral gehen“ und Abermillionen erreichen. Über 85 Prozent der Jugendlichen nutzen heute YouTube tagtäglich selbstverständlich als ihre Enzyklopädie⁶⁶, als Lern- und Bildungsort hat die Plattform Relevanz für über 70 Prozent.⁶⁷ Morgen kann es eine andere Plattform sein. Die Nutzer entwickeln und verändern ihre Präferenzen rasch. Die Qualität der Informationsquellen im Netz ist ausgesprochen heterogen und Auswahl und Beurteilung werden zunehmend auf Nutzer und Nutzerinnen verlagert, wenn klassische Gatekeeper wie Verlage, Herausgeber oder Redaktionen wegfallen. Mehr noch, die automatische Anpassung des Angebots an Nutzerbedürfnisse durch entsprechende Algorithmen kann unerwünschte Folgen haben, wenn sog. Blasen entstehen und Falschinformationen hochprofessionell produziert und gezielt gestreut werden. Daraus erwachsen gefährliche Risiken für die demokratische Gesellschaft. Um als mündige Bürgerinnen und Bürger an dieser komplexen Wissenswelt angemessen partizipieren und aktiv mitgestalten zu können, bedarf es vielfältiger Kompetenzen, die in Schulen entwickelt werden müssen.

Um als mündige Bürgerinnen und Bürger an der komplexen Wissenswelt angemessen partizipieren und aktiv mitgestalten zu können, bedarf es vielfältiger Kompetenzen, die in Schulen entwickelt werden müssen.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS PROF. DR. ANDREAS SCHLEICHER, DIREKTOR DES DIREKTORATS FÜR BILDUNG DER OECD

In der Zukunft geht es darum, die künstliche Intelligenz von Computern mit den kognitiven, sozialen und emotionalen Fähigkeiten und Werten von Menschen zu verknüpfen. Es geht darum, Neugier und Wissensdurst zu wecken – den Intellekt für Neues zu öffnen; es geht um Mitgefühl – die Herzen zu öffnen; und es geht um Handlungsfähigkeit, die Fähigkeit unsere kognitiven, sozialen und emotionalen Ressourcen zu mobilisieren. Das werden auch unsere besten Waffen gegen die größten Bedrohungen unserer Zeit sein: Ignoranz – der verschlossene Verstand, Hass – das verschlossene Herz, und Angst – der Feind von Handlungsfähigkeit.

Die Digitalisierung erfordert insbesondere die Fähigkeit zur kritischen Reflexion. Die grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen sowie die Naturwissenschaften stellen weiterhin die unabdingbar notwendige, aber nicht mehr hinreichende Basis dafür dar. Weil Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt Informationen suchen und Vorbilder finden, müssen Medienbildung und Demokratiebildung zusammen gedacht werden.

Als Vorbild hierfür kann Finnland gelten, das Erhebungen zufolge als das Land mit der höchsten Medienkompetenz gilt⁶⁸ und mit einem umfassenden Konzept der Medienbildung langjährige Erfahrungen gesammelt hat: Medienbildung ist hier Teil des nationalen Curriculums von der Kita an und folgt einem interdisziplinären Ansatz, der die gesamte Gesellschaft inklusive zivilgesellschaftlicher Organisationen einbezieht. Ein hoher Grad an Zusammenarbeit unterschiedlicher Institutionen und gesellschaftlicher Partner mit ihren jeweiligen Kompetenzen, die Verbindlichkeit der Empfehlungen, ergänzt durch einen großen Pool an Unterrichts- und Projektangeboten scheint das Erfolgsrezept zu sein, ähnlich wie in anderen Ländern, etwa Irland. Vielleicht würde es sich lohnen, über entsprechend großangelegte Kooperationen zwischen den Landesmedienanstalten und Schulentwicklungsinstituten in Deutschland nachzudenken. Denn auch hier existieren umfangreiche Initiativen. Unter dem Dach der Europäischen Union ist beispielsweise die Initiative *klicksafe* entstanden, die Materialien für Schülerschaft und Lehrpersonal zur Demokratiebildung bereitstellt. Die Initiatoren verstehen diese Materialien als Antwort auf die Gefährdung der Demokratie, die sie im Netz durch Verschwörungserzählungen, Falschinformation, Hass und Mobbing erkennen. In diesen umfassenden Programmen arbeiten die Initiativen mit Kultusministerien und Landesmedienanstalten zusammen. Die Materialien sind als Trainingseinheiten ausgearbeitet, die als Parcours durchlaufen werden. Von einer umfassenden und verbindlichen Aktion wie im finnischen Beispiel sind Initiativen wie *klicksafe* jedoch noch weit entfernt.

Demokratiebildung bleibt unvollständig ohne Medienbildung und insbesondere ohne die Vermittlung digitaler Medienkompetenz. Dabei geht es vor allem um das Erkennen, Einordnen und Bewerten von Informationsquellen. Die Auswahl vertrauenswürdiger Quellen bildet den entscheidenden Filter, um Falschinformationen, Propaganda und Verschwörungserzählungen auszuweichen.

Demokratiebildung bleibt unvollständig ohne Medienbildung und insbesondere ohne die Vermittlung digitaler Medienkompetenz. Die Expertengruppe für Medienkompetenz der Europäischen Union bezeichnet Medienkompetenz als übergreifendes Konzept, das alle technischen, kognitiven, sozialen, staatsbürgerlichen und kreativen Fähigkeiten umfasst, die es einem Bürger ermöglichen, Zugang zu Medien zu haben, ein kritisches Verständnis für sie zu besitzen und mit ihnen zu interagieren.⁶⁹ Die kritischen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler müssen dauerhaft aktiviert werden. Die klassischen Bausteine zur kritischen Reflexion von Medieninhalten, zum souveränen Umgang mit Medienangeboten und zur kreativen Gestaltung audiovisueller Inhalte sind seit über 20 Jahren bekannt und noch immer relevant. Die digitale Bildung setzt darauf auf. Mit Blick auf die Demokratiebildung geht es dabei vor allem um das Erkennen, Einordnen und Bewerten von Informationsquellen. Die Auswahl vertrauenswürdiger Quellen bildet den entscheidenden Filter, um Falschinformationen, Propaganda und Verschwörungserzählungen auszuweichen. Das Verständnis der Produktion von Falschinformationen, bis hin zu Deepfake und Chatbots, und die Kenntnis der Architektur entsprechender Erzählungen, erhöhen die Wachsamkeit und schärfen das Urteilsvermögen zusätzlich. Medien- und Digitalkompetenz wappnen Schülerinnen und Schüler auch gegen Hatespeech und Mobbing im Netz.

Digitalisierung wurde in der Cornelsen Schulleitungsstudie 2023 von den Schulleitungen als eines der beiden Topthemen genannt⁷⁰, die Umsetzung der digitalen Zukunftskompetenz stößt im Unterricht jedoch auf Hindernisse. Etliche Lehrkräfte pflegen auch heute noch ein distanzierendes Verhältnis zu sozialen Medien, die Medienwelten ihrer Schülerinnen und Schüler kennen sie kaum. Viele von ihnen haben zudem einen großen Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung, aber auch medienaffine Lehrkräfte tun sich schwer, Schritt zu halten, denn die virtuellen Welten ihrer Schülerinnen und Schüler verändern sich stetig, ebenso wie die Techniken der KI, die gänzlich neue Möglichkeiten für das Produzieren von Inhalten oder Fakes eröffnen. Daher muss das Anforderungsprofil an Lehrkräfte neu geschrieben werden: Gesucht wird der lernende Lehrer.

Die virtuellen Welten von Schülerinnen und Schülern verändern sich stetig, ebenso wie die Techniken der KI, die gänzlich neue Möglichkeiten für das Produzieren von Inhalten oder Fakes eröffnen. Daher muss das Anforderungsprofil an Lehrkräfte neu geschrieben werden: Gesucht wird der lernende Lehrer.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS DIANA KINNERT, PUBLIZISTIN, SELBSTSTÄNDIGE UNTERNEHMERIN UND BERATERIN

Der Lernende. Der Lehrer der Zukunft

Mit der Pandemie erwärmte man sich endlich auch in Deutschland für das Thema Digitalisierung in der Schule. Was in anderen Ländern lange schon Standard ist, ward in Deutschland zunehmend Diskussionsstoff, immerhin.

In Diskursen um den Lehrermangel in Deutschland wurde der Einsatz technologiebasierter Unterrichtsmethoden und Lernhilfen zunächst begrüßt. Der Mangel an Lehrpersonal sei weniger schwerwiegend, wenn digitale Angebote die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer teilweise ersetzen. Schnell aber mischten sich ängstliche Töne in die Debatte, vornehm aus Kreisen der betroffenen Lehrerschaft selbst. Würden digitale Systemintelligenzen wohl eines Tages den Arbeitsplatz des Lehrers gänzlich substituieren?

Futuristische Kunst kreierte aus den bekannten virtuellen Sprachassistentinnen Alexa oder Siri unlängst digitales Lehrpersonal. Die digitale Stimme hilft mit Eselsbrücken, lobt Lernerfolge und erklärt Unterrichtsinhalte mit scheinbar unendlicher Geduld. „What else could we wish for?“, kommentierten Jugendliche diese auf TikTok präsentierten Experimente. Ihre Kommentare stellen den Lehrkräften kein gutes Zeugnis aus: Abwesend, unzugänglich und überfordert bis bitter, zäh und rigoros – solche Lehrkräfte machen einem das Leben schwer statt leicht. Vorhang auf also für den Lehrer von morgen: einen Roboter, eine Sprachassistentin, eine Systemintelligenz mit unendlicher Ressource und unkaputtbarer sanfter Laune.

Empört reagierten die verantwortlichen Schulakteure. Der Fachverband Medienbildung Brandenburg schrieb gegen die Ersetzbarkeit des Lehrers an.⁷¹ Gleichwohl würden die vorgetragenen Beschwerden der Schülerschaft anerkannt. Hunderte Millionen Euro geben Bund und Länder in neu vereinbarten Digitalstrategien für Hardware und Software in Sachen digitaler Schulunterricht aus; in die

Hunderte Millionen Euro geben Bund und Länder in neu vereinbarten Digitalstrategien für Hardware und Software in Sachen digitaler Schulunterricht aus; in die Lehrkraft von morgen wird hingegen nur ein Bruchteil dessen investiert.

Es ist weder richtig noch konstruktiv, wenn technisch versierte Lehrkräfte zusätzlich zu den pädagogischen Aufgaben die digitalen Hausmeister für alle mimen. Wer engagierte Lehrkräfte aus Bequemlichkeit überfrachtet, eliminiert den ersten Keim von Innovationsfähigkeit vor Ort.

Lehrkraft von morgen wird hingegen nur ein Bruchteil dessen investiert. Dabei geht es nicht nur darum, aus dem verstaubten Lehrer mit Overheadprojektor einen digital nomad mit Snapchat-Account und Hacking-Skills zu machen.

Der technologische Fortschritt lehrt auch dem modernsten Lehrer Demut. Mit jedem Tag sind neue Applikationen verfügbar. Unmöglich, tagesaktuell über alles Bescheid zu wissen, und weit genug vor der Welle zu schwimmen, um den Umgang paternalistisch diktieren zu können. Genau das soll die zur Befähigung und Mündigkeit erziehende Lehrkraft aber auch nicht tun. Das souveräne Sein in der Virtualität ist nicht einseitig. Es ist nicht ausschließlich das Tor in die multimediale Kreativität mit unbegrenzten Chancen; es ist auch nicht ausschließlich ein dunkles Netz voller Gefahren und Abgründe. Eben das Einschätzen von Risiken und Gefahren; das kompetente und hartnäckige Recherchieren von Hintergründen und Quellen, aber auch eine neue Intuition für digitale Muster – das soll der Lehrer lehren, – lässig, sicher und konkret.

Um dies leisten zu können, müssen Lehrkräfte ihre eigene Weiterbildung strategisch vorantreiben. Bereits 2017 erschien die Studie „Wie lernen Lehrer?“ der Vodafone Stiftung.⁷² Über 10.000 Lehrkräfte wurden befragt. Sie gaben an, gerne zu lernen, dabei aber oft unzureichend unterstützt zu werden. Lediglich drei Prozent der Befragten waren mit der Lernkultur an ihrer Schule zufrieden und nur ein gutes Viertel befand, dass Weiterbildung, Innovationsfähigkeit und Lernen gelebte Werte an ihrer Schule seien. Mehr als die Hälfte gab an, dass es schwerfalle, das Lernen in den Arbeitsalltag zu integrieren und nur 12 Prozent erfuhren in Fortbildungsfragen durch ihre Vorgesetzte kompetente Beratung. Viele Lehrkräfte stoßen beim Lernen an organisatorische Grenzen. Zudem fehle der Anreiz zur Weiterqualifizierung: Die Mehrheit der Lehrkräfte gab an, keine Nachteile für ihre berufliche Karriere zu erwarten, wenn sie sich nicht fortbildeten.⁷³

Die Erwartungen an Lehrerinnen und Lehrer von morgen sind hoch. Es ist für unser Bildungssystem existenziell, ihre digitale Kompetenz nicht zur Frage persönlicher Opferbereitschaft zu machen, sondern ihnen Bedingungen an die Seite zu stellen, die sie gut, gerne und leicht lernen und sich entwickeln lassen. Häufig werden neu anfallende Aufgaben und Arbeit im Schulapparat denjenigen übertragen, die aus eigener Initiative Kompetenz ausstrahlen. Es ist weder richtig noch konstruktiv, wenn technisch versierte Lehrkräfte, zusätzlich zu den pädagogischen Aufgaben die digitalen Hausmeister für alle mimen. Wer engagierte Lehrkräfte aus Bequemlichkeit überfrachtet, eliminiert den ersten Keim von Innovationsfähigkeit vor Ort. Gerade angesichts des digitalen Wandels sind die Weiterbildungsanforderungen an Lehrkräfte nicht nebenbei zu bewältigen. Es ist notwendig, einen angemessenen Teil der Arbeitszeit von Lehrkräften explizit als Fortbildungs-, Weiterbildungs- und Lernzeit vorzusehen und damit der Metamorphose in den immerzu zeitgemäßen Lehrer auch kulturell Vorschub zu leisten.

Eine Erwartung steht über allen anderen fachspezifischen, didaktischen Ansprüchen an den Lehrer: In einer schnelllebigen, widersprüchlichen, nicht immerzu durchsichtigen Moderne lebt er seiner Schülerschaft nicht allwissend vor; er lebt begleitend, im Nebeneinander, teilweise genauso überrascht und überfordert von neuen gesellschaftlichen Phänomenen oder technologischen Veränderungen wie jede andere Generation auch. Das Schauspiel von Allwissenheit, die Vermeidung von Zögerlichkeit, die harsche Durchsetzung eines einseitigen Vorschlags – was früher Indizien für klare Führerschaft waren, ist heute verdächtig und verdächtig kompensatorisch. In Zeiten, da demokratische Systeme im globalen Wettbewerb wie in innerer gesellschaftlicher Fragmentierung und Polarisierung herausgefordert sind, kommt es auf die Lehrerschaft als Agenten der Demokratie besonders an. Sie müssen vertrauende Demokraten sein, jene, die sich für Dialog, Moderation und Kompromiss nicht nur empfänglich, sondern initiativ zeigen. Der Lehrer von heute, die Lehrerin von morgen gehen zutrauend ins Offene, verwehren sich der Verführbarkeit für Vereinfachung und Verflachung, leben den Genuss von Widersprüchlichkeit und des Unreinen. Das muss man auszuhalten lernen. Sowie-so: Lernen, gemeinsames Lernen, geteiltes Lernen, stetiges Lernen – das macht die Lehrerinnen und Lehrer der Zukunft aus. An ihrem Beispiel wachsen junge Demokratinnen und Demokraten nach.

ES BRAUCHT KONZEPTE FÜR DEN UMGANG MIT DIVERSITÄT

Ein produktives gesellschaftliches Miteinander braucht den aufgeklärten Umgang mit Diversität, gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz der demokratischen Verfassung. Es muss gelingen, die Isolation der verschiedenen Zuwanderungsgruppen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft aufzubrechen, Subkulturen zu vermeiden – und überzeugend die Regeln zu vermitteln, die das Leben in einer pluralen Demokratie erfordert. Laut Mikrozensus hatten 2021 rund 39 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland einen Migrationshintergrund.⁷⁴ Schulen sind mit der Integrationsaufgabe vor besondere Herausforderungen gestellt. Die Diversität der Kulturen und kulturellen Hintergründe sollte im Unterricht der einzelnen Fächer wie auch übergreifend thematisiert werden. Die Diversität der Schülerschaft, auch der Lehrerschaft, kann im Idealfall das Lernerlebnis bereichern und den Lernerfolg deutlich steigern, gerade wenn es um geschichtliche und soziale Themen geht, um Musik und Kunst, aber auch im gesamten Fächerkanon.

Schulen mit erfolgreichen Integrationskonzepten begreifen Diversität als Herausforderung und Chance zugleich. Wenn die Schülerinnen und Schüler voneinander lernen, bietet Diversität Optionen, Demokratie zu erleben und einzuüben – etwa über das Kennenlernen und den Austausch von Kulturen, den Dialog und die Debatte unterschiedlicher Sichtweisen. Das können Lehrkräfte im Klassenzimmer unterstützen, wenn sie im ständigen und zufälligen Wechsel immer wieder neue Lerngruppen zusammenführen.

Schulen mit erfolgreichen Integrationskonzepten begreifen Diversität als Herausforderung und Chance zugleich. Wenn die Schülerinnen und Schüler voneinander lernen, bietet Diversität Optionen, Demokratie zu erleben und einzuüben.

Zwei Bedingungen, die bei der Integration in den Schulen erfüllt werden sollten, sind das Erlernen der deutschen Sprache und die konstruktive Einbeziehung der Eltern. Beim Deutschlernen scheint sich das Lernen im Team besonders zu bewähren. Sprachbad nennen das Pädagogen, die diese Praxis konsequent einsetzen. Schülerinnen und Schüler mit guten Deutschkenntnissen arbeiten in der Klasse in Gruppen mit Neuankömmlingen und Anfängern zusammen, die in diesem Sprachbad erstaunlich schnell Deutsch lernen, wenn sie in zusätzlichen Sprachkursen entsprechend unterstützt werden.

Diversität ist dort herausfordernd, wo es um die Entwicklung gemeinsamer Werte geht. Die Schülerinnen und Schüler bringen Einstellungen und Meinungen mit, die in den Familien, in der Nachbarschaft und den Freundeskreisen entwickelt werden und oft stark von der Herkunftskultur geprägt sind. Medien der Herkunftsländer verstärken diese Einstellungen.

Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte müssen sich mitunter aktiv für Vertrauen in die Demokratie entscheiden und das Verständnis für die demokratischen Regeln im eigentlichen Wortsinn erlernen und erwerben.

Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte müssen sich mitunter aktiv für Vertrauen in die liberale Demokratie entscheiden und das Verständnis für die demokratischen Regeln im eigentlichen Wortsinn erlernen und erwerben. Oft wird unterstellt, dass sich diese Haltung in den Familien und im persönlichen Umfeld von allein entwickelt. Für viele Zuwandererkinder ist das Verständnis von und das Vertrauen in Demokratie jedoch nicht selbstverständlich – umso mehr sollte es entscheidendes Bildungsziel unserer Schulen sein. Grundsätzlich geäußerte Zustimmung zu Demokratie bedeutet nicht notwendig, dass Kinder und Jugendliche demokratischen Werten wie Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit vertrauen und sich mit ihnen identifizieren sowie autokratische Systeme ablehnen. Demokratische Praktiken zu erlernen und zu trainieren, ist eine weitere Herausforderung.

Vielen Eltern ist nicht bewusst, welche Rolle sie in Bezug auf die schulische Bildung ihrer Kinder einnehmen sollen. Deshalb sind Elterngespräche von immenser Bedeutung. Denn: Kinder zu stärken, kann erst gelingen, wenn die Familie dahintersteht und das Kind nicht Gefahr läuft, zum Außenseiter zu werden.

Um Kinder in diesem Prozess nicht in einen schwierigen Konflikt zwischen Schulkultur und Familie zu bringen, ist die Arbeit mit den Eltern von großer Bedeutung. Eltern kommen in die Schulen vor allem dann, wenn es Probleme gibt, seien es schlechte Noten oder problematisches Verhalten. Manche entwickeln daraus eine gewisse Abwehrhaltung und Misstrauen gegenüber Schulen und Lehrerschaft. Dieses Misstrauen wird in vielen Zuwandererfamilien durch soziale Ausgrenzung und Armut verstärkt. So jedenfalls berichten es Schulleitungen aus Schulen mit einem hohen Migrationsanteil. Eltern befürchten dort oftmals Ausgrenzung ihrer Kinder, verstehen die Bildungskonzepte der Schulen zu wenig und bringen dem Leistungsanspruch der Schulen wenig Verständnis entgegen. Vielen Eltern ist nicht bewusst, welche Rolle sie in Bezug auf die schulische Bildung ihrer Kinder einnehmen sollen. Deshalb sind Elterngespräche von immenser Bedeutung. Denn: Kinder zu stärken, kann erst gelingen, wenn die Familie dahintersteht und das Kind nicht Gefahr läuft, zum Außenseiter zu werden.

Deshalb ist es für eine erfolgreiche Elternarbeit wichtig, dass es positive, schöne Anlässe gibt, als Eltern in die Schule zu kommen – etwa die Einrichtung eines Eltern-

cafés, Schulgärten, Sportveranstaltungen oder Kunst und Kulturprojekte mit Eltern und Schülerschaft gemeinsam. Dafür sollte die Schule ihrerseits in ihren Stadtteil integriert sein und als eine Art Zentrum wirken, in dem das Stadtteilleben einen Ort findet, um den sich städtische Arbeitskreise und Initiativen gruppieren. So entwickelt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratisches Verhalten bei Eltern, Schülern und darüber hinaus. Der Ganzttag schafft dafür Raum und viele Kooperationsmöglichkeiten mit der Zivilgesellschaft und außerschulischen Angeboten.

Ein weiterer entscheidender Erfolgsfaktor ist die Diversität des Kollegiums. Die verschiedenen Nationalitäten der Schülerschaft sollten auch in der Lehrerschaft vertreten sein. Das schafft nicht nur Vertrauen, sondern vermittelt Rollenmodelle von hoher Glaubwürdigkeit.

Wo unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen, gibt es viel zu besprechen. Debattieren und der kontinuierliche Meinungs austausch in den Klassen ist ein weiteres konstituierendes Element gelingender Integration. Strukturierte Formate wie die *Akademische Kontroverse* oder der hoch entwickelte Ansatz von *Jugend debattiert* können den Meinungs austausch erleichtern und seinen konstruktiven Charakter bewahren.

Eine klare Haltung und ein konsequenter Umgang mit demokratischen Werten seitens der Lehrerschaft scheinen für eine gelingende Integration unabdingbare Leitplanken zu sein, etwa wenn Mädchen und Frauen diskriminiert oder demokratiefeindliche Haltungen geäußert werden. Programme wie *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* helfen dabei ebenso wie das *Netzwerk für Demokratie und Courage*.⁷⁵

Die verschiedenen Nationalitäten der Schülerschaft sollten auch in der Lehrerschaft vertreten sein.

HINDERNISSE: WARUM FINDEN WIR GUTE PRAXIS DER DEMOKRATIEBILDUNG SO SELTEN?

Die Hürden für eine gute Demokratiebildung sind hoch: Ein veraltetes Bildungssystem, überlastete Lehrkräfte, fehlende Anreize und zu wenig Kontakt zur Zivilgesellschaft verhindern zu oft, dass umgesetzt wird, was alle Akteure für wichtig halten.

Das deutsche Schulsystem wurde im 19. Jahrhundert mit der Industrialisierung und einem demokratischen Bürgertum entwickelt. Es wurde seither in seiner Grundstruktur und seinem Grundverständnis kaum verändert. Das führt in einer von Innovation und starkem Wandel geprägten Gesellschaft zu Dysfunktionalitäten.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS PROF. DR. ARMIN NASSEHI, LEITER DES LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE AN DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Versäulung als Lösung und Problem

Es besteht Konsens darüber, dass gesellschaftliche Modernisierung spätestens seit der Etablierung moderner (National-)Staatlichkeit, eines betriebsförmigen industriellen Produktionskapitalismus und nicht zuletzt der Etablierung gesellschaftlicher Öffentlichkeiten sich vor allem durch den Trend der Ausdifferenzierung spezialisierter Funktionen auszeichnet.

Wenn man sich Gesellschaften nicht als arbeitsteilig organisiert, sondern als evolutionär differenziert vorstellt, ist das größte Bezugsproblem aller gesellschaftlicher Problemlösung eben die Differenzierung ihrer Funktionen und damit die Versäulung von Strukturen, was sich im Übrigen auch in der Differenzierung und Versäulung von Schulfächern niederschlägt. Differenzierungsprozesse werden damit nicht per se als Problem gesehen, sondern im Gegenteil als Lösung eines Bezugsproblems, das Leistungsentfaltung und Problemlösungskompetenz durch Spezialisierung/Selbstbezug zugleich steigert als auch nicht integrierbar macht. Fast alle gesellschaftlichen Herausforderungen haben es damit zu tun, dass es schwer gelingt, die unterschiedlichen Funktionen der Gesellschaft und ihre internen Erfolgsbedingungen auf diejenigen anderer Funktionen abzustimmen. Die gesellschaftliche Moderne ist deshalb geprägt von strukturellen Zielkonflikten.

Die historisch beispiellose Leistungsfähigkeit der gesellschaftlichen Moderne hängt exakt von jenen Emanzipationsprozessen der Funktionen voneinander ab – erzeugt aber die Herausforderung der Unvermitteltheit ihrer Teile.

Demokratie ist ein politisches Programm und eine politische Selbstbeschreibung – die allerdings nicht nur eine politikinterne Bedeutung hat. Die politische Demokratie ist auf vielfältige entgegenkommende Umweltbedingungen angewiesen

– neben einer gewissen wirtschaftlichen Versorgungssicherheit, einer normativen Rechtssicherheit und einer kulturellen Pluralität vor allem auf ein Personal, das mit dieser Pluralität umgehen kann und die Kontingenz von Entscheidungen aushält. Hier setzt wie von selbst die Relevanz des Schulischen/Pädagogischen/Bildungsmäßigen an.

Das große Problem der Demokratie, des Politischen überhaupt, ist die Fähigkeit, Lösungen in einem komplexen, mehrschichtigen, versäulten System zu finden.

Die große Stärke demokratischer Verfahren gegenüber autokratischen Systemen besteht darin, dass im politischen Prozess nicht nur alternative Interessen und Interessengruppen zu Wort kommen bzw. repräsentiert werden, sondern auch unterschiedliche sachhaltige Lösungen zur Abstimmung stehen, also sachliche Alternativen aufscheinen können.

Heute ist die Ermöglichung einer Teilhabe und eines Sensus für Querschnittsaufgaben vonnöten – und dies muss sich, gewissermaßen 200 Jahre nach der Etablierung der heutigen generalinkludierenden Form des Schulischen erneut an neue Gegebenheiten anpassen. Wenn die große Herausforderung des Schulischen im 19. Jahrhundert die grundlegende Teilhabe eines Großteils der Bevölkerung an rudimentären Bildungsformen war, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Ermöglichung sozialen Aufstiegs und Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung, so muss dies für das 21. Jahrhundert ein Sensus für die Struktur von Querschnittsaufgaben als Bedingung für die Lösbarkeit drängender Probleme sein. All diese drei holzschnittartig beschriebenen Herausforderungen waren und sind unmittelbar demokratierelevant: im 19. Jahrhundert durch Ermöglichung eines lesefähigen und berufsfähigen Publikums mit der Möglichkeit der Teilhabe an einer sich entwickelnden industriellen, urbanisierten, mediatisierten und politisierten Gesellschaft; im 20. Jahrhundert durch Einbeziehung auch unterer Schichten in die Hochleistungsbereiche der Gesellschaft; im 21. Jahrhundert ein Verständnis für die (Un-)Lösbarkeit komplexer Problemlagen.

Wenn die große Herausforderung des Schulischen im 19. Jahrhundert die grundlegende Teilhabe eines Großteils der Bevölkerung an rudimentären Bildungsformen war, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Ermöglichung sozialen Aufstiegs und Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung, so muss dies für das 21. Jahrhundert ein Sensus für die Struktur von Querschnittsaufgaben als Bedingung für die Lösbarkeit drängender Probleme sein.

Die Forderung von Prof. Dr. Armin Nassehi nach Anpassung des Schul- und Bildungssystems an die gewandelte Gesellschaft des 21. Jahrhunderts trifft auf Schulen in Deutschland, die aktuell mit vielen praktischen Herausforderungen konfrontiert sind. Angesichts eines eklatanten Lehrkräftemangels, zunehmender sozialer Heterogenität und der Notwendigkeit, viele geflüchtete Kinder integrieren zu müssen, steigt die Belastung aller Akteure. Und die Bereitschaft zu strukturellen Änderungen schwindet.

Wie unzureichend die Herausforderungen, etwa der Digitalisierung im Bereich der Bildungspolitik bewältigt werden, hat die Coronapandemie offengelegt. Wenig verwunderlich werden von den Schulleitungen in der FiBS-Studie daher vorrangig diese Themen benannt. Als besonders wichtig werden hier von 67 Prozent die digitale Ausstattung der Schulen, von 62 Prozent bauliche Maßnahmen, von 58 Prozent die Digitalisierung des Unterrichts und von 67 Prozent die Personalsituation markiert. Nur 21 Prozent der Befragten haben demgegenüber die Demokratiebildung auf der Agenda.⁷⁶

SCHULLEITUNGEN HABEN ZU VIEL VERWALTUNGSARBEIT

Wollen Schulleitungen Demokratiebildung umsetzen, brauchen sie Freiheit, die aktuell zu häufig durch Verwaltungsaufgaben verstellt wird. 70 Prozent der Schulleitungen geben an, für die Administration der Schule zuständig zu sein, obwohl sich die Verwaltungsarbeit nicht mit ihrem Selbstverständnis als Schulleitung deckt. Drei Viertel wünschen sich eine Entlastung auf der Leitungsebene und eine Aufgabenverteilung, die es ihnen erlaubt, Schulentwicklungsprozesse voranzubringen.⁷⁷ 41 Prozent der Schulleitungen erklären, dass mehr Personal ihren Arbeitsalltag spürbar entlasten würde. Mehr Leitungsstunden und eine geringere Unterrichtsverpflichtung (34 Prozent) sowie die Einstellung von Verwaltungsassistenten (28 Prozent) bzw. insgesamt weniger Bürokratie (25 Prozent) sehen die Schulleitungen als wichtigste Maßnahmen, damit sich ihr Arbeitsalltag spürbar entspannt.⁷⁸

Über all dem steht das im Moment gravierendste Problem an den Schulen: der Personalmangel. Er bedrohe die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung und beeinträchtigt auch die Qualität des Unterrichts, wie es erst kürzlich die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz konstatierte.⁷⁹ Die Bildungsgewerkschaft VBE warnte sogar vor einem Zusammenbruch des Bildungssystems.⁸⁰ Die KMK geht davon aus, dass bis zum Jahr 2025 rund 25.000 Lehrkräfte fehlen werden⁸¹, andere Schätzungen gehen von bis zu 156.000 fehlenden Lehrkräften⁸² aus.

DIE POLITIK UNTERSCHÄTZT DIE DRINGLICHKEIT

Die Dringlichkeit der demokratischen Bildung wird in der Politik unterschätzt. In der Bildungspolitik wird sie weder auf Länderebene noch in der KMK priorisiert und die Beschlüsse bleiben zu einem Großteil Empfehlungen. Das Bildungsziel des mündigen Bürgers wird nicht systematisch eingefordert. Vor allem wird die Bedeutung der Demokratiekompetenz für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie in der Bundespolitik nicht auf die vorderen Plätze der Agenda der Bundesregierung gesetzt. Dass dies durchaus möglich ist, obwohl Bildung Ländersache ist, zeigen andere Themen wie die Digitalisierung oder in der Vergangenheit die berufliche Orientierung der Schulen.

Prof. Dr. Andreas Schleicher plädiert in seinem Zwischenruf daher eindringlich dafür, demokratische und gesellschaftliche Werte zu expliziten Bildungszielen zu machen, um in einer komplexen Welt komplexe Lösungsfindungen zu ermöglichen.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS PROF. DR. ANDREAS SCHLEICHER, DIREKTOR DES DIREKTORATS FÜR BILDUNG DER OECD

Kinder für ihre Zukunft bilden, nicht für unsere Vergangenheit

Politiker behaupten gerne, Bildung habe oberste Priorität. Ob sie diesem Anspruch in der Praxis gerecht werden, lässt sich anhand einfacher Fragen klären. Zum Beispiel: Welchen Status hat der Lehrerberuf? Würden Sie wünschen, dass Ihr Kind den Lehrerberuf ergreift? Ist das Abschneiden in der Bundesliga oder bei PISA wichtiger? In Japan oder China investieren Eltern und der Staat die letzten Mittel in die Zukunft ihres Landes, d.h. die Bildung ihrer Kinder. In Deutschland haben wir das Geld unserer Kinder bereits für unseren eigenen Konsum ausgegeben und sind deshalb hoch verschuldet. Das müssen wir ändern.

Die wachsende Komplexität des modernen Lebens für den Einzelnen und für Gemeinschaften bedeutet, dass auch die Lösungen für unsere Probleme komplex sein werden: In einer strukturell unausgeglichene Welt bedeutet die Notwendigkeit, unterschiedliche Perspektiven und Interessen miteinander in Einklang zu bringen, in einem lokalen Umfeld, aber mit oft globalen Auswirkungen, dass wir mit Spannungsfeldern und Dilemmata umgehen müssen. Es geht darum, das richtige Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Forderungen zu finden – z.B. Gerechtigkeit und Freiheit, Autonomie und Gemeinschaft, Innovation und Kontinuität, Effizienz und demokratischer Prozess. Dazu müssen wir in einer stärker integrierenden Weise denken; unsere Fähigkeit, Unwägbarkeiten und Mehrdeutigkeiten zu überwinden, wird zum Schlüssel.

Demotikompetenz erfordert von uns, die Folgen unseres Handelns mit Verantwortungsbewusstsein und mit moralischer und intellektueller Reife zu bedenken, so dass wir unser Handeln im Lichte von Erfahrungen und persönlichen und gesellschaftlichen Zielen reflektieren können. Bei der Wahrnehmung und Bewertung dessen, was in einer bestimmten Situation richtig oder falsch, gut oder schlecht ist, geht es um Ethik.

Das führt uns zu der schwierigsten Frage in der Bildung: Es geht um die Wertorientierung von Bildungsprozessen. Werte waren schon immer von zentraler Bedeutung für die Bildung, aber es ist an der Zeit, dass sie von impliziten Bestrebungen zu expliziten Bildungszielen und -praktiken werden, damit sie uns helfen, uns von situationsbedingten Wertesystemen – d.h. „ich tue, was immer eine Situation mir erlaubt“ – zu nachhaltigen Wertesystemen zu entwickeln, die Vertrauen und soziale Bindungen stärken. Wo Bildung den Menschen kein solides Fundament

Politiker behaupten gerne, Bildung habe oberste Priorität. Ob sie diesem Anspruch in der Praxis gerecht werden, lässt sich anhand einfacher Fragen klären. Zum Beispiel: Welchen Status hat der Lehrerberuf? Würden Sie wünschen, dass Ihr Kind den Lehrerberuf ergreift?

und keine Orientierung bietet, werden viele versuchen, Mauern zu errichten, egal wie selbstzerstörerisch das ist.

Schließlich bleibt der Blick nach außen wichtig. Bildungssysteme, die sich durch alternative Denkweisen bedroht fühlen, werden keinen Bestand haben; die Zukunft ist mit denen, die offen für die Welt sind und bereit, von und mit den leistungsfähigsten Bildungssystemen der Welt zu lernen. Die Herausforderungen sind gewaltig, aber wir haben die Fähigkeit zu gestalten. Die Aufgabe ist nicht, das Unmögliche möglich zu machen, sondern das Mögliche zu realisieren.

ES FEHLT AN VERBINDLICHKEIT, UNTERSTÜTZUNGSSYSTEMEN UND ANREIZEN

Für eine nachhaltige Demokratiebildung braucht es verbindliche Anforderungen.

Für eine nachhaltige Demokratiebildung braucht es verbindliche Anforderungen. Diese fehlen bislang weitgehend. Wer bisher als Lehrkraft oder Schulleitung Demokratiebildung über die bestehenden Lehrpläne hinaus realisieren will, kann das tun; wer es lassen will, kann es lassen. Solange in den Beschlüssen zur Stärkung der Demokratiebildung keine messbaren Bildungsziele beschrieben und keine Maßnahmen für ihre Implementierung vorgegeben sind, bleibt Demokratiebildung unverbindlich.

Wie Bildungsziele erfolgreich umgesetzt werden können, zeigt das Beispiel Hamburgs. Den Schulen der Hansestadt ist es innerhalb von 10 Jahren gelungen, vom vorletzten Rang in der Pisa-Wertung auf Platz 6 aufzusteigen. Die Bildungsarchitektur, die diese Erfolgsstrategie ermöglichte, lässt sich auch für weitere Bildungsziele anwenden. Es sind vor allem vier Elemente, die die Bildungsinnovationen tragen: 1. ein enger Austausch des Senats mit den Schulen sowie Schnittstellenreferate zur Kooperation mit Projekten der Zivilgesellschaft, 2. eine vergleichsweise hohe Autonomie der Schulleitungen, die es ermöglicht, mehr vor Ort zu entscheiden und Schüler wie Eltern obligatorisch an strategischen Schulentscheidungen zu beteiligen, 3. die Etablierung einer Verwaltungsleitung zur Entlastung der Direktorate und 4. systematische Verweise in den Lehrplänen auf Andockpunkte zu den gesellschaftlichen Bildungsaufträgen. Die Aufzählung ist vermutlich unvollständig und manche der Elemente finden sich auch in anderen Bundesländern, aber das Beispiel zeigt, was mit politischem Willen umsetzbar ist.

Es finden sich überall in Deutschland Leuchttürme der Demokratiebildung. Deswegen wäre es ein einfacher erster Schritt, wenn in den Kultusministerien und Schulentwicklungsinstituten eine Kultur Einzug hielte, die Erfolge anerkennt und belohnt und vor allem sichtbar macht, damit andere sich an den Beispielen orientieren können. Damit würde den Innovatoren das Tun erleichtert und es würden sich mehr Schulleitungen und Lehrkräfte motiviert fühlen, Risiken einzugehen und neue Ideen zu fördern.

SCHULLEITUNGEN UND LEHRERKOLLEGIEN SIND ÜBERFORDERT

An vielen Schulen in Deutschland hängt die Entwicklung von Demokratiekompetenz vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab. Das ist für ein gesellschaftliches System nicht produktiv und womöglich riskant, weil es zu systematischen Verzerrungen führt. Wenn es auf die individuelle Initiative ankommt, wird Demokratiebildung zu einer Frage des Trauens und des persönlichen Selbstverständnisses der einzelnen Lehrkraft. Diese Lehrkräfte fühlen sich von entsprechenden Schulprofilen angezogen und es entstehen Inseln. Ohne Verbindlichkeit, die zum Transfer verpflichtet, und ohne Wettbewerb, der zur Nachahmung anregt, bleiben diese Inseln für sich.

In der Fläche fehlt Lehrkräften oftmals der nötige Rückhalt in den Schulen für entsprechende Initiativen. Nicht jede Schulleitung ist auch bereit, tatsächlich Macht und Entscheidungskompetenzen abzugeben, nicht alle sehen die Notwendigkeit oder mögen den damit verbundenen Aufwand betreiben. Zudem sind die Lehrkräfte chronisch überlastet: einerseits durch die sachlichen Anforderungen, die der Lehrkräftemangel, das Aufarbeiten der Pandemiefolgen und oft auch die Integration von Geflüchteten mit sich bringen. Andererseits binden steigende Verwaltungs- und Dokumentationspflichten Energie und Zeit, die an anderen Stellen fehlen.

Die Kommission möchte die Lehrerinnen und Lehrer ermutigen, den vorhandenen Handlungsspielraum auszureizen – und Schulleitungen, solche Entscheidungen zu unterstützen und mitzutragen.

Zudem machen sich in diesem Zusammenhang Mängel der traditionellen Lehrkräfteausbildung bemerkbar. Sie ist nicht hinreichend auf die pädagogischen Anforderungen von Demokratiebildung ausgelegt. Vielen Lehrkräften fehlt es an Handwerkszeug, das für Demokratielernen dringend erforderlich ist: Fähigkeiten zur Moderation, Kenntnisse über partizipative Methoden und die konstruktive Gestaltung von Debatten im Klassenverband. Die Lehrkräfteausbildung fokussiert noch immer auf Fachlichkeit, übergreifende Bildungsaufträge bleiben im Hintergrund. Es ist nötig, die Anforderungsprofile für Lehrkräfte an den gesellschaftlichen Bedarf anzupassen, und Aus- und Fortbildung entsprechend zu ändern. Es braucht eine gemeinsame Vision der Lehrkräfte, um im Team arbeiten und einander ermutigen zu können. Dafür muss die Schule selbst ein Vorbild sein.

DIE KOOPERATION MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT IST SUBOPTIMAL

Viele Schulen suchen den Kontakt zu gesellschaftlichen Akteuren. Sie treffen auf ein großes, nahezu unüberschaubares Angebot aus der Zivilgesellschaft, die als außerschulische Partner für Kooperationen zur Verfügung stehen. In der Regel obliegt es den Schulleitungen oder einzelnen Lehrkräften, welche Partner sie an ihre Schulen holen und welche Angebote angenommen werden – was dazu führt, dass das Angebot an Schulen mit gut vernetztem und offenem Lehr- und Leitungspersonal größer

An vielen Schulen in Deutschland hängt die Entwicklung von Demokratiekompetenzen vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab. Das ist für ein gesellschaftliches System nicht produktiv und womöglich riskant, weil es zu systematischen Verzerrungen führt. Wenn es auf die individuelle Initiative ankommt, wird Demokratiebildung zu einer Frage des Trauens und des persönlichen Selbstverständnisses der einzelnen Lehrkraft.

Die Kommission möchte die Lehrerinnen und Lehrer ermutigen, den vorhandenen Handlungsspielraum auszureizen – und Schulleitungen, solche Entscheidungen zu unterstützen und mitzutragen.

In der Regel obliegt es den Schulleitungen oder einzelnen Lehrkräften, welche Partner sie an ihre Schulen holen und welche Angebote angenommen werden – was dazu führt, dass das Angebot an Schulen mit gut vernetztem und offenem Lehr- und Leitungspersonal größer ist als an jenen, an denen das Wissen um die zur Verfügung stehenden Angebote klein, das persönliche Interesse an dem Thema geringer ausgebildet oder das Thema einfach noch nicht Teil der Schulkultur ist.

ist als an jenen, an denen das Wissen um die zur Verfügung stehenden Angebote klein, das persönliche Interesse an dem Thema geringer ausgebildet oder das Thema einfach noch nicht Teil der Schulkultur ist.

Nach einer bundesweiten Umfrage der Transferstelle politische Bildung (Essen) kooperieren fast zwei Drittel der Schulen und nutzen außerschulische Angebote, vorrangig in Projektformaten von mehreren Stunden bis zu mehrtägigen Angeboten.⁸³ Noch fehlt es beim Management der Schnittstelle an Institutionalisierung, Förderpraxis und Qualitätssicherung. Wie beschrieben bleibt die Demokratiebildung damit auf das Engagement und die Kompetenz einzelner angewiesen und damit mehr oder weniger zufällig.

In der Zivilgesellschaft wird dieser Mangel verstärkt diskutiert. In einem aktuellen Arbeitspapier beklagt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), die Zivilgesellschaft werde als wichtiger Bildungsakteur bislang noch nicht ausreichend in der Bildungsdebatte berücksichtigt.⁸⁴ Es wird zu wenig anerkannt, dass Engagement und Bildung eng miteinander zusammenhängen. Die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Anja Besand, die die neu gegründete John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) in Dresden leitet, identifiziert in diesem Zusammenhang zwei maßgebliche Hindernisse für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf Seiten der Anbieter. Die außerschulische Bildung leide zum einen an der Praxis der Projektfinanzierung, die dazu führe, dass Projekte häufig kurzlebig und nicht konstant seien. Zum anderen gebe es „keine passende Infrastruktur“.⁸⁵ Auch fehle es an professioneller Organisation und Sichtbarkeit.

EIN ZWISCHENRUF UNSERES KOMMISSIONSMITGLIEDS THOMAS KRÜGER, PRÄSIDENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Für die schulische politische Bildung bietet sich ein breites Spektrum an außerschulischen Lernorten an. Das reicht von den Besuchen politischer Institutionen (Parlamente, Stadtverwaltung, Ministerien) über Gedenkstätten (deutsche Demokratiegeschichte, NS, DDR) bis hin zu Wetterstationen (Umweltfragen, Klima). Hinzu kommen Bildungsstätten, die auch über Übernachtungskapazitäten verfügen und ganz andere Lernszenarien ermöglichen. Zudem haben Bildungsstätten komplementär relevante Expertise anzubieten (Medienpädagogik, Friedenspädagogik, Globales Lernen). Auch das Methodenrepertoire der Anbieter ergänzt die gängigen Praxen schulischer politischer Bildung und kann die Schülerschaft durch partizipatives Agieren aktivieren. Überdies gelingt es vielen außerschulischen Anbietern, durch Verknüpfung mit sozialer und kultureller Bildung An-schlüsse an den schulischen Unterricht herzustellen und innerschulische Herausforderungen aufzugreifen (z.B. Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing). Zwei Drittel der Schulen verteilen ihre Aktivitäten zu gleichen Teilen auf schulische und außerschulische Lernorte.

Beim Ausbau des Ganztags ist es der politischen Bildung jedoch nicht gelungen, im Nachmittagsangebot Tritt zu fassen. Als kardinales Problem wurde dabei identifiziert, dass die Trägerlandschaft der politischen Bildung vorrangig auf junge Erwachsene und Erwachsene fokussiert ist und nur wenige Träger mit Kindern arbeiten und dort Erfahrungen einbringen können. Die Alterstrennung bei der Zielgruppensegmentierung beginnt sich erst langsam aufzulösen und einer pluraleren Orientierung zu weichen.

Die föderale Struktur der deutschen Bildungsinfrastruktur steht einer Optimierung der politischen Bildung durch Zentralisierungsmaßnahmen im Wege, begründet aber zugleich Vielfalt und Mangel der Landschaft schulischer und außerschulischer politischer Bildung. Gleichwohl wird in großen Teilen der Bevölkerung (besonders der interessierten und bildungsaffinen) Politische Bildung wertgeschätzt. Dabei spielt der Unterschied zwischen politischer Kommunikation von Regierungen und Parlamenten zu unabhängigen Angeboten politischer Bildung eine konstitutive Rolle. Interventionen in die unabhängigen Bildungsinfrastrukturen beschädigen ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit.

Schon jetzt kann von einer allgemeinen Akzeptanz politischer Bildung gesprochen werden, die den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses folgt und die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen repräsentiert bzw. im Blick hat. Insbesondere in der schulischen politischen Bildung kann von langjährig gewachsenen Beziehungen ausgegangen werden, die insbesondere bei älteren Lehrkräften mit langer Berufspraxis anzutreffen sind. Politische Interventionen beschädigen gerade hier, aber auch in den intergenerationalen Beziehungen von Lehrenden-Teams an Schulen diesen Ruf der politischen Bildung. Politische Bildung ist deshalb im Kern selber ein Aushandlungsprozess. Mit Blick auf die jüngere Lehrenden-Generation spielt die Diversifizierung der Formate, sowie die Digitalisierung der Angebote eine immer stärkere Rolle. Hier müssen die Anbieter Schritt halten und innovationsbereit sein.

Zur Demokratiebildung wurden in der Vergangenheit viele umfassende Vorschläge ausgearbeitet. Als ein besonders markantes und aussagekräftiges Beispiel sei die Schriftenreihe des Netzwerk Bildung“ aus dem Jahr 2015 genannt.⁸⁶

Dass sich die Kommission der Problemstellung dennoch so ausführlich widmet und 2023 erneut einen Bericht zur Demokratiebildung vorlegt, liegt vor allem an der Notwendigkeit, die Demokratie aktiv zu stärken. Die Schulen sind seitdem noch wichtiger geworden für die Ausbildung mündiger Bürgerinnen und Bürger, können ihren Auftrag oft aber nur unzureichend erfüllen. Die guten alten und neuen Initiativen für eine bessere und vor allem zeitgemäße Demokratiebildung in Schulen müssen aber aufgenommen, diskutiert und vor allem umgesetzt werden. Das erfordert konzentrierte Aufmerksamkeit und entschlossenes politisches Handeln.

Die guten alten und neuen Initiativen für eine bessere und vor allem zeitgemäße Demokratiebildung in Schulen müssen aufgenommen, diskutiert und vor allem umgesetzt werden. Das erfordert konzentrierte Aufmerksamkeit und entschlossenes politisches Handeln.

1. DEMOKRATIEBILDUNG GEHÖRT AUF DIE AGENDA DER BUNDESREGIERUNG

Demokratiebildung ist eine Aufgabe von hoher Priorität, die auf die nationale Agenda gehört.

Das Vertrauen in die Demokratie ist hohen Belastungen ausgesetzt. Polykrisen und Zeitenwende bedeuten ständige Veränderungen und große Anpassungsleistungen. Von Bürgerinnen und Bürgern erfordert dies ein tiefes Verständnis der Verfassung, der demokratischen Institutionen, der Regeln unseres Zusammenlebens und großes Vertrauen in die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bildet das tragende Fundament für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Demokratiebildung wird damit zu einer Aufgabe von hoher Priorität, die auf die nationale Agenda gehört. Sie muss von den Verantwortlichen in der Bundesregierung aufgegriffen und gemeinsam mit den Ländern verfolgt werden.

Deshalb empfiehlt die Kommission eine konzertierte Aktion „Demokratiebildung“ – eine übergreifende Initiative der zuständigen staatlichen Ebenen, wie sie in ähnlicher Form bei der beruflichen Orientierung in der Bildung schon einmal erfolgreich ins Leben gerufen wurde.

2. DEMOKRATIEBILDUNG FÜR DIE JUNGEN WÄHLER

Bildungserfahrungen in der (frühen) Kindheit sind besonders nachhaltig.

Sollte das Wahlalter bundesweit auf 16 Jahre herabgesetzt werden, ist das Bildungsziel der zu Demokratiethemen theoretisch und praktisch gebildeten Schülerinnen und Schüler wichtiger denn je. Es muss in allen Schulformen der Sekundarstufe I und in allen Regionen Deutschlands gleichermaßen erreicht werden. Deshalb fordert die Kommission die systematische Überarbeitung der Bildungsstandards für die Sekundarstufe I. Zudem kann die ohnehin geplante schrittweise Ausweitung des Ganztagsangebots an vielen Schulen in Deutschland Gelegenheiten für neue Formate politischer Bildung bieten.

Das gilt nicht nur für ältere Schülerinnen und Schüler. Bildungserfahrungen in der (frühen) Kindheit sind besonders nachhaltig. Das pädagogische Instrumentarium für Demokratiebildung in dieser Zielgruppe ist stark gewachsen. Es gilt nun, positive Erfahrungen in die Fläche zu tragen. Deshalb fordert die Kommission die konsequente Einbettung der Demokratiebildung in die Primarstufe und die entsprechende Überarbeitung der Lehrpläne von Grundschulen. Schließlich muss die weitgreifende Ausblendung der Demokratiebildung in den beruflichen Schulen dringend korrigiert werden. Zwei Drittel der Schülerschaft in der Sekundarstufe II besucht Einrichtungen der beruflichen Bildung. Die Schulen begleiten die Jugendlichen in einer sensiblen Entwicklungsphase. Wirtschaft und Kammern können hier eine wichtige Rolle übernehmen.

3. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT VERBINDLICHKEIT

Demokratiebildung wird erst dann als Bildungsziel umgesetzt, wenn sie auch eingefordert, ihre Realisierung nachgehalten und ihre Erfolge zudem dokumentiert werden. Solange Demokratiebildung eine Option bleibt, wird ihre Bedeutung beschworen, aber ihre Umsetzung im Zweifel preisgegeben.

Die Kommission empfiehlt deshalb von der KMK verbindliche Bildungsstandards für Demokratiebildung sowie ein Demokratie-Pisa.

Solange Demokratiebildung eine Option bleibt, wird ihre Bedeutung beschworen, aber ihre Umsetzung im Zweifel preisgegeben.

4. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT ANREIZE

Beteiligung, Debattieren, Engagement und die Öffnung der Schulen zur Gesellschaft gelten als die entscheidenden Angebote zur Entwicklung eines demokratischen Verständnisses. Damit sie an möglichst vielen Schulen wirkungsvoll eingesetzt werden, sollten von staatlicher Seite Anreize zur Beteiligung und Anregungen zu entsprechenden Projekten gesetzt werden. Exemplarisch dafür empfiehlt die Kommission die Einführung von Demokratiebudgets an Schulen von mindestens 5 Euro pro Schülerin und Schüler, über deren Verwendung Schülerschaft und Lehrkräfte gemeinsam entscheiden.

Die Öffnung der Schulen zur Gesellschaft ist entscheidend.

5. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT AUTONOMIE

Zum Bildungsziel des mündigen Bürgers führen unterschiedliche Wege, die in der Umsetzung von Lehrplänen, der Gestaltung von Lernumgebungen und in der Schulkultur vor Ort individuell realisiert werden. Nur Führungskräfte mit Gestaltungsfreiheit können besondere Herausforderungen, wie sie sich in den jeweiligen Schulstufen, der sozialen Umgebung, der Zusammensetzung der Schülerschaft, der Region etc. ergeben, produktiv gestalten. Hierzu braucht es Führung, Strategie und kreative Umsetzung, an der alle Stakeholder beteiligt werden.

Die Kommission empfiehlt deshalb mehr Autonomie für Schulleitungen und Lehrkräfte, Entlastung von Verwaltungsaufgaben sowie Weiterbildungsangebote zu Demokratiethematen speziell für Schulleitungen.

Nur Führungskräfte mit Gestaltungsfreiheit können die Herausforderungen der Demokratiebildung meistern.

6. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT DIE GESELLSCHAFT

Nur wenn Schulen sich der Gesellschaft öffnen und mit Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenarbeiten, können sie Begegnung und Engagement ermöglichen und einfordern. Schülerinnen und Schüler lernen gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie andere in ihren Rollen beobachten und selbst Verantwortung übernehmen.

Die Kommission empfiehlt daher die Finanzierung von Demokratiescouts an Schulen, die jeweils die Koordination und das Management der Schnittstelle zu den

Schülerinnen und Schüler lernen gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie selbst Verantwortung übernehmen.

vielfältigen außerschulischen Angeboten der Zivilgesellschaft professionell unterstützen. Außerdem müssen die Finanzierungsmöglichkeiten für Angebote nicht-formaler Bildung verbessert werden.

7. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT BEISPIELE AUS DER POLITISCHEN PRAXIS

Schwindendes Vertrauen in die Demokratie geht fast immer einher mit fehlendem Vertrauen in das politische Personal.

Schwindendes Vertrauen in die Demokratie geht fast immer einher mit Misstrauen in das politische Personal, oft sogar Verachtung vermeintlicher wie echter Eliten. Es kann helfen, wenn Besuche von Politikern in Schulen alltäglicher werden und Praktiker häufiger von ihrer Motivation und ihren Herausforderungen berichten. Hierfür bedarf es geeigneter Formate und guter Vor- und Nachbereitungen. Gerade Jugendliche, denen es an Verständnis für komplexe und langsame politische Prozesse fehlt, können über ihre Zweifel diskutieren.

8. GUTE PRAXIS MUSS WIRKSAM WERDEN

Wichtig ist: Vorbilder feiern, vorstellen und zugänglich machen.

Es gibt viel gute Praxis der demokratischen Bildung. Damit die Beispiele aufgegriffen und in der Fläche umgesetzt werden, sollten die Vorbilder gefeiert und vorgestellt werden. Die Kommission empfiehlt deshalb den positiven Wettbewerb der Ideen und einen einfachen Zugang zu (geprüfter) guter Praxis durch die Einrichtung einer nationalen Plattform zum Angebot evidenzgeprüfter Konzepte, wie es sie in Großbritannien heute schon gibt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: Jugend 2019, Eine Generation meldet sich zu Wort, 18. Shell Jugendstudie, Beltz Verlag, Hamburg, 2019, https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0e-d8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Armbrüster, Tobias: Soziologe Hurrelmann: Jugend im Dauerkrisenmodus, in: Deutschlandfunk, 12. April 2023, <https://www.deutschlandfunk.de/interview-klaus-hurrelmann-soziologe-bielefeld-zu-verlorene-krisengeneration-dlf-a9dce257-100.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Bacia, Ewa/Dohmen, Dieter/Hurrelmann, Klaus/Fichtner, Sarah/Kühn, Vanessa: Die Schule der Zukunft, Demokratische Lernorte für eine demokratische Gesellschaft, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Expertise für die Kommission „Demokratie und Bildung“ im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Berlin, 2022, https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Studie_2022/FiBS_Hertie_Stiftung_Demokratiestudie_Schule_der_Zukunft_2022.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Bertelsmann Stiftung: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, in: Eupinions, What do you think?, Nr. 1, Gütersloh, 2021, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/eupinions_Demokratie.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Besand, Anja: Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen, Probleme und Perspektiven, Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus, 2014.
- Boese, Vanessa A.: Demokratie in Gefahr?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26-27, 2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335439/demokratie-in-gefahr/>, (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Brügelmann, Hans: Grundschule als demokratischer Lern- und Lebensraum, Ein Forschungsbericht über soziales Lernen und politische Bildung von Kindern, Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut, Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht, München, 2020, https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Br%C3%BCgelmann_Exp16KJB_06042021.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 16. Kinder- und Jugendbericht, Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin, 2020a, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac-76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 23. Juni 2023).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Dritter Engagementbericht, Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter, Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin, 2020b, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: Zivilgesellschaft als zentraler Akteur in der deutschen Bildungslandschaft, Arbeitspapier der AG Bildung und Engagement im gesellschaftlichen Raum, Nummer 13, Berlin, 2022.
- Crum, Thea/Faydash, Katherine/Heller, Dayna/Hernandez, Norma/Linares, Alex/Mahoney, Kathleen/McIntosh, James/Smith, Greg: Participatory Budgeting in Schools, A Toolkit for Youth Democratic Action, College of Urban Planning and Public Affairs, University of Illinois at Chicago, 2020, <https://greatcities.uic.edu/wp-content/uploads/2021/03/PB-in-Schools-Toolkit.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Deutsche Presse-Agentur (dpa): Digitalisierung kann gute Lehrer nicht ersetzen, in: Berliner Morgenpost, 06.02.2023, <https://www.morgenpost.de/berlin/article237561793/Digitalisierung-kann-gute-Lehrer-nicht-ersetzen.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Dondl, Jakob: Politik-Lernen in der Grundschule, Überlegungen zur politischen Bildung anhand einer Studie zu demokratieorientierten Vorstellungen von Viertklässlern, Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn, 2013.
- Dorn, Florian/Gstrein, David/Neumeier, Florian: Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?, im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung im Rahmen der „Hertie-Kommission Demokratie und Bildung“, vorgelegt von ifo Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik, ifo Institut, München, 2023, <https://www.ghst.de/ifo-studie> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- Education Endowment Foundation: Teaching und Learning Toolkit, 2023, <https://educationendowmentfoundation.org.uk/education-evidence/teaching-learning-toolkit> (abgerufen am 22. Juni 2023).

El-Mafaalani, Aladin: Die Kehrseite von Integration, Mehr Teilhabe – mehr Konflikte, in: Tagesspiegel, 14.11.2019, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mehr-teilhabe--mehr-konflikte-6759745.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Erdsiek-Rave, Ute/John-Ohnesorg, Marei (Hrsg.): Demokratie lernen – Eine Aufgabe der Schule?!, Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, Berlin, 2015, <https://library.fes.de/pdf-files/studienforderung/12035.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).

European Commission: Register of Commission Expert Groups and Other Similar Entities, Media literacy expert group (E02541), 2021, <https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=en&groupID=2541> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Fichtner, Sarah/Bacia, Ewa/Sandau, Matthias/Hurrelmann, Klaus/Dohmen, Dieter: Schule stärken – Digitalisierung gestalten, Cornelsen Schulleitungsstudie 2023, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin, 2023, https://www.fibs.eu/fileadmin/user_upload/Cornelsen_Schulleitungsstudie2023_Gesamtstudie.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Fokken, Silke: Lehrerverbände warnen vor drohendem „nationalen Notstand“, in: Spiegel Online, 23.06.2022, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/reaktion-auf-bildungsbericht-lehrerverbaende-warnen-vor-drohendem-nationalen-notstand-a-d5ea0a9c-39dd-4837-acc1-ddd7b208bd9b> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Geis-Thöne, Wido: Lehrkräftebedarf und -angebot: Bis 2035 steigende Engpässe zu erwarten, Szenariorechnungen zum INSM-Bildungsmonitor, Köln, 2022.

Gemeinnützige Hertie-Stiftung: Toolbox: Wegweisende Praxisbeispiele für Demokratiebildung, Frankfurt a. M., 2023, <https://www.ghst.de/toolbox> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Golinkoff, Roberta Michnik/Hirsh-Pasek, Kathy: Becoming brilliant: What Science Tells Us About Raising Successful Children, American Psychological Association, Washington, D.C., 2016.

Goll, Thomas/Schmidt, Ingrid (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an? Kindertageseinrichtungen und Grundschulen als Orte politischer Bildung und demokratischen Lernens, Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn, 2021.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo: 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich, Bielefeld, 2022, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2967744/2967753/Ranking_Politische-Bildung_Nr_5_2022.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Hill, Jordan: Policy responses to false and misleading digital content, A snapshot of children's media literacy, in: OECD Education Working Papers, No. 275, OECD Publishing, Paris, 2022, <https://doi.org/10.1787/1104143e-en> (abgerufen am 22. Juni 2023).

KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule, Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, Bonn, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschlusse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland: Steigende Schülerzahlen um knapp eine Million bis zum Jahr 2035, 2022, <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/steigende-schuelerzahlen-um-knapp-eine-million-bis-zum-jahr-2035.html#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Sch%C3%BClerinnen%20und%20Sch%C3%BCler%20in%20der%20Sekundarstufe%20I,auf%20knapp%203%2C6%20Mio.> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Köcher, Renate: Deutschland – ein polarisiertes Land?, Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 172, 2022, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juli2022_Konsens.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Kreisjugendring Fürth: Mit der #stadtsache App durch Tuchenbach, Ein Kooperationsprojekt des KJR Fürth, der Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises und der Jugendpflege Tuchenbach, https://www.kjr-fuerth.de/de/kinder_und_jugendbeteiligung/beweg_was_vor_ort/tuchenbach_projekt_stadtsache.php (abgerufen am 22. Juni 2023).

Landesschülerbeirat Baden-Württemberg: Mut zu mehr Veränderung, Grundsatzprogramm des 15. Landesschülerbeirats, Stuttgart, 2023, <https://lsbr.de/wp-content/uploads/2023/01/Das-Grundsatzprogramm-des-15.-Landesschuelerbeirates-Digitale-Version.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Luck, Jana: Sie wurden in der Pandemie vergessen. Vergessen haben sie das nicht. So denken deutsche Jugendliche, in: Stern, 14.06.2022, <https://www.stern.de/stern-jugendstudie--welche-psychischen-folgen-corona-auf-die-jugend-hat-31944020.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Lutz, Ronald: Kinderreport Deutschland 2012, Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen und Resilienz, im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes, family media Verlag, Freiburg/Br., 2012.

Neu, Claudia/Küpper, Beate/Luhmann, Maike: Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland, Das Progressive Zentrum, Berlin, 2023, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

OECD: Citizens with a say, in: Trends Shaping Education Spotlights, No. 13, OECD Publishing, Paris, 2017, <https://doi.org/10.1787/3092726b-en> (abgerufen am 22. Juni 2023).

OECD: Engaging young citizens, Civic education practices in the classroom and beyond, in: OECD Education Policy Perspectives, No. 65, OECD Publishing, Paris, 2023, <https://doi.org/10.1787/2166378c-en> (abgerufen am 23. Juni 2023).

Open Society Institute – Sofia: How It Started, How It is Going: Media Literacy Index 2022, Policy Brief 57, 2022, https://osis.bg/wp-content/uploads/2022/10/HowItStarted_MediaLiteracyIndex2022_ENG_.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Rat für Kulturelle Bildung e. V.: Jugend/YouTube/Kulturelle Bildung, Horizont 2019, Essen, 2019.

Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an, Demokratie-Lernen in der Grundschule, in: Reihe Politik und Bildung, Band 45, Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus, 2007.

Robert Bosch Stiftung: Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen, Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen, Stuttgart, 2023, https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2023-01/2023-%2001-18_Deutsches_Schulbarometer_5_Schulleitung_FACTSHEET.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Roth, Roland: Der SchülerHaushalt, Ein Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen, Evaluation des Modellprojekts, Ergebnisse der Schülerbefragung in Rietberg und Wennigsen, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, 2013, https://www.schuelerhaushalt.de/fileadmin/Inhalte/Materialien/130915_Evaluation_Schuelerhaushalt_FINAL.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Schnitzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus: Jugend in Deutschland – Trendstudie 2023 mit Generationenvergleich, Datajockey Verlag, Kempten, 2023.

Statistisches Bundesamt: Eckzahlen zur Bevölkerung nach Migrationsstatus und ausgewählten Merkmalen, Fachserie 1 Reihe 2.2, 2021, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220217004.pdf>

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_235_12411.html (abgerufen am 22. Juni 2023).

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2022 um 1,3 % gewachsen, Pressemitteilung Nr. 235, 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_235_12411.html (abgerufen am 22. Juni 2023).

Statistisches Bundesamt: Migration und Integration, Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-geschlecht-insgesamt.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Statistisches Bundesamt, zitiert nach Statista: Anzahl der Schüler:innen an beruflichen Schulen in Deutschland im Schuljahr 2021/2022 nach Bundesländern, 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1330/umfrage/schueler-an-beruflichen-schulen-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (abgerufen am 22. Juni 2023).

SWK – Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz: Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel, Bonn, 2023, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2023/SWK-2023-Stellungnahme_Lehrkraeftemangel.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Tominski, Katrin: Gesellschaftliche Polarisierung: „Politische Bildung ist keine Feuerwehr“, in: MDR Wissen, 19. April 2021, <https://www.mdr.de/wissen/polarisierung-gesellschaft-politische-bildung-keine-feuerwehr-100.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Transferstelle politische Bildung: Ergebnisse der Umfrage „Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule“, Essen, 2017, <https://transfer-politische-bildung.de/dossiers/kooperationen/umfrage/> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Transferstelle politische Bildung: Gemeinsam stärker!?, Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule, Essen, 2017, https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.: Bildung zu demokratischer Kompetenz, Gutachten Aktionsrat Bildung, Waxmann Verlag, Münster, 2020, https://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten_pdfs/ARB_Gutachten-Web.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Vodafone Stiftung Deutschland: Wie lernen Lehrer? Eine Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern zu ihrem eigenen Lernverhalten, Düsseldorf, 2017, <https://www.vodafone-stiftung.de/wie-lernen-lehrer/> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Vodafone Stiftung Deutschland: Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen, Düsseldorf, 2022, https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, 1977, S. 173-184, zitiert nach Bundeszentrale für politische Bildung, Beutelsbacher Konsens, <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (abgerufen am 22. Juni 2023).

HINTERGRUNDGESPRÄCHE

Prof. Dr. Anja Besand

Professur für Didaktik der politischen Bildung, Technische Universität Dresden

Dr. Jörg Dräger

Geschäftsführender Stiftungsrat, Kühne-Stiftung

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft, Universität Osnabrück

Dr. Wilhelm Haumann

Projektleiter, INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mit beschränkter Haftung

Prof. Dr. Jeanette Hofmann

Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Prof. Dr. Rudolf Kammerl

Lehrstuhl für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin, INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mit beschränkter Haftung

Udo Michallik

Generalsekretär, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Ties Rabe

Senator für Schule und Berufsbildung, Freie und Hansestadt Hamburg

Martin Spiewak

Redakteur im Ressort Wissen, DIE ZEIT

Dr. Dirk Zorn

Bereichsleiter Bildung, Robert Bosch Stiftung (zum Zeitpunkt des Gesprächs)

Darüber hinaus wurden intensive Gespräche geführt mit den Leitungsgremien folgender Schulen:

Anne-Frank Gesamtschule Dortmund

Elisabeth-Selbert-Schule Hameln

Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule Karlsruhe

Gesamtschule Ebsdorfer Grund

Green Gesamtschule Duisburg

Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim

Wir danken allen Gesprächspartnerinnen und -partnern für die Mitwirkung und das Interesse.

WEITERFÜHRENDE LINKS

Gemeinnützige Hertie-Stiftung: Toolbox: Wegweisende Praxisbeispiele für Demokratiebildung, Frankfurt a. M., 2023, <https://www.ghst.de/toolbox> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Bacia, Ewa/Dohmen, Dieter/Hurrelmann, Klaus/Fichtner, Sarah/Kühn, Vanessa: Die Schule der Zukunft, Demokratische Lernorte für eine demokratische Gesellschaft, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Expertise für die Kommission „Demokratie und Bildung“ im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Berlin, 2022, https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Studie_2022/FiBS_Hertie_Stiftung_Demokratiestudie_Schule_der_Zukunft_2022.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

Dorn, Florian/Gstrein, David/Neumeier, Florian: Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?, im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung im Rahmen der „Hertie-Kommission Demokratie und Bildung“, vorgelegt von ifo Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik, ifo Institut, München, 2023, <https://www.ghst.de/ifo-studie> (abgerufen am 22. Juni 2023).

OECD: Engaging young citizens: Civic education practices in the classroom and beyond, in: OECD Education Policy Perspectives, No. 65, 2023, <https://doi.org/10.1787/2166378c-en> (abgerufen am 23. Juni 2023).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 16. Kinder- und Jugendbericht, Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin, 2020a, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac-76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).

KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule, Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, Bonn, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratie-erziehung.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).

ANGEBOTE AUSSERSCHULISCHER TRÄGER ZUR FÖRDERUNG VON DEMOKRATIEBILDUNG AN SCHULEN

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Sie kennen weitere interessante Angebote, die nicht hier aufgeführt sind? Dann schreiben Sie uns an:

InitiativeStarkeSchule@fellows-ghst.de

Die aktuelle Übersicht finden Sie unter folgendem Link: <https://www.ghst.de/angebote-demokratiebildung/>

ÜBERBLICK ÜBER ANGEBOTE, UNTERRICHTSMATERIALEN UND INSPIRATIONEN ZUR FÖRDERUNG VON DEMOKRATIEBILDUNG AN SCHULEN

Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/lernen/angebote/>

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

<https://www.dkjs.de/demokratie/>

jungbewegt – Für Engagement und Demokratie.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/jungbewegt/>

Openion

<https://www.openion.de/projekte/>

Preis für demokratische Schulentwicklung

<https://www.degede.de/demokratieerleben-der-preis-fuer-demokratische-schulentwicklung/>

Wettbewerb Demokratisch Handeln

<https://www.demokratisch-handeln.de/>

ANGEBOTE ZUM THEMA PARTIZIPATION

aula

<https://www.aula.de/>

Botschafterschule für das Europäische Parlament

<https://berlin.europarl.europa.eu/de/dossiers/youth/europe-in-school-ambassadors-schools-and-teaching-material/>

buddy-Programm

<https://education-y.de/handlungsfelder/schule/>

Das mobile Demokratielabor

<https://www.gesichtzeigen.de/angebote/das-mobile-demokratielabor/>

Demokratie ganztags

<https://demokratieganztags.de/fuer-schulen/ganztagsangebote/>

Demoscape Game

<https://spielefrei.org/demoscape-game/>

EU-Kompakt-Kurs

<https://understanding-europe.org/bildung/workshops-fuer-schulklassen/eu-kompakt-kurs/>

FREI DAY

<https://frei-day.org/>

Interessiert's dich?

<http://interessierstdich.de/>

Kinderrat

<https://www.politikzumanfassen.de/kinderrat/>

Mitwirkung mit Wirkung

<https://www.schuelermitwirkung.de/>

Pimp Your Town!

<https://www.pimpyourtown.de/>

Schüler*innen Haushalt

<https://schuelerinnen-haushalt.de/>

Wir sind Klasse!

<https://www.klassenrat.org/>

ANGEBOTE ZU DEN THEMEN DEBATTE, PERSPEKTIVWECHSEL UND KONSTRUKTIVER UMGANG MIT ANDEREN MEINUNGEN

Jugend im Parlament

<https://www.politikzumanfassen.de/jip/>

<https://www.hamburgische-buergerschaft.de/jugend-im-parlament/>

Model United Nations

<https://www.model-un.de/>

Wettbewerb Jugend debattiert

<https://www.jugend-debattiert.de/>

ANGEBOTE ZUM ENGAGEMENT AUSSERHALB DES SCHULGELÄNDES

Lernen durch Engagement

<https://www.servicelearning.de/>

Schüler sozial aktiv

<https://www.gute-tat.de/helfen/schueler-sozial-aktiv/>

ANGEBOTE ZUM KONTAKT MIT DER POLITIK

Dialog P

<https://www.dialog-p.de/>

German Dream

<https://www.germandream.de/>

Juniorwahl

<https://www.juniorwahl.de/>

ANGEBOTE ZUM THEMA MEDIENKOMPETENZ

App Standup – Argumentieren gegen Populisten

<https://stand-up-gegen-populismus.de/>

Coding For Tomorrow

<https://coding-for-tomorrow.de/>

Digitale Medien: Fake News & Hate Speech

<https://understanding-europe.org/bildung/workshops-fuer-schulklassen/fake-news-hate-speech/>

Gute Nachrichten!

<https://understanding-europe.org/bildung/workshops-fuer-schulklassen/gute-nachrichten/>

klicksafe

<https://www.klicksafe.de/>

Klickwinkel

<https://klickwinkel.de/>

<https://www.vodafone-stiftung.de/klickwinkel/>

Medienkompetenz Team e.V.

<https://medienkompetenz.team/angebot/unsere-angebote-fuer-schulen/>

PLACEm – Die Mitrede-App

<https://www.politikzumanfassen.de/placem/>

Selbstbestimmt im Netz

<https://www.boell.de/de/selbstbestimmt-im-netz/>

ANGEBOTE ZUM UMGANG MIT DIVERSITÄT

Antisemi-was?

<https://www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/projekte/antisemi-was/>

Dialog macht Schule

<https://dialogmachtschule.de/>

KonterBUNT

<https://konterbunt.de/>

Netzwerk für Demokratie und Courage

<https://www.netzwerk-courage.de/>

Peer Bildungsberatung

https://www.lvr.de/de/nav_main/schulen/inklusion_macht_schule/projekt_peer_bildungsberatung/projekt_peer_bildungsberatung.jsp/

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

<https://www.schule-ohne-rassismus.org/>

Starke Lehrer – starke Schüler

<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/starke-lehrer-starke-schueler/>

worldlab

<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/worldlab/>

ZUSAMMEN - Die Planspiele im Kurzformat

<https://www.boell.de/de/zusammen-planspiele-im-kurzformat/>

Zusammenleben neu gestalten

<https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

STUDIEN UND BERICHTE

ERKENNTNISSE AUS STUDIEN UND BERICHTEN, DIE IM RAHMEN DER HERTIE-KOMMISSION DEMOKRATIE UND BILDUNG BEAUFTRAGT ODER GEFÖRDERT WURDEN:

aus:

FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie: Die Schule der Zukunft, Demokratische Lernorte für eine demokratische Gesellschaft⁸⁷

Schulen spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern auch Lebenskompetenzen, die in Zukunft immer mehr Bedeutung erlangen werden. Laut Bildungsauftrag der Bundesländer kommt Bildungseinrichtungen in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, Schülerinnen und Schülern Demokratiekompetenzen zu vermitteln und so mündige Bürgerinnen und Bürger hervorzubringen. Insofern haben Schulen eine wichtige Vorbildfunktion für unsere demokratische Gesellschaft. Die vorliegende Studie „Schule der Zukunft – Demokratische Lernorte für eine demokratische Gesellschaft“ analysiert, in welcher Art und welchem Umfang Bildungseinrichtungen diesem Auftrag bereits nachkommen und welche Bedeutung Schulen dem Thema Demokratievermittlung in Zukunft beimessen. Zentrale Ergebnisse der Studie, die im Kern auf einer quantitativen und qualitativen Befragung von Schulleitungen basiert, sind:

- Partizipation und Demokratie gehören für jeden vierten Befragten zu den wichtigsten Zukunftsthemen. Schulleitungen wollen Schulen demokratischer gestalten und teilen die Ansicht, dass die Einrichtungen eine zentrale Rolle für die Demokratie einnehmen. Allerdings wünschen sie sich mehr Zeit und bessere Rahmenbedingungen, um die Demokratiebildung an Schulen voranzutreiben.
- Demokratie muss aus ihrer Sicht in der Schule erfahren und gelebt werden, um vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Heterogenität ein besseres Miteinander zu ermöglichen. Dabei ist das Thema der Demokratiebildung präsenter bei Schulen, die sich als Schulen in herausfordernder Lage bezeichnen (sog. Brennpunktschulen) (27 Prozent) als bei Schulen, die sich so nicht bezeichnen (19 Prozent).
- In nahezu allen Schulen (über 90 Prozent) sind demokratische Gremien etabliert. Eine offene Diskussionskultur und Verbindlichkeiten bei den Absprachen fördern nach Ansicht der Schulleitungen eine demokratische Lernkultur. Einige Schulleitungen wünschen sich mehr Teamarbeit auch unter Lehrenden und können sich unter gewissen Umständen auch Schulleitungsteams vorstellen.
- Die inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Themen findet vor allem im Unterricht statt. Art und Umfang des Politikunterrichts variiert jedoch stark und hängt davon ab, um welche Schulform es sich handelt und in welchem

Bundesland sich die Schulen befinden. An vielen Schulen wird Demokratiebildung ergänzt durch Exkursionen, Projekten und Veranstaltungen.

- Schulleitungen stehen bei aller Aufgeschlossenheit für Demokratiebildung allerdings vor einem Umsetzungsproblem, da andere Themen als brennender und dringlicher wahrgenommen werden. Priorität haben aktuell die digitale Ausstattung der Schule (wichtig für 67 Prozent der Schulleitungen) oder bauliche Maßnahmen (62 Prozent). Zudem erleben sie bürokratische Hürden häufig als Hindernis.
- Grundsätzlich kritisieren Schulleitungen, dass das Schulsystem in Deutschland veraltet und für die aktuellen Herausforderungen nicht entsprechend gerüstet sei. Schule sei zu stark auf Wissenserwerb und Leistung fokussiert, zu wenig auf Innovation, Mitsprache und Handeln. Das vorherrschende traditionelle Schulkonzept beeinflusse Jugendliche und hindere sie am Erwerb von Kompetenzen, die sie künftig benötigen würden.

Kinder und Jugendliche sehen dies ähnlich. Die Mehrheit sorgt sich angesichts zahlreicher Krisen um ihre Lebensgestaltung und Zukunftschancen, würde sich jedoch gerne aktiv in die Gesellschaft einbringen.

Die wichtigsten aktuellen Jugendstudien ergeben folgendes Bild:

- Die Jugendlichen in Deutschland sind durch viele Sorgen und Ängste (u.a. Krieg in Europa, Klimawandel, Inflation, soziale Spaltung der Gesellschaft) stark und dauerhaft belastet.
- Den meisten jungen Leuten ist es wichtig, dass sie sich sozial integriert und eingebunden fühlen. Demokratische Werte und Verhaltensweisen spielen für 75-80 Prozent der Jugendlichen eine große Rolle.
- Beinahe die Hälfte der Jugendlichen gibt an, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren. Viele wünschen sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten im politischen Bereich: 69 Prozent stimmen zu, dass mehr Volksabstimmungen über politische Entscheidungen gebraucht werden, Sie haben Ansprüche und fordern mehr Mitsprache, wenn es um Zukunftsfragen geht: 47 Prozent sind für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, 9 Prozent gar für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre.
- Die Populismusaffinität ist deutlich höher bei Jugendlichen aus einkommensschwächeren oder bildungsfernen Familien sowie bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte aus der Türkei, aus arabischen/vorwiegend islamisch geprägten Ländern sowie aus Osteuropa, der ehemaligen Sowjetunion bzw. dem ehemaligen Jugoslawien. Daraus ergeben sich für die Demokratiebildung folgende Zielsetzungen:
- Kinder und Jugendliche sollten die Möglichkeit haben, in Schulen Demokratiekompetenzen zu erwerben. Diese sind

Voraussetzung dafür, das Leben in einer immer komplexeren Welt erfolgreich zu gestalten. Als mündige Bürgerinnen und Bürger können sich Jugendliche später aktiv in die demokratische Gesellschaft einmischen und anti-demokratischen Tendenzen entgegenwirken.

- Schule muss die Rahmenbedingungen dazu schaffen, um Demokratie erlebbar zu machen. Denn Demokratiekompetenzen werden vor allem durch reflektierte Erfahrungen erworben.
- Schulische Demokratiebildung erfordert mehr Freiräume als bisher geboten sind, damit sich alle Beteiligten einbringen können. Erfolgreiche Demokratiebildung ist ein Prozess, der nur gelingen kann, wenn handelnde Akteurinnen und Akteure Verantwortung übernehmen – sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche.

aus:

ifo Institut: Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?⁸⁸

Radikale Parteien und Populisten gewinnen in westlichen Demokratien seit einigen Jahren vermehrt an Zuspruch. Darin drückt sich ein Verlust an Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat aus, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Demokratien gefährdet. Sowohl in den Wirtschafts- als auch in den Sozial- und Politikwissenschaften gibt es zahlreiche Studien, die sich mit den Ursachen dieser Entwicklung befassen. Zu den häufigsten untersuchten theoretischen Erklärungen für diese Entwicklung zählen die These der kulturellen Gegenreaktion einiger Bevölkerungsgruppen gegen einen aus ihrer Sicht zu progressiven Wertewandel, einwanderungsfeindliche und nationalistische Einstellungen als Reaktion auf zunehmende Migrationsströme und gegen einen „Elite-gesteuerten“ Prozess europäischer Integration, aber auch ökonomische Ursachen wie wirtschaftliche Unsicherheit infolge von strukturellen Transformationsprozessen und Krisen. Studien, die die Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren untersuchen, zeigen, dass diese einen großen Einfluss haben sowohl auf die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen als auch auf die Zustimmung zu populistischen und extremistischen Bewegungen und Parteien. Insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften werden dabei Methoden verwendet, die für andere Einflussfaktoren statistisch kontrollieren und den Schluss nahelegen, dass es sich um kausale Zusammenhänge handelt: Je besser (schlechter) die wirtschaftliche Situation, desto geringer (größer) der Zuspruch zu populistischen und extremistischen Bewegungen. In wirtschaftlich schweren Zeiten ist die politische Stabilität in Demokratien unter größerem Druck. Für das Wahlverhalten sind dabei sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die eigene wirtschaftliche Situation und Unsicherheit bedeutend.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Ereignissen, die das Erstarren von Populisten sowie radikaler Bewegungen und Parteien begünstigen, zählen neben Wirtschafts- und Finanzkrisen auch eine (zunehmende) Ungleichverteilung der Einkommen sowie Auswirkungen strukturellen Wandels und wirtschaftlicher Globalisierung. So zeigen verschiedene Studien eindeutig, dass radikale Strömungen insbesondere in wirtschaftlich unsicheren Krisenzeiten und unter den Verlierern der Globalisierung großen Zuspruch erhalten. Protektionistische Botschaften, wie sie insbesondere von nationalistischen Gruppierungen gesendet werden, scheinen bei den Betroffenen daher besonderen Anklang zu finden. Das Erstarren der radikalen Parteien wirkt sich dabei vor allem in den Regionen aus, die von strukturellen Veränderungen negativ betroffen sind und die im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes mehr und mehr abgehängt werden. In diesen Regionen sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen und etablierte Parteien besonders stark. Es sind aber nicht nur die einkommensschwachen Wählergruppen deren Vertrauen sinkt und die zunehmend radikale und populistische Parteien unterstützen. Der Zuspruch für Populisten und radikale Ansichten nimmt in betroffenen Regionen über alle Einkommensgruppen hinweg zu. Dies kann bspw. auch erklären, warum sich in Deutschland die sozio-ökonomischen Merkmale von Wählerinnen und Wählern der AfD nicht besonders stark von denen etablierter Parteien der Mitte unterscheiden. Auch zunehmende Migrationsströme werden häufig als wichtige Erklärung für das Erstarren von Populisten und insbesondere nationalistischer Gruppierungen angeführt. Nationalistische und rechtspopulistische Parteien versuchen mit ihren Botschaften zur Migrationspolitik und über die Immigration aus dem Ausland auf mögliche Unsicherheiten und Ängste der Wähler abzielen. In der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachliteratur zeichnet sich hingegen kein eindeutiges Bild ab, was den Zusammenhang zwischen Migration und der Popularität insbesondere nationalistischer Bewegungen angeht. Während einige Studien einen positiven Effekt von Migration auf die Popularität nationalistischer Parteien finden, insbesondere wenn es um weniger gebildete Immigranten aus anderen Kulturkreisen geht, dokumentieren andere Studien sogar einen negativen Zusammenhang. Dies legt den Schluss nahe, dass der Zusammenhang zwischen Migration und dem Zuspruch, den Populisten sowie radikale Parteien erhalten, vom jeweiligen Kontext abhängig ist. Die höhere Ablehnung von Migration kann auch mit ökonomischer Unsicherheit und wirtschaftlichen Faktoren zusammenhängen. Welche Lehren lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Grundsätzlich zeigt die Literatur, dass ökonomische Entwicklungen den Erfolg populistischer Parteien stark beeinflussen können. Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich, je stärker Regionen im nationalen Vergleich abgehängt werden und je schlechter ihre (wirtschaft-

liche) Perspektive ist, und je größer die wirtschaftlichen Sorgen und Zukunftsängste, desto größer ist auch der Nährboden für radikale Strömungen und ihren populistischen Botschaften. Insbesondere die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und das Zurückfallen einzelner Gebiete scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Auch die Auswirkungen der Globalisierung und von Wirtschaftskrisen sind gut dokumentiert. Insbesondere zeigt sich, dass in einigen Fällen Individuen, die selbst nicht von einem regionalen ökonomischen Schock betroffen sind, trotzdem ihre politischen Einstellungen ändern. In vielen Fällen folgt auf ökonomische Schocks auch ein Vertrauensverlust in die Regierung, in etablierte politische Parteien oder das demokratische System insgesamt. Das bietet den Nährboden für populistische und demokratiefeindliche Parteien. Um dem Erstarken populistischer und demokratiegefährdender Bewegungen entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken, ist es daher wichtig, dass der Staat versucht alle mitzunehmen, für einen hinreichenden sozialen Ausgleich sorgt und in allen Regionen Chancen und Zukunftsperspektiven bietet. Insbesondere in wirtschaftlichen Krisen ist es wichtig, dass der Staat mit sozialen Ausgleichsmechanismen aktiv die negativen Folgen für die Betroffenen abfedert. Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Unsicherheit reduziert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihren Institutionen gestärkt. Um die Demokratie, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Resilienz zu stärken, können gerade auch den Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft eine besondere Rolle zu kommen. Vor allem durch die Weiterentwicklung im Bildungs- und Ausbildungssystem können Personen einerseits besser für schnelle Veränderungen und ökonomische Schocks gerüstet werden, und andererseits auch gegenüber den Botschaften von Populisten und Demokratiefeindlicher Strömungen sensibilisiert werden. Eine besondere Bedeutung scheint zudem eine effektive Struktur- und Wirtschaftspolitik in abgehängten und strukturschwachen Regionen zu haben, da sich dort ohne spürbare Verbesserungen und glaubhafte Zukunftsaussichten ein besonders starker Nährboden für radikale Ansichten entwickeln kann. Umso wichtiger scheint es, von strukturellem und digitalem Wandel betroffene Menschen und Regionen von Anfang an aktiv mitzunehmen und mit wirksamen Maßnahmen in ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und Transformation zu unterstützen.

aus:

OECD: Engaging young citizens: Civic education practices in the classroom and beyond⁹⁹

Eine erfolgreiche Demokratie ist auf das Wissen, die Fähigkeiten und das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Kinder zu befähigen und ihnen dabei zu helfen, die Fähig-

keiten und Handlungskompetenzen zu entwickeln, die sie für eine bedeutsame Teilhabe an der Gesellschaft benötigen, ist Teil der Mission der Bildungssysteme in den OECD-Ländern.⁹⁰ Bürgerwissen und staatsbürgerliche Fähigkeiten können effektiv in der Schule und im Klassenzimmer entwickelt werden, aber auch durch multidisziplinäre, erfahrungsbasierte Programme, die über die Schulmauern hinausreichen und die Schüler in den Mittelpunkt des Lernprozesses stellen. Dieser Bericht stützt sich auf Erkenntnisse aus mehreren OECD-Publikationen und weiterführenden Quellen, um ausgewählte Beispiele erfolgreicher kindzentrierter Praktiken der Demokratiebildung zu untersuchen und hervorzuheben, die die demokratischen Fähigkeiten, Werte und Kenntnisse von Schülerinnen und Schülern stärken.

Es werden drei zentrale Praxisbereiche analysiert:

- Programme zum Engagement in der Gesellschaft
- Schülerbudget
- Initiativen zur Medienkompetenz

Programme zum Engagement in der Gesellschaft erweisen sich als wirkungsvoll bei der Entwicklung von staatsbürgerlichen Kenntnissen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler und stärken gleichzeitig ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Gemeinschaft. Sie tragen nicht nur zur Entwicklung der beruflichen und persönlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler bei, sondern können auch die Beziehungen zwischen der Schule und der Gemeinde stärken. Die Forschung zu Engagement-Programmen liefert insgesamt positive Ergebnisse. Die politischen Entscheidungsträger sollten sich jedoch bewusst sein, dass es für den Erfolg der Programme von großer Bedeutung ist, qualitativ hochwertige Erfahrungen in der Freiwilligenarbeit mit anschließender Reflexion im Unterricht zu kombinieren.

Beim Bürgerhaushalt handelt es sich um einen demokratischen Prozess, bei dem die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert werden, Entscheidungen zu treffen und Lösungen für Angelegenheiten zu finden, die sie direkt betreffen.

In der Schule angewandt, bietet das Schülerbudget den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, demokratische Verfahren zu verstehen, ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu entwickeln und zwischenmenschliche Fähigkeiten zu entwickeln, die sie in die Lage versetzen, sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft effektiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Bedeutung der Medienkompetenz in der heutigen digitalen Welt sollte in der politischen Bildungspolitik und -praxis besondere Berücksichtigung finden. Die zunehmende Digitalisierung bietet Kindern zwar zahlreiche Möglichkeiten, ihr Leben zu

bereichern, doch laufen sie auch Gefahr, falschen und irreführenden Informationen ausgesetzt zu sein, was zu politischer Polarisierung und einem Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen beitragen kann.⁹¹ Medienkompetenzprogramme, -kampagnen und -maßnahmen für Schulen und darüber hinaus können wirksam dazu beitragen, Kinder in die Lage zu versetzen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden und Fakten von Fiktion zu unterscheiden.

Das Fazit: Viele OECD-Länder haben Programme und Maßnahmen eingeführt, die speziell auf die Entwicklung von staatsbürgerlichen Fähigkeiten und Werten in Schulen abzielen. Einige der erfolgreichsten Praktiken gehen weg von der Wissensvermittlung und hin zu erfahrungsbasierten Lernmethoden, die Kinder stärken, indem sie sie in den Mittelpunkt des Lernprozesses stellen. Die Vorteile des erfahrungsbasierten Lernens können auch über die Grenzen der Klassenzimmer hinausreichen und es Schulen und Schülern ermöglichen, Beziehungen zu der sie umgebenden Gemeinschaft aufzubauen und diese zu stärken.

DIE KOMMISSION

Dr. Ingrid Hamm

Leiterin der Kommission

Ingrid Hamm ist geschäftsführende Gesellschafterin der Global Perspectives Initiative, die sich im internationalen Dialog über globale Entwicklungen engagiert. Seit drei Jahrzehnten wirkt sie in großen deutschen Stiftungen, zuletzt, von 2003 bis 2015, als Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung.

Anna Engelke

Anna Engelke ist Redakteurin des NDR und ehemalige Sprecherin des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Zuvor leitete sie das Hauptstadtstudio des NDR-Hörfunks in Berlin, war Sprecherin der ARD und NDR-Korrespondentin in Washington. Sie ist Mitglied im Kuratorium des deutschen AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.

Maja Finke

Maja Finke ist Abiturientin des Jahrgangs 2022 eines Düsseldorfer Gymnasiums. Von 2020-2022 wirkte sie im Jugendbeirat der Hertie-Stiftung mit. Politische Partizipation von Jugendlichen und Vertrauen in die Politik zu stärken, sind ihr ein besonderes Anliegen. Für dessen Umsetzung und Stärkung setzt sie sich ehrenamtlich in Projekten wie *Dein Wunsch im Parlament* ein.

Diana Kinnert

Diana Kinnert ist Publizistin, selbstständige Unternehmerin und Beraterin. Darüber hinaus arbeitet sie für verschiedene Forschungsinstitute und ist Mitglied in der Bundeskommission zum Thema Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zu ihren Schwerpunkten gehören die Themen Partizipation und Demografie. Sie ist Autorin des Bestsellers „Die neue Einsamkeit: Und wie wir sie als Gesellschaft überwinden können“.

Thomas Krüger

Thomas Krüger ist langjähriger Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus engagiert er sich unter anderem als Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks, als zweiter stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz sowie als Mitglied im Rat für Kulturelle Bildung.

Mirko Meyerding

Mirko Meyerding ist Schulleiter der Gesamtschule Ebsdorfer Grund, einer kooperativen Gesamtschule in Mittelhessen. Partizipative Schulgestaltung und Nachhaltigkeit liegen ihm, nicht nur für seine Schule, besonders am Herzen. Deshalb engagiert er sich seit vielen Jahren auch darüber hinaus ehrenamtlich als Koordinator im Netzwerk Initiative Starke Schule.

Prof. Dr. Armin Nassehi

Prof. Dr. Armin Nassehi leitet den Lehrstuhl für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Neben der Weiterentwicklung soziologischer System- und Praxistheorie forscht er unter anderem auf dem Gebiet der empirischen Ethikforschung sowie des Transfers wissenschaftlichen Wissens in politische Entscheidungen. Er schrieb mehrere Bücher zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, zuletzt „Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft“.

Prof. Dr. Andreas Schleicher

Prof. Dr. Andreas Schleicher ist Direktor des Direktorats für Bildung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Seit 2002 trägt er die Verantwortung für das Programm der international renommierten PISA-Studie und ist an zahlreichen weiteren Bildungsprojekten beteiligt.

Linda Teuteberg

Linda Teuteberg ist Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Themen Demokratiestärkung, Extremismusprävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind ihr ein besonders Anliegen sowohl als Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages als auch bei ihrem ehrenamtlichen Engagement als stellvertretende Vorsitzende des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie sowie als stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft e.V.

Prof. Dr. Ludger Wößmann

Prof. Dr. Ludger Wößmann leitet das ifo Zentrum für Bildungsökonomik und ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Bildungsökonomik, insbesondere der Bedeutung von Bildung für wirtschaftlichen Wohlstand und den Auswirkungen von Schulsystemen auf Schülerleistungen und Chancengleichheit.

FUSSNOTEN

- 1 KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule, Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, Bonn, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 4.
- 2 Ebd., S. 3.
- 3 Ebd., S. 4.
- 4 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 16. Kinder- und Jugendbericht, Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin, 2020a, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac-76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 23. Juni 2023), S. 8.
- 5 Landesschülerbeirat Baden-Württemberg: Mut zu mehr Veränderung, Grundsatzprogramm des 15. Landesschülerbeirats, Stuttgart, 2023, <https://lsbr.de/wp-content/uploads/2023/01/Das-Grundsatzprogramm-des-15.-Landesschuelerbeirates-Digitale-Version.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 5.
- 6 Ebd.
- 7 Vgl. Boese, Vanessa A.: Demokratie in Gefahr?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26-27, 2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335439/demokratie-in-gefahr/>, (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 8 Vgl. Armbrüster, Tobias: Soziologe Hurrelmann: Jugend im Dauerkrisenmodus, in: Deutschlandfunk, 12. April 2023, <https://www.deutschlandfunk.de/interview-klaus-hurrelmann-soziologe-bielefeld-zu-verlorene-krisengeneration-dlf-a9dce257-100.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 9 Vgl. Schnetzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus: Jugend in Deutschland – Trendstudie 2023 mit Generationenvergleich, Datajockey Verlag, Kempten, 2023, S. 10.
- 10 Bacia, Ewa/Dohmen, Dieter/Hurrelmann, Klaus/Fichtner, Sarah/Kühn, Vanessa: Die Schule der Zukunft, Demokratische Lernorte für eine demokratische Gesellschaft, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Expertise für die Kommission „Demokratie und Bildung“ im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Berlin, 2022, https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddaten-bank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Studie_2022/FiBS_Hertie_Stiftung_Demokratiestudie_Schule_der_Zukunft_2022.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 11.
- 11 Ebd.
- 12 Vgl. ebd.
- 13 Vgl. Vodafone Stiftung Deutschland: Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen, Düsseldorf, 2022, https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 15.
- 14 Vgl. Neu, Claudia/Küpper, Beate/Luhmann, Maike: Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland, Das Progressive Zentrum, Berlin, 2023, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 4.
- 15 Schnetzer et al., 2023, S. 12.
- 16 Vgl. ebd., S. 13.
- 17 Vgl. Neu et al., 2023, S. 4.
- 18 Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: Jugend 2019, Eine Generation meldet sich zu Wort, 18. Shell Jugendstudie, Beltz Verlag, Hamburg, 2019, https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 22.
- 19 Vgl. ebd., S. 20.
- 20 Vgl. Bacia et al., 2022, S. 3.
- 21 Köcher, Renate: Deutschland – ein polarisiertes Land?, Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 172, 2022, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juli2022_Konsens.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 6.
- 22 Ebd., S. 6 f.
- 23 Vgl. Bertelsmann Stiftung: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, in: Eupinions, What do you think?, Nr. 1, Gütersloh, 2021, https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/eupinions_Demokratie.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 10.
- 24 Vgl. Dorn, Florian/Gstrein, David/Neumeier, Florian: Stabile Demokratien in wirtschaftlich schweren Zeiten?, im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung im Rahmen der „Hertie-Kommission Demokratie und Bildung“, vorgelegt von ifo Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik, ifo Institut, München, 2023, <https://www.ghst.de/ifo-studie> (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 1.
- 25 Ebd., S. 1 f.

- 26 Vgl. Statistisches Bundesamt: Migration und Integration, Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-geschlecht-insgesamt.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 27 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2022 um 1,3 % gewachsen, Pressemitteilung Nr. 235, 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_235_12411.html (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 28 El-Mafaalani, Aladin: Die Kehrseite von Integration, Mehr Teilhabe – mehr Konflikte, in: Tagesspiegel, 14.11.2019, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mehr-teilhabe--mehr-konflikte-6759745.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 29 Luck, Jana: Sie wurden in der Pandemie vergessen. Vergessen haben sie das nicht. So denken deutsche Jugendliche, in: Stern, 14.06.2022, <https://www.stern.de/stern-jugendstudie--welche-psychischen-folgen-corona-auf-die-jugend-hat-31944020.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 30 Ebd.
- 31 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020a.
- 32 vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.: Bildung zu demokratischer Kompetenz, Gutachten Aktionsrat Bildung, Waxmann Verlag, Münster, 2020, https://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Gutachten_pdfs/ARB_Gutachten-Web.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 119.
- 33 Ebd.
- 34 Vgl. Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachfrage zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, 1977, S. 173-184, zitiert nach Bundeszentrale für politische Bildung, Beutelsbacher Konsens, <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 35 KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland, 2018, S. 3.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd., S. 3 f.
- 38 Vgl. Bacia et al., 2022.
- 39 Vgl. ebd., S. 2 f.
- 40 Vgl. ebd., S. 31.
- 41 Ebd., S. 35.
- 42 Direktor Jürgen Baumert, hier auch die Forschungen von Hohmut und Miethe zu Bildungsentscheidungen und sozialer Ungleichheit.
- 43 Vgl. Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an, Demokratie-Lernen in der Grundschule, in: Reihe Politik und Bildung, Band 45, Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus, 2007; Dondl, Jakob: Politik-Lernen in der Grundschule, Überlegungen zur politischen Bildung anhand einer Studie zu demokratieorientierten Vorstellungen von Viertklässlern, Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn, 2013; Goll, Thomas/Schmidt, Ingrid (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an? Kindertageseinrichtungen und Grundschulen als Orte politischer Bildung und demokratischen Lernens, Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn, 2021.
- 44 Vgl. Lutz, Ronald: Kinderreport Deutschland 2012, Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen und Resilienz, im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes, family media Verlag, Freiburg/Br., 2012.
- 45 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020a.
- 46 Vgl. Brügelmann, Hans: Grundschule als demokratischer Lern- und Lebensraum, Ein Forschungsbericht über soziales Lernen und politische Bildung von Kindern, Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut, Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht, München, 2020, https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Br%C3%BCgelmann_Exp16KJB_06042021.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 47 Vgl. Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo: 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich, Bielefeld, 2022, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2967744/2967753/Ranking_Politische-Bildung_Nr_5_2022.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 2.
- 48 Quelle ebd., eigene Darstellung, vgl. S. 21 und S. 24.
- 49 Quelle ebd., S. 17.
- 50 Vgl. Statistisches Bundesamt, zitiert nach Statista: Anzahl der Schüler:innen an beruflichen Schulen in Deutschland im Schuljahr 2021/2022 nach Bundesländern, 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1330/umfrage/schueler-an-beruflichen-schulen-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (abgerufen am 22. Juni 2023); KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland: Steigende Schülerzahlen um knapp eine Million bis zum Jahr 2035, 2022, <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelsicht/steigende-schuelerzahlen-um-knapp-eine-million-bis-zum-jahr-2035.html#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Sch%C3%BCler:innen%20und%20Sch%C3%BCler%20in%20der%20Sekundarstufe%20I,auf%20knapp%203%2C6%20Mio.> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 51 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020a, S. 245.

- 52 Vgl. Besand, Anja: Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen, Probleme und Perspektiven, Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus, 2014.
- 53 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020a.
- 54 Vgl. Bacia et al., 2022, S. 18.
- 55 Vgl. KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland, 2018, S. 4 f. und S. 9 f.
- 56 Vgl. Gemeinnützige Hertie-Stiftung: Toolbox: Wegweisen- de Praxisbeispiele für Demokratiebildung, Frankfurt a. M., 2023, <https://www.ghst.de/toolbox> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 57 Vgl. Education Endowment Foundation: Teaching und Learning Toolkit, 2023, <https://educationendowmentfoundation.org.uk/education-evidence/teaching-learning-toolkit> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 58 Vgl. OECD: Engaging young citizens, Civic education practices in the classroom and beyond, in: OECD Education Policy Perspectives, No. 65, OECD Publishing, Paris, 2023, <https://doi.org/10.1787/2166378c-en> (abgerufen am 23. Juni 2023).
- 59 Vgl. ebd., S. 6 f.
- 60 Vgl. ebd., S. 8 f.
- 61 Vgl. Crum, Thea/Faydash, Katherine/Heller, Dayna/Hernandez, Norma/Linares, Alex/Mahoney, Kathleen/McIntosh, James/Smith, Greg: Participatory Budgeting in Schools: A Toolkit for Youth Democratic Action, College of Urban Planning and Public Affairs, University of Illinois at Chicago, 2020, <https://greatcities.uic.edu/wp-content/uploads/2021/03/PB-in-Schools-Toolkit.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 7; Golinkoff, Roberta Michnik/Hirsh-Pasek, Kathy: Becoming brilliant: What Science Tells Us About Raising Successful Children, American Psychological Association, Washington, D.C., 2016; Roth, Roland: Der SchülerHaushalt, Ein Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen, Evaluation des Modellprojekts, Ergebnisse der Schülerbefragung in Rietberg und Wennigsen, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, 2013, https://www.schuelerhaushalt.de/fileadmin/Inhalte/Materialien/130915_Evaluation_Schuelerhaushalt_FINAL.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 62 Vgl. Transferstelle politische Bildung: Gemeinsam stärker!?, Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule, Essen, 2017, https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 63 Vgl. OECD, 2023, S. 5.
- 64 Vgl. Kreisjugendring Fürth: Mit der #stadtsache App durch Tuchenbach, Ein Kooperationsprojekt des KJR Fürth, der Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises und der Jugendpflege Tuchenbach, https://www.kjr-fuerth.de/de/kinder_und_jugendbeteiligung/beweg_was_vor_ort/tuchenbach_projekt_stadtsache.php (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 65 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Dritter Engagementbericht, Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter, Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin, 2020b, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 74.
- 66 Vgl. Rat für Kulturelle Bildung e. V.: Jugend/YouTube/Kulturelle Bildung, Horizont 2019, Essen, 2019, S. 17.
- 67 Vgl. ebd., S. 8.
- 68 Vgl. Open Society Institute – Sofia: How It Started, How It is Going: Media Literacy Index 2022, Policy Brief 57, 2022, https://osis.bg/wp-content/uploads/2022/10/HowItStarted_MediaLiteracyIndex2022_ENG.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 9.
- 69 Vgl. European Commission: Register of Commission Expert Groups and Other Similar Entities, Media literacy expert group (E02541), 2021, <https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=en&groupID=2541> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 70 Vgl. Fichtner, Sarah/Bacia, Ewa/Sandau, Matthias/Hurrelmann, Klaus/Dohmen, Dieter: Schule stärken – Digitalisierung gestalten, Cornelsen Schulleitungsstudie 2023, FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin, 2023, https://www.fibs.eu/fileadmin/user_upload/Cornelsen_Schulleitungsstudie2023_Gesamtstudie.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 10.
- 71 Vgl. Deutsche Presse-Agentur (dpa): Digitalisierung kann gute Lehrer nicht ersetzen, in: Berliner Morgenpost, 06.02.2023, <https://www.morgenpost.de/berlin/article237561793/Digitalisierung-kann-gute-Lehrer-nicht-ersetzen.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 72 Vgl. Vodafone Stiftung Deutschland: Wie lernen Lehrer? Eine Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern zu ihrem eigenen Lernverhalten, Düsseldorf, 2017, <https://www.vodafone-stiftung.de/wie-lernen-lehrer/> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 73 Vgl. ebd., S. 1 f. und 6 ff.

- 74 Vgl. Statistisches Bundesamt: Eckzahlen zur Bevölkerung nach Migrationsstatus und ausgewählten Merkmalen, Fachserie 1 Reihe 2.2, 2021, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-201020217004.pdf;jsessionid=AB98A48234888A7112E034C0E7328431.live712?__blob=publicationFile#page=49 (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 75 Beschreibungen dieser Programme, aller oben genannten Beispiele sowie weitere Inspirationen sind in unserer Toolbox zu finden: <https://www.ghst.de/toolbox>
- 76 Vgl. Bacia et al., 2022, S. 18.
- 77 Vgl. ebd., S. 37.
- 78 Vgl. Robert Bosch Stiftung: Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht von Schulleitungen, Ergebnisse einer Befragung von Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen, Stuttgart, 2023, S. 7.
- 79 Vgl. SWK – Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz: Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel, Bonn, 2023, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2023/SWK-2023-Stellungnahme_Lehrkraeftemangel.pdf (abgerufen am 22. Juni 2023), S. 6.
- 80 Vgl. Fokken, Silke: Lehrerverbände warnen vor drohendem „nationalen Notstand“, in: Spiegel Online, 23.06.2022, <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/reaktion-auf-bildungsbericht-lehrerverbaende-warnen-vor-drohendem-nationalen-notstand-a-d5ea0a9c-39dd-4837-acc1-ddd7b208bd9b> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 81 Vgl. SWK – Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz, 2023, S. 6.
- 82 Vgl. Geis-Thöne, Wido: Lehrkräftebedarf und -angebot: Bis 2035 steigende Engpässe zu erwarten, Szenariorechnungen zum INSM-Bildungsmonitor, Köln, 2022, S. 28.
- 83 Vgl. Transferstelle politische Bildung: Ergebnisse der Umfrage „Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule“, Essen, 2017, <https://transfer-politische-bildung.de/dossiers/kooperationen/umfrage/> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 84 Vgl. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: Zivilgesellschaft als zentraler Akteur in der deutschen Bildungslandschaft, Arbeitspapier der AG Bildung und Engagement im gesellschaftlichen Raum, Nummer 13, Berlin, 2022, S. 3.
- 85 Tominski, Katrin: Gesellschaftliche Polarisierung: Politische Bildung ist keine Feuerwehr, in: MDR Wissen, 19. April 2021, <https://www.mdr.de/wissen/polarisierung-gesellschaft-politische-bildung-keine-feuerwehr-100.html> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 86 Vgl. Erdsiek-Rave, Ute/John-Ohnesorg, Marei (Hrsg.): Demokratie lernen – Eine Aufgabe der Schule?!, Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, Berlin, 2015, <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12035.pdf> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 87 Vgl. Bacia et al., 2022.
- 88 Vgl. Dorn et al., 2023.
- 89 Vgl. OECD, 2023.
- 90 Vgl. OECD: Citizens with a say, in: Trends Shaping Education Spotlights, No. 13, OECD Publishing, Paris, 2017, <https://doi.org/10.1787/3092726b-en> (abgerufen am 22. Juni 2023).
- 91 Vgl. Hill, Jordan: Policy responses to false and misleading digital content, A snapshot of children’s media literacy, in: OECD Education Working Papers, No. 275, 2022, <https://doi.org/10.1787/1104143e-en> (abgerufen am 22. Juni 2023).

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Die Arbeit der Hertie-Stiftung konzentriert sich auf zwei Leitthemen: Gehirn erforschen und Demokratie stärken. Die Projekte der Stiftung setzen modellhafte Impulse innerhalb dieser Themen. Im Fokus stehen dabei immer der Mensch und die konkrete Verbesserung seiner Lebensbedingungen. Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung wurde 1974 von den Erben des Kaufhausinhabers Georg Karg ins Leben gerufen und ist heute eine der größten weltanschaulich unabhängigen und unternehmerisch ungebundenen Stiftungen in Deutschland. Der Name „Hertie“ geht zurück auf Hermann Tietz, Mitbegründer des gleichnamigen Warenhauskonzerns zum Ende des 19. Jahrhunderts.

IMPRESSUM

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Grüneburgweg 105, 60323 Frankfurt am Main

Französische Straße 48, 10117 Berlin

PROJEKTLEITUNG

Simone Juric

REDAKTION

Dr. Susanne Kailitz-Kunz

GESTALTUNG

Dorothee Guther

PRODUKTION/DRUCK

Günter Druck GmbH

© August 2023

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Frankfurt am Main